diskus

frankfurter Studentenzeitung

frankfurter
studentenzeitung
27. jahrgang,
heft 1
10.4.1977
2 DM

EIN SKANDAL FINDET NICHT STATT.

ULRICH K. PREUSS

nachrichten★magazin

EINSCHREIBEN ODER ZWEI SCHREIBEN ?

Den folgenden Brief erhielten wir vom „anderen Buchladen" aus Köln.

Sehr geehrte Damen und Herren!
Das vom Grundgesetz garantierte Post- und Fernmeldegeheimniss darf nur unter bestimmten Vorraussetzungen auf richterliche Anordnung hin durchbrochen werden.
Wer in Verlagen oder Buchhandlungen arbeitet, die dem VLB, Verband Linker Buchhändler, angeschlossen sind, weiß, daß die gesetzlichen Bestimmungen offenbar das Papier nicht wert sind, auf das sie gedruckt sind. In diesem Bereich wird seit Jahren ständig das Postgeheimnis durchbrochen. Schnüffeleien sind an der Tagesordnung. Beweise anzutreten fällt uns allerdings schwer, da es für die Indizien (unverhältnismäßig lange Verzögerungen, beschädigte Verpackungen, geöffnete und wiederverschlossene Sendungen oder Verschwinden von Postsendungen) jeweils auch andere "natürliche" Erklärungen bzw. Ausreden gibt. Nur ganz selten gelingt es, eine solche Schnüffelei einwandfrei nachzuweisen.

Im vorliegenden Fall ist dies eindeutig. Für das Auftauchen eines fremden Einschreibebriefes in einer verschlossenen Büchersendung gibt es nur zwei Erklärungsmöglichkeiten
a) Schlamperei beim Schnüffeln
b) eine gezielte Provokation
Die einzige Stellungnahme, die uns bisher erreichte, war die des Sicherheitsbeauftragten der Kölner Post, der uns erklärte, " so etwas sei ihm in seiner vierzigjährigen Laufbahn noch nicht vorgekommen."
Die Einzelheiten des Vorganges bitten wir unseren Briefen an die Israelische Botschaft und das Kölner Postamt 2 zu entnehmen.
Für nähere Auskünfte stehen wir gerne zur Verfügung.
Mit freundlichen Grüßen

An das
Postamt 2
–Paketzustellung –

Dienststelle II/2
5000 Köln
25.2.1977

Am 15.2.1977 erhielten wir eine Nachnahmesendung des Verlages Arndstraße in Frankfurt/M.
Als wir nach den Karnevalstagen dieses Päckchen öffneten, stellten wir fest,daß sich vier der in Rechnung gestellten Bücher nicht in der Sendung befanden.

Ein der verschlossenen Sendung beiliegender Brief wurde von uns arglos geöffnet. Erst später stellten wir fest, daß es sich hierbei um ein nicht an uns gerichtetes Einschreiben der Israelischen Botschaft handelte (RO8O dd Bonn Bad Godesberg).

Inhalt dieser Sendung war der Israelische Paß Nr. 976261. Unser Geschäft befasst sich in erster Linie mit dem Verkauf von Büchern, Zeitschriften, Plakaten und anderen Druckwerken, zu denen aber keine Pässe gehören. Wir haben auch nicht die Absicht, etwa jetzt mit dem An- und Verkauf von Pässen zu beginnen. Deshalb können wir den Paß auch nicht als Ausgleich für die fehlenden Bücher (3 Exemplare "Antifeministen", je DM 6,-- und 1 Exemplar "Neuorientierung", DM 5,--) ansehen.
Wir wenden uns nun an Sie, in der Hoffnung, uns bei der Wiederbeschaffung der fehlenden Bücher behilflich zu sein.
Insbesondere interssiert uns aber die Frage, wie es möglich ist, daß ein eingeschriebener Brief der Israelischen Botschaft, der nicht an uns gerichtet war, in eine verschlossene Sendung an uns gelangen konnte. Sollte es sich hier etwa um eine Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses handeln?
Wir haben mit gleicher Post die Israelische Botschaft benachrichtigt, mit der Bitte, den Paß seinem rechtmäßigen Eigentümer zukommen zu lassen.
Abschließend möchten wir Sie bitten, den Sicherheitsbeauftragten der Post über den Vorfall in Kenntnis zu setzen, damit diese Angelegenheit geklärt werden kann.

An die
Botschaft des Staates Israel
Simrockstr.2
5300 Bonn-Bad Godesberg
25.2.1977

Wir wenden uns an Sie in einer sehr delikaten Angelegenheit.
Am 15.2.1977 erhielt unsere Firma die Nachnahmesendung eines Frankfurter Verlages. Etwa eine Woche später öffneten wir das Päckchen und stellten folgendes fest:
1. Vier der berechneten Bücher fehlten,
2. In der verschlossenen Sendung befand sich eine Einschreibesendung Ihres Hauses an einen israelischen Bürger in Köln-Sülz, enthaltend den Israel-Paß Nr. 976261.

~~Der Paß~~ befindet sich noch bei uns in Verwahrung. Wir vermuten, daß es sich bei diesem Vorgang um eine eklatante Verletzung des Post- und Fernmeldegeheimnisses handelt und möchten Sie daher höflichst bitten, bei den zuständigen Stellen auf eine Aufklärung dieses skandalösen Vorfalles zu dringen.
Wir bitten Sie weiterhin, den Paß wieder an sich zu nehmen, damit er seinem rechtmäßigen Besitzer zugeführt werden kann.
Mit gleicher Post haben wir das Postamt 2 in Köln, Dienststelle II/2 von dem Vorfall in Kenntnis gesetzt.

An die Geschäftsleitung
"Der andere Buchladen"
Zülpicher Str. 197
5000 Köln 41
14.3.1977

Sehr geehrte Herren!
Wir danken für Ihre Mitteilung vom 25.2.
Inzwischen hatten wir unsererseits den verloren gegangenen Paß recherchiert und wir nehmen an, daß er inzwischen von der Post bei Ihnen abgeholt wurde und dem rechtmäßigen Besitzer ausgehändigt wurde.
Wir sind mit der Post in Kontakt und erwarten deren Stellungnahme, wie dieses möglich war.
Ihnen danken wir sehr für Ihre Aufmerksamkeit.

Botschaft des Staates Israel

JEDER ANGESTELLTE EIN SPITZEL DES UNIVERSITÄTSPRÄSIDENTEN ?

Am 28.4. 76 besuchten zwei Bedienstete der Frankfurter Universität in dienstlichem Auftrag eine Veranstaltung von Prof. Schneider. Sie erzählten dort, daß sie Mathematikstudenten seien, die aufgrund verschiedener Flugblätter an den Vorgängen um Schneider und seiner Veranstaltung „Interesse gefunden hätten".
Zu einer Anfrage der Sozialistischen Konventsinitiative in der Ausschußsitzung am 31.3.77 erklärte Krupp, „daß die hier in Frage kommenden Bediensteten von uns nicht den Auftrag gehabt haben, unter Verleugnung ihrer Identität dort in den Saal zu gehen, daß sie unter dem Gefühl subjektiver Bedrohung dieses für eine geeignete Maßnahme gehalten haben, wird von uns gedeckt, weil man in einer solchen Situation sich hinter den Bediensteten, der so gehandelt hat – aus einer individuellen Lage heraus –, . . . stellen muß."

Dann stellte Krupp für künftige Fälle die Richtlinien auf, „daß 1. der Universitäts-

Fortsetzung des Nachrichtenmagazins S.11

zu diesem heft

DISKUS Frankfurter Studentenzeitung
Heft 1, 27.Jahrgang, 1o.April 1977

DISKUS – VERLAG 6 Frankfurt/M.
Jügelstr.1, Studentenhaus
Tel. 0611 / 7983188

HERAUSGEBER: Wolfgang Bock, Lutz Jänecke, Klaus Schäffer, Engelbert Schramm, Monika Weber-Nau

REDAKTION: N.N.

Lay-Out Wolfgang Bock, Hanno R nk, Monika Weber-Nau

DRUCK: Druckladen, 6 Frankfurt/M. Hamburger Allee 53

SATZ: Verlag Neue Kritik 6 Frankfurt/M., Mylius str.58 und Diana-Satz

AUFLAGE: 1o.ooo

ERSCHEINUNGSWEISE : 6 mal im Jahr

Preis: 2.– DM

EDITORIAL

Die neue Diskusredaktion wurde erst ein paar Tage vor dem Erscheinen dieses Heftes vom Studentenparlament gewählt. Deshalb werden wir erst im nächsten Heft ein ausführlicheres Editorial über unser Selbstverständnis veröffentlichen. Eins können wir schon jetzt sagen: wir hoffen, daß wir auf die Beiträge im Diskus Reaktionen und Antworten erhalten. Schreibt Kommentare und Leserbriefe – wir wollen nicht, daß der Diskus eine Einbahnstraßenzeitung bleibt.

Das Thema des nächsten Hefts soll unter anderem (Wiederaufnahme von Themen aus diesem Heft) die Verkehrsformen und Verhaltensweisen der Linken untereinander und nach außen zum Thema haben. Redaktionsschluß für dieses Heft ist der 11.Mai. Wenn ihr dazu oder zu anderen Themen Beiträge habt, kommt zur Redaktionssitzung. Sie findet jede Woche Mittwochs um 20 Uhr in den Diskusredaktionsräumen statt (im Studentenhaus direkt neben der Pforte).

Them	Titel	Verfasser
Nachrichten	Nachrichtenmagazin	
Hochschule	Zur Uni – Situation	Eine Gruppe der SHI
Abhöraffäre	Ein Skandal findet nicht statt	Ulrich K. Preuß
Polizei und Verfassungsschutz	„Die Idee der Demokratie verliert sozusagen ihre klassische Substanz."	Wolfgang Bock
P.P.Zahl	Brief an P.P.Zahl	Eine Gruppe von Germanistikstudenten
	Wie westlich ist Westdeutschland	Ulrich Sonnemann
Prozeß gegen Roland Otto und Karl-Heinz Roth	Gesinnungstäterschaft	Sebastian Cobler
KKW: Wiederaufbereitungsanlagen	„Was wollen Sie denn, Sie leben ja noch!"	Hartmut Schröter
Kultur	Mit sozialistischem Gruß	Thomas Brasch
	Auf den Tod des Generalbundesanwaltes Siegfried Buback	Erich Fried
Rezension	Diese Nabelschnur durchreißen	Engel Schramm

EIN SKANDAL FINDET NICHT STATT

Ulrich K. Preuß

Ein Ereignis wird erst dadurch zum Skandal, daß es als skandalös empfunden wird und in der Folge jene mehr oder minder kathartischen und ritualisierten Konsequenzen auslöst, die jede politische Kultur für derartige Fälle hervorgebracht hat. Gemessen an diesen Regeln unserer politischen Kultur hat es keinen "Abhörskandal" gegeben und wird es ihn aller Voraussicht nach nicht geben. Mit dem Rücktritt eines Ministers ist nicht mehr zu rechnen, von Straf- oder Disziplinarverfahren zu schweigen. Man denkt über einen möglichen Schadensausgleich für Dr. Traube nach und installiert damit eine neue Art staatlicher Gefährdungshaftung: der Staat übernimmt nach dem Versicherungsprinzip die Einstandspflicht für die Risiken seiner Herrschaftsausübung, die dadurch gleichsam zum Naturereignis oder zu einem technisch nicht vollkommen kontrollierbaren Quasi-Naturereignis wird.

Dieses Detail am Rande des "Falles Traube" gibt uns möglicherweise den Schlüssel zum Verständnis der gesamten Angelegenheit. Es zeigt uns, daß der wesentliche Aspekt der Abhörangelegenheit nicht in der unzweifelhaften Tatsache des Rechtsbruchs sondern vielmehr in der Herausbildung eines neuartigen Regelsystems staatlichen Handelns liegt. Nach unserem herkömmlichen verfassungsstaatlichen Verständnis bietet uns das System der Legalität die Kriterien an, nach denen wir staatliches Handeln bewerten und nach denen sich seine Konsequenzen bemessen: die Bindung aller staatlichen Gewalt an Recht und Gesetz erlaubt die Identifizierung rechtswidriger staatlicher Handlungen und löst die politische Verantwortung des Ministers für einen Rechtsbruch – gar wenn es sich um Verfassungsbruch handelt – die Ministeranklage vor einem Staatsgerichtshof vorgesehen.

Die innere Logik dieses Systems liegt in der klaren Unterscheidung von Normalität und Ausnahmezustand, Krieg und Frieden, in der Komplementarität von Herrschaft und Haftung und nicht zuletzt in der Gewißheit, daß die Legalität das schützende Gehäuse gegen alle Gefährdungen sei, die dem Gemeinwesen aus der Existenz einer klassengespaltenen Gesellschaft erwachsen können. Die allseitige Beachtung der Legalität sollte jenes Netz politischer Loyalitäten knüpfen, in dem alle politischen Gefährdungen aufgefangen werden konnten. Legalität und Loyalität – auch etymologisch der gleichen Wurzel entstammend – sind im bürgerlichen Verfassungsstaat die einander stützenden Grundkategorien politischer Verantwortung.

Unter den vielfältigen Funktionen, die sie für das politische Leben haben, ist die, einen Bruch der Legalität als Verletzung der politischen Loyalität und damit als Angriff auf den politisch-sozialen Kompromiß der gegebenen Verfassungsordnung qualifizieren zu können, keineswegs die geringste. In der Empörung über Rechts- und Verfassungsbruch der Herrschenden bestätigt sich gleichsam ex negativo die Kraft des Legalitätssystems, dessen Verletzung durch den reinigenden Akt des Rede- und-Antwort-Stehens vor dem Gesetzgeber und ggf. dem Entzug seines Vertrauens gegenüber den Vollzugsorganen geheilt werden konnte.

All dies hat in den bekannt gewordenen Abhöraffären nur noch eine untergeordnete Rolle gespielt; selbst die Öffentlichkeit, einschließlich der linken, hat nur mit milder Empörung, wenn überhaupt, reagiert. Der Grund scheint mir darin zu liegen, daß das politische Leben unseres Landes einer anderen Logik folgt als der der Legalität.

Ich möchte sie die Logik der Gefahrenkontrolle nennen. Sie ist dadurch gekennzeichnet, daß der Zusammenhang zwischen Legalität und Loyalität zerrissen, ein System legalitätsunabhängiger Loyalitäten installiert und die Legalität gleichsam funktionslos wird. An ihre Stelle tritt das Kalkül der Beherrschung von Bedrohungen und Gefahren. Gesellschaftliche Konflikte werden in die Handlungslogik permanenter latenter Bedrohungen und Gefährdungen übersetzt, deren Antriebskraft der Verdacht ist.

Die Auflösung des Zusammenhanges von Legalität und Loyalität haben wir in den letzten fünf Jahren an der Berufsverbotspraxis handgreiflich beobachten können: jenseits der Ebene freier staatsbürgerlicher Betätigung wurde ein Kategoriensystem der politischen Bewertung der Individuen nach Kriterien politischer Gefährlichkeit installiert, dessen Konsequenzen der Ausbau jener kontrollierenden Behörden ist, die in den jetztigen Abhörfällen im Mittelpunkt der Diskussion stehen. Es ist kein Zufall, sondern systematisch bedingt, daß Behörden, die nach Kriterien der politischen Gefährlichkeit alle Staatsbürger kategoriesieren und ihre Loyalität überprüfen, ihrerseits nicht nach Kriterien der Legalität funktionieren. Loyalität ist nicht mehr eine Funktion der Legalität eines Verhaltens, sondern der situationsabhängigen Bewertung individueller Gefährlichkeit, die bereits – wie im Falle Traube – bei einem "ungewöhnlichen Lebenszuschnitt", wie es der Präsident des Bundesamtes für Verfassungsschutz formulierte, vermutet wird. Der Staat macht den einzelnen nicht mehr nur für einzelne unrechtmäßige Handlungen haftbar, sondern nach dem das Legalitätssystem überwölbenden System der Gefahrenkontrolle auch für gesellschaftliche Konflikte, in denen der einzelne nur noch als Störer, als Gefahrenquelle definiert wird.

Wo jegliche menschliche Subjektivität aus dem Begriff des Politischen eliminiert wird, ist Politik nur noch eine Technik der Risikokalkulation. In der Frage der Errichtung von Atomkraftwerken wird das Problem der Verantwortbarkeit der Gefährdung der Lebensgrundlagen unserer Gesellschaft, also eine zutiefst sozialethische Frage, in das Kalkül der Abwägung der Gefahren, die aus dem Bau solcher Einrichtungen resultieren gegen diejenigen, die beim Verzicht auf sie ent-

stehen, übersetzt – und damit werden alle Fragen nach der Qualität des gesellschaftlichen Lebens ausgelöscht. So kann man getrost 30 000 Arbeitsplätze gegen die Möglichkeit von 20 000 Toten kalkulieren – das Individuum und sein humaner Eigenwert haben in dieser Rechnung nichts mehr zu suchen.
Interpretiert man das gesamte gesellschaftliche Leben als einen einzigen großen Gefahrenherd, so sind der Behauptung immer neuer Gefahren und Bedrohungen, die vom Individuum ausgehen können, keinerlei Grenzen gesetzt. Im Gegensatz zur Logik des Legalitätssystems bedarf es hierzu keiner tatbestandlich umschriebenen konkreten individuellen Handlungen; alltägliche, vor allem aber nicht ganz alltägliche Verhaltensweisen, kombiniert mit dem für die Gefahrenkontrolle konstitutiven prinzipiellen Verdacht, daß jeder Mensch prinzipiell zu allem fähig ist, erzeugen eine dauernde Atmosphäre der Gefahr und damit der staatlichen Einsatzbereitschaft.

Dies kann zu geradezu grotesken Projektionen führen. Im Fall Traube sprach der Innenminister von einem einmaligen Zusammentreffen von Gefahrenmomenten – nämlich dem Zugang Dr. Traubes zu Atomanlagen sowie seinem Umgang mit Terroristen – also Personen, die ihre Waffen auch gegen unschuldige Bürger einsetzen; tatsächlich ist diese Kombination von Gefahrenmomenten in einzigartiger Weise in dem Amt des Innenministers gegeben: er ist oberste Sicherheitsbehörde für Atomanlagen und hat in dieser Funktion Zugang zu allen Atomanlagen, und zugleich befehligt er mit dem Bundesgrenzschutz und dem Verfassungsschutz ein Gewaltpotential, das dank der polizeilichen Definitionsmacht von Störern und Feinden seine technischen Mittel gegen jeden unschuldigen Bürger richten kann (und, wie man sieht, dies in offenbar nicht ganz seltenen Fallen auch tut).
Nur am Rande sei vermerkt, daß es weitere Parallelen dieser Art gibt. So erinnert die Aufspaltung der vollen Erkenntnis des Umfangs und der Art der Abhöraktion in Stammheim in eine Vielzahl von Teilinformationen und ihre Verteilung auf verschiedene Stellen, die jeweils nur einen kleinen Ausschnitt überblicken, an die klassische Arbeitsweise konspirativer Organisationen; handlungstheoretisch spricht man hier von einem Handeln unter Bedingungen extremer Bedrohungen, so daß man die staatlichen Aktionen in diesen Affären als eine Art strategisches Handeln unter kriegsähnlichen Bedingungen interpretieren kann, was die These von einer neuen Handlungslogik staatlicher Herrschaft aufs Neue bestätigen würde.
So wie jeder Bürger zunächst eine Gefahrenquelle ist. so wird daher auch umgekehrt der Charakter der öffentlichen Gewalt umdefiniert: die bereits erwähnten Überlegungen zur Entschädigung Dr.Traubes zeigen, daß sie wie ein gefährlicher Betrieb behandelt wird, in dem es keine politische oder persönliche Verantwortlichkeit mehr gibt, sondern nur noch das Problem der Schadenseindämmung für den Fall, daß einmal eine Fehlkalkulation stattgefunden hat. Die Logik der Gefahrenkontrolle liegt in dem Kalkül der Abwägung der Gefahr, einen gesellschaftlichen Bereich zu kontrollieren gegenüber den Risiken, ihn unkontrolliert zu lassen – und da die Phantasie, einmal unter das Gesetz der permanenten Bedrohung gezwungen, zwanghaft stets neue Gefahrengebilde hervorbringt, reduziert sich das Kalkül auf die "Verhältnismäßigkeit der Mittel". Der Zweck heiligt nur das verhältnismäßige Mittel, aber dies stets – dies ist der Inhalt unseres gegenwärtigen Rechtsstaates.

Spätestens heute zeigt sich, daß die weit verbreitete Indolenz gegenüber den Sondermaßnahmen in bezug auf die Terrorismusbekämpfung und den Stammheimer Prozeß einer falschen politischen Einschätzung unserer Situation entsprungen ist. Die Behandlung der Stammheimer und der übrigen Gefangenen, die dem Bereich "anarchistischer Gewalttäter" zugerechnet werden, war und ist durch und durch von der Logik des Gefahrenkalküls beherrscht: stellen sie, insgesamt vielleicht eine Anzahl von ca. 30 Personen, eine "extreme Gefahr" dar, so sind nach dem Prinzip der Verhältnismäßigkeit der Mittel auch extreme Mittel gegen sie erlaubt. Sie reichen von der radikalen sensorischen Deprivation über die auf ihre Prozesse zugeschnitten Minimierung ihrer prozessualen Rechtsstellung, insbesondere massive Behinderung ihrer Verteidigung, die Haftbarmachung ihrer Verteidiger für die ihnen vorgeworfenen Taten bis hin zur Negierung ihres Anspruchs auf physische und moralische Integrität als menschliche Wesen, wie der gutachterlich bestätigte, durch die Haftbedingungen verursachte Gesundheitsverfall sowie die jetzt bekannt gewordene Abhöraffäre zeigen.

Stammheim ist indessen nur ein Prototyp, die Serienproduktion hat längst längst begonnen. Man denkte an den Musterentwurf für ein einheitliches Polizeigesetz, in dem die Abriegelung ganzer Stadtteile, der ungehinderte polizeiliche Zugriff auf jede Wohnung die totale polizeiliche Kontrolle jeglicher Lebenstätigkeit ermöglichen soll – die Internierung der Bevölkerung in ihren eigenen Wohnungen, das gesellschaftliche Leben als Lagerleben.Oder man denke an die hintergründige Ermächtigung an den Verfassungsschutz, "nachrichtendienstliche Mittel" anzuwenden, wodurch in einem radikalen Bruch mit der rechtsstaatlichen politischen Kultur das Regime der allein durch den Stand der Technik limitierten Herrschaft als Kalkül der Machterhaltung und -erweiterung unter Bedingungen der Bedrohung etabliert wird – die Bedrohung ist das Volk und seine Lebenstätigkeit.
Denn niemand wird ernstlich die Behauptung aufrechterhalten können,all dies sei zur Abwehr des Terrorismus erforderlich. Die reine Empirie spricht dagegen. Es hat z.B. im Frankreich der IV., z.T. sogar der V.Republik im Zusammenhang mit dem Algerienkrieg, der poujadistischen Bewegung und der bretonischen separatistischen Bewegung mehr Sprengstoffanschläge gegeben als es sie in der Bundesrepublik auch nur in der Phantasie der politisch Verantwortlichen je gegeben hat. Nein, die RAF ist weder die wirkliche noch die vermeintliche Gefahr. Ob sich der Staat im Angesicht verschärfter Klassenkämpfe rüstet. ist ebenfalls höchst zweifelhaft, da man von einer breiten und militanten Klassenbewegung wohl kaum sprechen kann.
Die Gründe für die rapide voranschreitende Umwandlung eines leidlich funktionierenden bürgerlichen Rechtsstaates in ein kontrolliertes Gebiet dürften wohl eher in der internationalen Situation zu suchen sein. Der immer wiederkehrende Hinweis darauf, daß die Bundesrepublik ein "klassisches Exportland" sei, die gegenwärtige Auseinandersetzung mit den USA über das Atomgeschäft mit Brasilien, die Rolle der Bundesrepublik auf der Unctad und anderen internationalen Konferenzen sind Mosaiksteine einer expansionistischen Weltmarktstrategie, deren Durchsetzung ein befriedetes Land voraussetzt. Die innere Kontrolle ist die Funktion des Bedürfnisses, freie Hand im internationalen Kräftespiel zu haben und die im Innern akkumulierte Kapitalmacht in internationale Expansionsstrategien zu transformieren.
Eine Politik, die sich nicht darauf beschränken will, den "Abbau demokratischer Rechte" und die Verfassungswidrigkeit staatlicher Politik stets aufs neue zu beklagen, muß angesichts der nationalen Schwäche der demokratischen Bewegung wegen des angedeuteten internationalen Zusammenhanges der Transformation unseres politischen Systems

ihren Kampf ihrerseits internationalisieren. Es geht dabei nicht nur und nicht einmal in erster Linie um einen Ruf nach solidarischer Hilfe durch ausländische demokratische Bewegungen, sondern um die Verdeutlichung der nationalen Eigeninteressen der Länder, die zum Opfer einer deutsch-amerikanischen Hegemonie in der westlichen Hemisphäre zu werden drohen. Wenn die Bundesrepublik schon ein Exportland ist – sorgen wir dafür, daß nicht wieder Krieg und Elend unsere bevorzugten Exportartikel werden, und glauben wir nicht, daß ein Lauschangriff nichts weiter sei als ein Verfassungsbruch. Dies ist – leider – heute schon von untergeordneter Bedeutung.

„DIE IDEE DER DEMOKRATIE VERLIERT SOZUSAGEN IHRE KLASSISCHE SUBSTANZ."

(Helmut Schelsky)

Wolfgang Bock

Ulrich K. Preuß beschreibt die Logik staatlichen Handelns, wie sie im Fall Traube, Groenewold und anderen Abhörfällen ans Licht gekommen ist, als Logik der Gefahrenkontrolle. Er bringt die in den letzten Wochen von Regierung und Opposition gezeigten Reaktionen und ihre Politik auf den Begriff: „Gesellschaftliche Konflikte werden in die Handlungslogik permanenter latenter Bedrohungen und Gefährdungen übersetzt, deren Antriebskraft der Verdacht ist." Die Feststellung der Neuartigkeit dieser Logik – sie liegt in der Trennung zwischen legalem und loyalem Verhalten – reicht nicht aus, um ihren gesellschaftlichen Ursprung genau zu beschreiben.

LOGIK DER GEFAHRENKONTROLLE UND POLIZEILICHES DENKEN

Der Verteidigungsminister Leber schrieb vor anderthalb Jahren in der FAZ, daß die Amerikaner und damit die gesamte freie (westliche) Welt in Vietnam eine Niederlage erlitten hätten, sei auch darauf zurückzuführen, daß linksradikalen Demonstranten in Westeuropa die Straßen überlassen worden seien. Die europäischen Regierungen trügen durch ihre Duldung dieser Oppositionsbewegung mit Schuld an der Niederlage in Vietnam.

Die Verhinderung einer neuen oppositionellen, außerparlamentarischen Bewegung, richte sie sich gegen den Imperialismus der BRD nach außen oder den technologischen Kolonialismus des Kapitals nach innen, ist das dauernde Ziel dieser Politik. Das sind aber nur die Rahmenbedingungen einer Politik, deren oberstes Prinzip die Technologie der politischen Kontrolle ist. Deshalb erklärt der Hinweis von Preuß auf die expansionistische Weltmarktpolitik der BRD, „deren Durchsetzung ein befriedetes Land voraussetzt", diese Entwicklung nur teilweise. Die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse, deren Ausdruck diese Politik ist, müssen genauer beschrieben werden, damit sich Ansatzpunkte für eine dagegen gerichtete demokratische bzw. sozialistische Bewegung ergeben. Voraussetzung ist eine Analyse der Vorstellungen, die in dieser „Logik staatlichen Handelns" verkörpert sind.

„Logik der Gefahrenkontrolle", „Bedrohung und Gefährdung", „Antriebskraft des Verdachts", „Gefahrenherd" bzw. „-quelle", „polizeiliche Kontrolle", „kontrollierte Gebiete", all dies sind Begriffe des Polizeirechts, der nachrichtendienstlichen Theorie und Praxis und des Krieges. Werden diese Begriffe zu entscheidenden Punkten des Weltbildes von Regierung und Opposition, so verweist dies darauf, daß die Herrschenden sich tendenziell selbst als einen Teil der Polizei und der Nachrichtendienste(1) begreifen. Dabei ist ausschlaggebend, daß sich das Selbstverständnis der Polizei und ihre gesellschaftliche Rolle und Bedeutung in den letzten zehn Jahren wesentlich verändert haben.

VON DER POLIZEI DES 19. JH. ....

Das Selbstverständnis von Polizei und Nachrichtendiensten war in der Vergangenheit ambivalent:

- einerseits im Dienst von Sicherheit und Ordnung; das wurde umfassend im Sinne der Aufrechterhaltung und Gewährleistung der bestehenden Herrschaftsverhältnisse begriffen, bedeutete also einen latenten Bürgerkrieg gegen „die Kriminalität", in der Tendenz: die eigene Gewaltausübung nicht mehr den Regeln der Legalität zu unterwerfen.

– andererseits war das Selbstverständnis der Polizei bestimmt durch die Begriffe, die zugleich ihre gesellschaftliche Bedeutung im Sinne des bürgerlichen Rechtsstaates festlegten: Prävention und Repression. Die Polizei durfte nur bei einer unmittelbar bevorstehenden und drohenden Rechtsverletzung bzw. danach eingreifen. Sie war in ihrem Auftreten und in ihren Mitteln an das System der Legalität gebunden.

So ergab sich das Prinzip, das Foucault beschrieb: „Mit der Polizei befindet man sich in einer infinitesimalen Kontrolle, welche die oberflächlichsten und flüchtigsten Erscheinungen des Gesellschaftskörpers zu erfassen versucht. . . . Zu ihrer Durchsetzung muß sich diese Macht mit einer ununterbrochenen, erschöpfenden, allgegenwärtigen Überwachung ausstatten, die im Stande ist, alles sichtbar zu machen, sich selber aber unsichtbar."(2) Diese „unaufhörliche Beobachtung" war jedoch lückenhaft, wurde in Akten und Registraturen gespeichert und war daher kaum im angestrebten Maß zu verwerten, so daß die Polizei bis zum Faschismus praktisch entgegen dem in ihr liegenden Prinzip auf die engverstandene Aufgabe von Repression und Prävention beschränkt blieb.

ZUR GESELLSCHAFTSÜBERWACHUNG DES 20. JH.

Das Parteimodell und das Blockwartsystem des Faschismus zeigten Wege, die jedoch politisch nach 1945 nicht weiter beschritten werden konnten. Die umfassende Einführung der Datenverarbeitung in Polizei und Nachrichtendiensten seit den sechziger Jahren hat hier eine völlige technische und politische Umwälzung ermöglicht. „Heute umfassen die im Ausbau begriffenen elektronischen Datenverarbeitungssysteme NADIS (= Nachrichtendienste) und INPOL (= Polizei) Daten und Wissen in einem Umfang, wie ihn sich vor einigen Jahren nur wenige Menschen vorzustellen vermochten, und nicht selten wird in diesem Zusammenhang von der dritten kriminaltechnischen Revolution gesprochen."(3) Im Juni 1974 sagte der Präsident des BKA, Dr. Horst Herold zum gleichen Thema: „Erst in diesen Tagen jedoch bricht nach jahrelang im kleinen Kreis isoliert geführter Diskussion allgemein die Erkenntnis durch, daß mit der automatischen Datenverarbeitung die Basis jedweder polizeilicher Arbeit von Grund auf verändert wird, so als ob einem Körper, hier der Körper der Polizei, ein vollständig neues Nervensystem mit vervielfachter Sensibilität und Reaktionsfähigkeit eingepflanzt würde. . . . Die automatische Datenverarbeitung aber leitet den dritten menschheitlichen Kulturabschnitt (nach Erfindung von Schrift und Buchdruck, d.V.) ein: zum ersten Male wird das angehäufte menschliche Wissen verarbeitungsfähig in allen gewünschten Zusammenhängen und Kombinationen; erst mit der automatischen Datenverarbeitung kann der Mensch beginnen, die bisherigen Grenzen aufzugeben, konnte er buchstäblich und im übertragenen Sinne die Erde verlassen."(4)

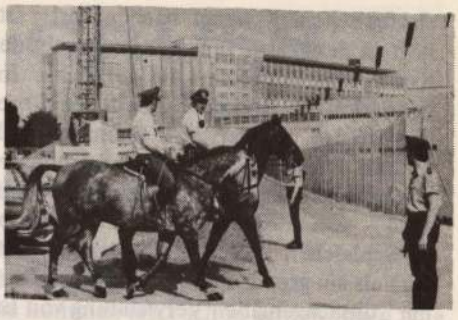
NEUES SELBSTBEWUSSTSEIN UND NEUE STRATEGIE

Die erstmals technisch und politisch realisierbar erscheinende allgegenwärtige Überwachung gibt der Polizei ein neues Selbstbewußtsein ihrer politischen Möglichkeiten. Zu diesen gehört die Souveränität gegenüber der Regierung und dem Parlament (auf Grund der zur Verfügung stehenden Informationen), sollten diese in ihrer Politik sich nicht des „Wissens" und der „Erfahrung" der Polizei bedienen. Überwachung durch Erfassung und Informationssammlung wird so zu potentieller Souveränität. Der Präsident des BKA: „Den Realitäten am unmittelbarsten konfrontiert verfügt die Polizei über ein allen anderen Staatsorganen überlegenes Erkenntnisprivileg, Einsichten zu gewinnen in abweichende Verhaltensweisen und in Strukturdefekte der Gesellschaft. Ihre Fähigkeit, für einen wichtigen Teil gesellschaftlicher Entwicklungen Diagnosen zu liefern, befreit sie aus der bloßen Vollstreckerrolle, in der zu parieren und zu funktionieren sie bisher gezwungen war. Die Wissenserweiterung für die Gesellschaft ergreift auch die Polizei. Zu unser aller Nutzen: die Polizei der Zukunft wird eine andere, höherstufige, eine mit einer gesellschaftssanitären Aufgabe sein."(5)

Die Polizei erweitert ihre Aufgaben und die Polizeiführung entwickelt neue „gesamtstrategische Konzepte". Alfred Stümper, Ministerialdirigent (?) im Stuttgarter Innenministerium führt dazu aus: „Nicht aus einem isolierten Abwägen der in den einzelnen Gesetzen abgehandelten individuellen Interessenlagen, sondern nur aus einer gesamtkriminalstrategischen Sicht heraus kann letzten Endes sinnvoll entschieden werden, wie sich ein Rechtsstaat am wirkungsvollsten gegen das Verbrechen als solches schützen kann. Denn unser Gegner ist nicht der Einzelne, sondern die Kriminalität! Ein solches gesamtstrategisches Konzept setzt jedoch voraus

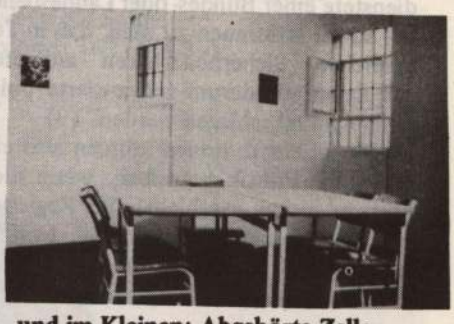
– eine umfassende kriminalpolitische Forschung und eine darauffußende Gesamtplanung
– ein Einpassen dieser Planung in die gesamte Politik des staatlichen Gemeinwesens und demzufolge
– eine Anpassung und Zurichtung gesetzlicher und einsatzmäßiger Voraussetzungen nicht primär isoliert auf den Einzelfall ausgerichtet, sondern letztlich orientiert an einer auf weite Sicht hin ausgelegten Einschränkung, Eintrocknung und möglichst weitreichenden Beseitigung des Verbrechens."(6)

Die alten Begrenzungen des polizeilichen Handelns (Prävention und Repression) sollen aufgegeben werden und an ihre Stelle das 'operative Tätigwerden' treten.



BKA, BND und Verfassungsschutz beim „operativen Tätigwerden" im Großen. . . . .

Darunter fallen dann ein größerer „Spielraum" für die Polizei durch „Zeugenschutz" (gemeint sind die polizeilichen Belastungszeugen), Einschränkung der Verteidigungsrechte, Einführung des Kronzeugen, Einschränkung der Rechte der Vernommenen, denen „schwere" Kriminalität vorgeworfen wird; insgesamt bedeutet das, „eine laufende Anpassung des Rechtsgefüges vorzunehmen und es nicht so starr werden zu lassen, daß in Not- und Kurzschlußsituationen ein Bruch erfolgt." (7)



. . . und im Kleinen: Abgehörte Zelle

DER ZUGANG ZUR SOUVERÄNITÄT

Die Regierung von SPD und FDP hat sich, wie seit 1970 sichtbar wurde, dieses Denken der Polizei aus verschiedenen Gründen weitgehend zu eigen gemacht:

I. Die nicht durchgeführten bzw. nicht durchzuführenden Reformen wie auch die wirtschaftliche Krise haben erneut die Notwendigkeit eines Ersatz-Feindbildes geschaffen. In der antikommunistischen Tradition wurden die alte Linke (DKP) und die neue Linke (Maoisten, undogmatische sozialistische Linke, Stadtguerillagruppen wie RAF, Revolutionäre Zellen, 2. Juni) zu Verfassungsfeinden erklärt. Diese Symbolfeinde mußten für die Bevölkerung sichtbar und mit Erfolg bekämpft werden; zugleich mußte ihre Gefährlichkeit bewiesen werden. Für diese Aufgaben war man auf Polizei und Nachrichtendienste angewiesen und übernahm mit deren Arbeitsweise auch deren Informationen samt politischen Einschätzungen. Die Investitionen mit den größten Zuwachsraten (Polizei und Nachrichtendienste) mußten Erfolge vorweisen, die als Symbole taugten; auch wenn sie real Fehlschläge darstellten (Aktion Winterreise).

II. Ein weiterer Grund für die Durchsetzung des beschriebenen Kontrolldenkens, das seinem Souveränitätsanspruch und strategischem Konzept nach neuartig ist, liegt in der realen Informationsmacht der Kontrollinstitutionen: die gefälschte Information, in Brokdorf arbeitende Gruppen würden von der DDR finanziert, sollte den Einsatz des Bundesgrenzschutzes ermöglichen. Der Sturz von Brandt z.B. wird von Regierungskriminaldirektor G. Schleicher, BKA Abteilung TE (= Terror) als ein großer Fall im Zusammenhang der „unsachgemäßen Verwendung von Erkenntnissen aus Ermittlungsverfahren" angeführt(8). „Andererseits können die Nachrichtendienste durch zeitlich gebündeltes Herantragen von Verdachtsumständen an die Strafverfolgungsbehörden politische Akzente von großer Deutlichkeit setzen, denn Staatsanwaltschaften und Polizei sind durch die Strafprozeßordnung zum Reagieren gezwungen, wobei Reflexionen in der Publizistik, vielleicht vom Verursacher kalkuliert, nicht ausbleiben können. In der Theorie – und das betone ich ausdrücklich – eröffnet sich sogar die extreme Möglichkeit, durch die Häufung von exekutiv ausgelösten Verdachtsfällen gegen bestimmte Personenkreise (z.B. Bedienstete einer Bundes- oder Landesbehörde) soviel Mißtrauen zu säen, daß in Teilbereichen Sicherheitsrisiken auftreten, aus denen wiederum Interessierte politisches Kapital schlagen werden."(9)
Die Polizeiinstitutionen können also eine souveräne Politik betreiben, wenn nicht (wie es bisher geschieht) die Regierung auf ihre Vorstellungen eingeht. Erinnert sei in diesem Zusammenhang an die CIA.

"WIRKLICHKEITSGERECHTE UND PRAKTIKABLE NORMEN"

Die Folgerungen der Polizeiführung aus dieser Lage sind klar und eindeutig: das Parlament soll sich an den durch die Polizei erkannten „Sachgesetzlichkeiten" orientieren. „Die ständige analytische und prognostische Beurteilung des Datenmaterials, die zu jeder Zeit von dem allerneusten Stand ausgehen kann, gestatten es insbesondere der Gesetzgebung und Kriminalpolitik, sich den Veränderungen und Entwicklungen der Kriminalität wandlungsfähig und ohne auf langfristige Beobachtungen angewiesen zu sein, in ähnlicher Weise anzupassen, wie Wirtschaft und Industrie sich auf die Veränderungen des Marktes einzustellen haben."(10) Damit wird zugleich auch klarer, was der Gesetzgeber zu tun hat: er hat das Recht, ständig an die Anforderungen der Polizei anzupassen. „Der riesige Überbau an Gesetzen und Verordnungen, unter welchem die tatsächlichen Verhältnisse sich längst hinwegbewegt haben, unterliegt der beständigen, adäquaten Aktualisierung und nicht mehr, wie in der Vergangenheit, den regelmäßig über Jahrzehnte hinweg verzögerten, bruchstückhaften Teilreformen, die in sich wiederum einen bereits überholten Zustand widerspiegeln. Wirklichkeitsgerechte und praktikable Normen, die der gesellschaftlichen Situation entsprechen, lösen überholte Normen ab, die unter anderen gesellschaftlichen Verhältnissen entstanden sind."(11)

OHNE STAATSSTREICH AN DER MACHT

Diese Auffassung des Parlamentarismus, der Volkssouveränität und der Demokratie sind trotz des neuen Zusammenhanges, in dem sie auftauchen, in keiner Weise neu. Sie stammen, ebenso wie die schlagartig überall an Boden gewinnende Formel von der Entscheidung im Ausnahmezustand und vom Staatsnotstand, aus der Staats-, Gesellschafts- und Rechtstheorie des rechten Konservatismus (Carl Schmitt, Ernst Forsthoff und Helmut Schelsky). Diese ganze Richtung tendiert dazu, das gewählte Parlament oder eine in anderer Form demokratisch durch die Bevölkerung bestimmte Regierung für nicht souverän zu erklären, d.h. nicht zur Verfassungs- und Gesetzesgebung legitimiert. Wenn „an die Stelle der politischen Normen und Gesetze Sachgesetzlichkeiten der wissenschaftlich-technischen Zivilisation treten, die nicht als politische Entscheidungen setzbar und als Gesinnungs- oder Weltanschauungsnormen nicht verstehbar sind", dann – so Schelsky – „verliert auch die Idee der Demokratie sozusagen ihre klassische Substanz: an die Stelle eines politischen Volkswillens tritt die Sachgesetzlichkeit, die der Mensch als Wissenschaft und Arbeit selbst produziert."(12) Ingeborg Maus beschreibt die sich darausergebende Rechtstheorie, die auch den oben zitierten Ansichten des BKA zu Grunde liegt, so: „Die 'Herrschaft des Rechts' wird als Aufhebung jeder persönlichen Herrschaft gedeutet und damit gerade gegen die Souveränität des Parlaments gewendet, mit der sie nach ursprünglichem Verständnis identisch war."(13) Was hier von der Polizeiführung beabsichtigt ist, eine Machtbeteiligung ohne Staatsstreich, unter Duldung des Parlaments, das hat in den letzten Jahren langsam begonnen. (Diese Erkenntnis haben die Mitglieder der RAF zu formulieren versucht.) Verbunden mit dieser Machtbeteiligung ohne Staatsstreich ist der Zerfall der bürgerlichen Legalität.

ENTPOLITISIERUNG DER LINKEN ?

Preuß stellt richtig fest, daß die „linke Öffentlichkeit" auf die Abhöraffäre" nur mit milder Empörung, wenn überhaupt, reagiert" hat. (Mit linker Öffentlichkeit ist hier wohl eine politisch von der Linken herzustellende Öffentlichkeit gemeint.) Den Grund sieht er darin, „daß das politische Leben unseres Landes einer anderen Logik folgt als der der Legalität." Es ist fraglich, ob die Linken nur deshalb kaum politisch auf die Abhörskandale reagiert haben, weil sie die Bedeutung dieser Logik der Gefahrenkontrolle (noch?) nicht erkannt haben. Ebenso wichtig scheint mir, daß die sozialistische Linke in weiten Teilen kaum mehr einen Begriff davon hat, daß politische Freiheiten im bürgerlich-parlamentarischen System der BRD der Arbeiterklasse und jedem Einzelnen den Bewegungsspielraum sichern können, der für einen Fortschritt durch Aktionen über dieses System hinaus notwendig ist. Ein Beleg dafür ist die Haltung der Linken zu Stammheim.(14) Der Grad der Entpolitisierung der Linken gegenüber dieser Frage ist gekennzeichnet dadurch, daß die Haftbedingungen der Stammheimer und anderer politischer Gefangener sowie der Prozeßablauf selbst ohne nennenswerte politische Reaktionen geblieben sind. Die Diskussion über die hier angedeuteten Fragen – Parlamentarismus, Rechtsstaat, reale Veränderungen der Kräfte- und Klassenverhältnisse der BRD – wurde von uns zu stark vernachlässigt.

(Die Redaktion will die Diskussion über diese Fragen und den Artikel von U.K. Preuß im nächsten Heft fortsetzen.)

Anmerkungen:

(1) Das BKA versteht „darunter das Bundesamt für Verfassungsschutz, den militärischen Abschirmdienst mit dem Amt für Sicherheit der Bundeswehr und den BND sowie die Nachrichtendienste der mit uns verbündeten Staaten".
(2) Überwachen und Strafen. Die Geburt des Gefängnisses Frankfurt 1976
(3) Vortrag des leitenden Regierungskriminaldirektors Günther Scheicher (BKA) auf der Tagung der Polizeiführungsakademie in Hiltrup, April 1975. Thema: Die Polizei zwischen Verfassungsschutz und Strafprozeßordnung. Veröffentlicht in: Die Republik Nr. 10-15 v. 23.3.1977, Hrsg. Uwe Nettelbeck. S. 138-196; S. 162
(4) Vortrag a.a.O. Thema: Künftige Einsatzformen der DV im Bereich der Polizei, ebenda S. 196-224; S. 197
(5) ebenda S. 221
(6) Vortrag: Prävention und Repression als überholte Unterscheidung? ebenda S. 169-185; S. 182 f.
(7) ebenda S. 181
(8) „ . . . es ist zu wünschen, daß der jeweils nach großen Fällen, zuletzt von der sogenannten Eschenburgkommission im Zusammenhang mit dem Fall Guillaume präsentierte Plan von der Einrichtung einer ständigen Koordinierungs- und Kontrollinstanz für unsere Nachrichtendienste in die Tat umgesetzt wird." (Scheicher a.a.O. S. 152)
(9) ebenda
(10) a.a.O. S. 220 f.
(11) ebenda S. 221
(12) Zit. nach Ingeborg Maus, Bürgerliche Rechtstheorie und Faschismus München 1976 S. 23
(13) I. Maus a.a.O. S. 43
(14) Dabei ist bemerkenswert, daß die Europäische Menschenrechtskommission eine Entscheidung getroffen hat, in der solche Haftbedingungen als Folter bezeichnet werden; die britische Regierung wurde dort wegen der Anwendung der Methoden der sensorischen Deprivation verurteilt. Sie zahlte daraufhin an jedes der vier nordirischen Opfer einen Schadensersatz von 50.000,– DM und mehr wegen der dadurch verursachten Persönlichkeitsschädigungen.

THOMAS BRASCH
MIT SOZIALISTISCHEM GRUSS

(Aus Ramturs Nachlaß)

Erster Brief:
Lieber Kollege Direktor!
Heute will ich Ihnen schreiben. Ich bin Herr Ramtur aus der Dreherei und möchte Ihnen einen Vorschlag unterbreiten: Schicken Sie mir bitte jeden Monat mein Gehalt zu. Ich möchte ein Jahr lang nicht arbeiten.
Viele Grüße
Kollege Ramtur

Erste Antwort:
Lieber Kollege Ramtur!
Ich habe Ihren Brief bekommen. Was soll aus unserer Fabrik werden, wenn alle so denken, wie Sie? Kommen Sie sofort zur Arbeit.
Kollege Direktor

Zweiter Brief:
Lieber Kollege Direktor!
Ich möchte Ihnen noch einen Vorschlag machen. Wenn ich ein Jahr nicht arbeite, hat die Fabrik einen Verlust von 2376 Stunden. Das sind genau 99 Tage. Ein Jahr hat 52 Sonnabende und 52 Sonntage. Wenn ich im folgenden Jahr jeden Sonnabend und jeden Sonntag 24 Stunden arbeite, haben Sie dazu noch einen Gewinn von 120 Stunden, die ich dem Betrieb schenke.
Herzlich
Kollege Ramtur

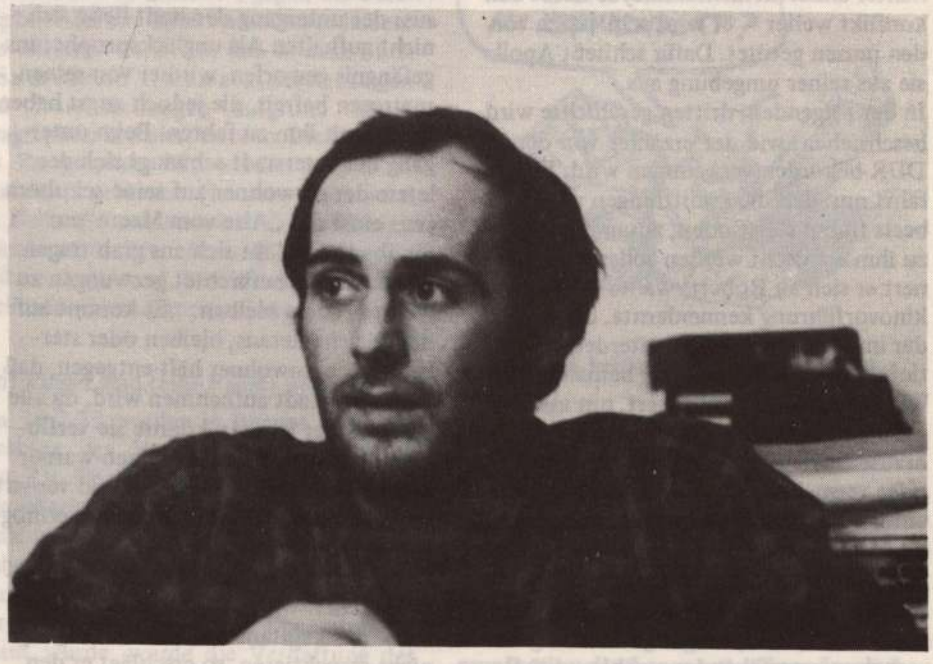
Zweite Antwort:
Lieber Kollege Ramtur!
Das geht alles nicht. Auch ich möchte manchmal nicht arbeiten und muß morgens im Bett weinen. Ich habe auch nicht mehr viel Geduld mit Ihnen.
Kollege Direktor.

Dritter Brief:
Lieber Kollege Direktor!
Ich möchte mich mit meiner Frau unterhalten über
a) meine Frau
b) mich
c) unsere Ehe
d) Kunst und Fernsehen
e) Haushalt, Reparaturen, Neuanschaffungen
f) unsere Kinder (Zustand und Perspektive)
g) das Leben, Qualifizierung, Weiterbildung
Da ich bisher um 17 Uhr nach Hause kam und keine Konzentration hatte, brauche ich für die genaue Analysierung der Probleme ein Jahr. Ich bitte Sie, das einzusehen.
Kollege Ramtur.

Dritte Antwort
Kollege Ramtur!
Sie kommen jetzt schon acht Wochen lang nicht zur Arbeit. Das habe ich gemeldet. Sie werden Bescheid bekommen. Sie haben mich dazu gezwungen.

Vierter Brief
Herr Direktor!
Ich bin jetzt für 15 Monate in einer verschlossenen Weberei tätig. Hiermit teile ich Ihnen mit, daß sich eine Fortführung unseres Briefwechsels damit erübrigt.
Herr Ramtur 57382

(Mit freundlicher Genehmigung des Rotbuch Verlags Berlin.
Entnommen aus:
Thomas Brasch, Vor den Vätern sterben die Söhne
Rotbuch 162 (DM 8,-)



★ ★ ★

diese nabelschnur durchreißen

Nicht erst seit den spektakulären ereignissen um Wolf Biermann, sondern schon länger wird wichtige DDR-literatur im westen herausgegeben. In den letzten zwölf monaten war dies Köhlers *Krott,* Kunzes *Die wunderbaren Jahre,* Sarah Kirschs gedichte *Rückenwind,* Braschs *Vor den Vätern sterben die Söhne* und jüngst *Gedächtnisprotokolle* von Jürgen Fuchs und Gerulf Panach, die wegen ihres engagements für Biermann immer noch in gefängnissen der DDR sitzen.

Das interessanteste buch ist für mich das von Thomas Brasch. Er emigrierte im dezember 1976 in die BRD, nachdem er schon früher die repression der regierenden fühlen mußte: 1965 „wegen Verunglimpfung führender Persönlichkeiten der DDR" und „existentialistischer Anschauungen" exmatrikuliert; wegen seines protests gegen die intervention in die CSSR – so et was heißt auch drüben „staatsfeindliche Hetze" – wurde er zu zweieinviertel jahren gefängnis verurteilt.
Der band gliedert sich in drei teile, die jeweils aus mehreren geschichten bestehen, deren reihenfolge nicht zufällig ist. Ähnlich wie Joyce seine geschichten über das

leben der *Dubliner* ordnete (von der geburt bis zum tod), versucht auch Brasch seine erzählungen in ein gefüge zu bringen. Er verwendet keine chronologie, sondern faßt thematisch zusammen, benutzt rückblenden und schiebt mythologie und volksgut ein, um die in der gegenwart spielenden erzählungen zu verbinden und weiterzutreiben.

Im ersten teil sind die ursachen und folgen eines – tödlich endenden – fluchtversuchs aus der DDR beschrieben. Der flüchtling, Robert, wird stunden vor der flucht von einem alten mit list in die wohnung gelockt, um ihm zu helfen, die einsamkeit zu vertreiben. Dennoch lobt der greis die DDR, bis Robert reagiert: „Du hattest deinen Text, jetzt habe ich meinen, und der heißt: Ich kann nicht machen, was du konntest. Schließlich habt ihr um die schönen Häuser auch noch eine Mauer gebaut." Robert bekennt sich offen zur flucht, will „diese Nabelschnur durchreißen. Die drückt mir die Kehle ab. Alles anders machen. Ohne Fabriken, ohne Autos, ohne Zensuren, ohne Stechuhren. Ohne Angst. Ohne Polizei."

Ein gleichnis ist eingeschoben. Ein geplanter musischer zweikampf zwischen dem griechischen gott Apoll und dem hirten Marsyas kommt nicht zustande, weil der hirte sich weigert, die musen als schiedsrichter anzuerkennen. Marsyas treibt den konflikt weiter – er wird schließlich von den musen getötet. Dafür schließt Apoll sie aus seiner umgebung aus.

In der folgenden, dritten geschichte wird beschrieben, wie der erzähler von den DDR-behörden vernommen wird. Er erfährt nur, daß die ermittlungen wegen Roberts flucht stattfinden, zusammenhänge zu ihm erforscht werden sollen. So erinnert er sich an Robert: wie er ihn in einer kinovorführung kennenlernte, die wegen der im film gezeigten arbeiterdemonstrationen (mit polizeieinsatz) beinah platzte. Wie der erzähler krankfeiert, um mit Robert auf dem motorrad durch die DDR zu brausen. Wie die chauvinistischen *easy rider* versuchen, „Freundschaft und Bett unter einen Hut zu bringen", sich deshalb eine Frau suchen, mit der sie beide gleichzeitig schlafen können, damit ihre freundschaft nicht zerspringt, „das Gefühl für Solidarität (nicht) im Eimer " ist. Bei der vernehmung erfährt der erzähler, daß Roberts fluchtversuch tödlich ausging, ihm keine fluchthilfe angelastet werden kann. Nur einen zettel mit einem aphorismus Roberts behalten die behörden ein – über das alte europa, das auf die heftigen stöße der revolutionären drei kontinente nur noch mit einem müden zucken reagieren kann.

In der geschichtenfolge erfahren wir nicht explizit Roberts fluchtziel: ob er in den kapitalistischen westen flüchten will (wo er beim versuch, die nabelschnur zu durchreißen, sich von den autoritäten zu lösen, dieselben schwierigkeiten hätte, wie in der DDR) oder die befreiungskriege der drei kontinente unterstützen will. Dieselbe schwierigkeit, wenn wir die tätigkeit Roberts bestimmen wollen. Wenn wir feststellen wollen, ob der alte aus der ersten geschichte tatsächlich Spanienkämpfer ist, wie er angibt, oder ob seiner nachbarin zu glauben ist, „Sind Sie auf seine großen Geschichten reingefallen, sagte sie. Ihnen hat er wohl auch erzählt, daß er ein Freiheitskämpfer war."Nennt sie der alte nur deshalb „Nazikrähe"? Die sicherheit zerfließt zu einem dichten nebel. Aussage steht gegen aussage; keine der figuren ist im besitz der wahrheit – wenn der alte gelogen hat, um Robert in die wohnung zu locken, lügt er dann weiter, wenn er von Spanien spricht....

Diese ungewißheit wird von Brasch absichtlich hergestellt, um die macht, das dogma, die väterliche autorität in frage zu stellen. – Auch in persönlicher sicht: sein vater war stellvertretender DDR-kulturminister.

„Leute wie ich bleiben ein Leben lang in der Pubertät, weil sie immer für oder gegen den großen Papa sind. Und das ist, was der große Papa will." Doch Brasch bleibt bei der schilderung dieses konfliktes nicht im bereich des eindeutigen, beschreibt in einer parabel den seefahrer, der den todesgeruch seiner vaterstadt erkennt. Auf die warnungen des kapitäns hin werden zwar die risse in den häusern verschmiert, doch er schlägt den dank aus: der untergang der stadt ließe sich nicht aufhalten.Als unglücksprophet ins gefängnis geworfen, wird er von seinen matrosen befreit, die jedoch angst haben, weiter mit ihm zu fahren. Beim untergang der vaterstadt schwingt sich der letzte der einwohner auf seine schultern (wie einst der „Alte vom Meere"auf Sindbad) und läßt sich ans grab tragen. Der seefahrer befürchtet gezwungen zu werden, da zu bleiben: „Es kommt auf das Gleiche heraus, bleiben oder sterben." Der einwohner hält entgegen, daß ihn keine stadt aufnehmen wird, da alle glauben, der kapitän könnte sie verfluchen. Der seefahrer läßt seinen warner nicht ausreden, erschlägt ihn und verliert sein gefühl für die see, daß es ihm ermöglichte, schiffe sicher zu lenken.

Die rollen haben sich in dieser geschichte verkehrt: wie die einwohner die hinweise des kapitäns auf ihren untergang nicht respektieren, so erschlägt er den letzten einwohner, als er ihn warnt; damit einen teil seiner selbst.

Ähnlich wie diese symbolträchtige geschichte gerade durch die kürze (sie umfaßt vier seiten) wirkt, besticht auch die aus sieben kurzen briefen bestehende korrespondenz des arbeiters Ramtur mit seinem direktor. Wie schon formal deutlich wird, daß der Direktor ihn anzeigt, weil er von der arbeit fernbleibt, um sich mit seiner frau zu unterhalten: statt „Lieber Kollege Ramtur" heißt es in der dritten antwort des direktors „Kollege Ramtur". Ebenso wird schon durch die unterschrift –„Herr Ramtur 57382" – deutlich, daß er „für fünfzehn monate in einer geschlossenen Weberei" arbeiten muß.

Meisterlich wird Braschs prosa in der geschichte um den arbeiter Fastnacht, der wegen seiner verbesserungsvorschläge innerhalb des produktionsprozesses zum leiter des *Neuererbüros* ernannt wird und als seine betrügereien – um die existenz eines außerehelichen kindes zu vertuschen – ans licht kommen, fallengelassen wird.

Diese geschichte läuft in drei verschiedenen erzählebenen ab (die durch kleinschreibung,großschreibung und majuskeln charakterisiert sind): Die gedanken Fastnachts; gespräche und briefe; dialoge Fastnachts mit Marxengels. Diese ebenen besitzen jedoch die gleiche dynamik wie die geschichte, verändern ihre funktion. So kann nicht einfach aus der äußerlichen schreibweise geschlossen werden, ob Fastnachts selbstmordversuch am ende in traum oder wirklichkeit abläuft. Die offene form bewirkt so weitere ungewißheit im leser. Wie auch die karge sprache nicht nur konzentriert, sondern neben das wesentliche den widerspruch ebenbürtig treten läßt.

So bildet der besuch des *American Folk Blues Festivals* den kontrapunkt zur verlogenheit des „Sängerwettstreits" im Ostseebad.Doch bilden solche gegenpole keine antagonismen, wie die erzählung vom aufspüren eines KZ-wächters zeigt, die gegen die ermittlungen der hintergründe von Roberts flucht gesetzt wurde.

Doch, „Form ist Formung von Etwas"(Adorno): Im gegensatz zur literarischen DDR-kritik von Jürgen Fuchs oder Wolf Biermann wird hier nicht ein allmächtiger verwaltungsapparat in den mittelpunkt geschoben. Die wesentliche rolle der produktion geht nicht verloren – so wird die zerstörung von menschen beim heimlichen vernichten von ausschußproduktion beschrieben, der tod Ramturs durch einen falsch eingerichteten schraubstock. Die bauarbeiterrevolte im film sowie die wünsche der arbeiter, die sich nicht für ein immanentes vorschlagswesen mißbrauchen lassen („Jeder Gang auf die Toilette während der Pause ist verboten. Dafür muß die Arbeitszeit benutzt werden"), utopien, die auch über den produktionsprozeß hinaus reichen, das ganze system aufheben („Am 1. Mai steht die Bevölkerung auf der Ehrentribüne Marxs-Engels-Platz, sagte Ramtur, und nimmt die Parade der Regierung ab.")

Vielleicht wird durch Barschs buch die notwendigkeit deutlich, die DDR-wirklichkeit theoretisch zu fassen. Eine reduzierung auf ein sozialistisches system mit einer sich verselbständigten bürokratie scheint mir unzureichend; es ist richtiger, diesen mächtigen überbau mit einem sozialismus mit „kapitalistischer Produktionsweise" (*Il manifesto*) zu begründen als mit einer person oder einer partei!

Engel Schramm

Fortsetzung des Nachrichtenmagazins von Seite 2:

präsident und von ihm Beauftragte jederzeit die Möglichkeit haben müssen und haben werden – und das werden wir zur Not auch durchsetzen! – an Lehrveranstaltungen dieser Universität teilzunehmen.

2. Daß selbstverständlich von uns aus keine Bespitzelung, wie das so heißt, unter der Verleugnung der Identität usw. betrieben wird – genauso selbstverständlich –, aber

3. wird nach wie vor unter Umständen die Notwendigkeit bestehen, den Einzelfall zu prüfen, wenn ein Universitätsbediensteter seine persönliche Sicherheit gefährdet sah."

Mit diesen Ausführungen ist einer weiteren Bespitzelung Tür und Tor geöffnet, da die Bediensteten immer mit der Großzügigkeit des Präsidenten rechnen können, „zu prüfen, was dazu geführt hat, daß ein Bediensteter in einer Notsituation sich nicht anders zu helfen wußte." So kann eine Gefährdung der „persönlichen Sicherheit" konstruiert werden, der Spitzel beruhigt seine Identität verleugnen.

DIE § 218 – ENTSCHEIDUNG DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS:

Verstoß gegen die europäische Menschenrechtskonvention ?

(Vorbemerkung: Die BRD und damit auch die jeweilige Bundesregierung hat sich durch die Unterzeichnung der Europäischen Menschenrechtskonvention (im Folgenden EMRK) den Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte unterworfen – z.B. wurde die englische Regierung wegen Anwendung von Folter in Nordirland (sensorische Deprivation, Isolationshaft) verurteilt. Wenn die Kommission für Menschenrechte eine Beschwerde für zulässig erklärt, entscheidet der Gerichtshof darüber, ob die Beschwerde begründet ist.)

Die Europäische Kommission für Menschenrechte beim Europarat in Straßburg hat gegen den Willen der Bundesregierung, die verpflichtet ist, die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts zu unterstützen, die Beschwerde von zwei Frauen gegen das Urteil über die Reform des § 218 StGB für zulässig erklärt. Deshalb wird in dieser Frage der europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Sachentscheidung treffen. Die Frauen stützen ihre Beschwerde auf die Verletzung der Privat- und Familiensphäre (Art. 8 EMRK), der Gedankens-, Gewissens- und Glaubensfreiheit (Art. 9 EMRK), des Diskriminierungsverbots (Art. 14 EMRK) und anderer Rechte. Die Frauen haben dazu vorgetragen, der Schwangerschaftsabbruch bleibe im Prinzip eine Straftat und er werde nur bei Einhaltung bestimmter Verfahrensregeln und bei Bestehen der Indikation für straffrei erklärt. Die Verpflichtung, einen Arzt heranzuziehen, der eine quasi richterliche Macht zur Entscheidung über das Vorliegen einer Indikation habe, stelle einen tiefen, unzulässigen Eingriff in die Privatsphäre dar. Die Kommission sagte in ihrer Entscheidung über die Zulässigkeit der Beschwerde, „daß auch das Sexualleben Teil der Privatsphäre ist und daß insbesondere die hier in Frage stehende gesetzliche Regelung der Schwangerschaftsunterbrechung ein Eingriff in die Privatsphäre ist – mag diese gemäß Art. 8 Absatz 2 EMRK rechtlich zulässig sein oder nicht" (darüber hat der Gerichtshof jetzt zu entscheiden).

(Mehr darüber in „Vorgänge – Zeitschrift für Gesellschaftspolitik", Nr. 25 (1977 Heft I) S. 122-125.)

ZENSUR GEGEN KRITIKER DER ZENSUR

Nachdem die ersten beiden Versuche, den § 88a (Maulkorbparagraphen) anzuwenden, an einzelnen Richtern und einem starken Druck der aufmerksam gewordenen linksliberalen und linken Öffentlichkeit gescheitert sind, ist der dritte Versuch angelaufen – bisher vor der Öffentlichkeit weitgehend verborgen.

In einer Strafanzeige werden verschiedene linke Buchläden beschuldigt, als Mitverbreiter oder Mitverantwortliche der Schrift „88a in Aktion", gegen die Paragraphen 88a und 130a verstoßen zu haben. Das Absurde daran ist, daß in dem Buch „88a in Aktion" Aktionen, Strafanzeigen und Durchsuchungen aufgrund dieses Paragraphen kritisiert werden. Die Kritiker des Paragraphen 88a werden jetzt zum Schweigen gebracht. (In dem Buch wird die Zeitung Revolutionärer Zorn in einem dokumentarischen Anhang abgedruckt, weil sie der Grund für die kritisierten Polizeimaßnahmen gewesen sein soll).

Fünf Finger sind (eine Faust) subversiv

Am 16.2.77 wurden in Buenos Aires der Direktor des Verlages *Ediciones de la Flor*, Dr. Daniel Divinsky, und seine Frau Ana Maria Miler, die ebenfalls zur Verlagsleitung gehört verhaftet.

Bisher hat sich noch kein argentinisches Gericht mit diesem Fall beschäftigt. Wie durch Auskunft von Polizeibeamten bekannt wurde, wurde die Verhaftung des Ehepaares vom Innenministerium angeordnet wegen der Veröffentlichung eines kleinen Kinderbuches mit dem Titel *Fünf Finger*, der Übersetzung eines in der BRD erschienenen Buches.

Das Buch wurde im November 1975 in Argentinien veröffentlicht und am 2.2.77 durch das Dekret Nr. 269 der Exekutive verboten. Gegen dieses Verbot legte Dr. Divinsky am 11. Februar Widerspruch ein und wies dabei „energisch" die in dem besagten Dekret beinhaltete Vermutung zurück, es handele sich bei diesem Kinderbuch um einen „Beitrag zur Subversion". In dem erwähnten Einspruch wies Dr. Divinsky darauf hin, daß der „inkriminierte Text eine Beschreibung der alten Maxime ist, die besagt, daß Einheit Stärke schafft"

»Eine Demokratie ist schließlich nicht nur für die Qualität ihrer Panzer, Bomben und Fernsehapparate verantwortlich, sondern auch für die Qualität ihrer Ideen.«
(Paul Feyerabend)

Einladung ins Syndikat

Das »Syndikat« hat durch seine »Autoren- und Verlagsgesellschaft« im vergangenen Herbst ein erstes Verlagsprogramm vorgelegt. Jetzt legt es durch seine »Buchgesellschaft für Wissenschaft und Literatur« das erste Buchclub-Programm vor.

Wie die Verlagsinitiative neue Wege in der Zusammenarbeit mit den Autoren sucht, will auch die Buchgesellschaft mehr sein als eine andere Möglichkeit, mit Büchern Geschäfte zu machen. Die Organisation eines Buchclubs ist für uns Mittel zum Zweck.

Wir wollen kritische Literatur verbilligt anbieten.

Wir wollen wichtige Bücher wieder zugänglich machen.

Wir wollen große Ausgaben zur Subskription stellen.

Wir erwarten uns aber mehr als Buchbestellungen: Anregung und Kritik, Kommunikation der Leser untereinander und mit den Autoren des Syndikats.

Der Buchclub des Syndikats interessiert mich. Schicken Sie mir unverbindlich und kostenlos Informationsmaterial

Name _____

Adresse _____

SYNDIKAT
Buchgesellschaft für Wissenschaft und Literatur
Savignystr. 63 Postfach 17 40 03
6000 Frankfurt/Main 1

Die P.P. Zahl Veranstaltung

Auf der im Folgenden beschriebenen Veranstaltung über P.P.Zahl wurden die hier abgedruckten Reden von Ulrich Sonnemann und Sebastian Cobler gehalten.

Vorbemerkung
Am 7. Februar fand in dem überfüllten Hörsaal VI eine Solidaritätsveranstaltung für die (politischen) Gefangenen in der BRD statt, in deren Mittelpunkt die Geschichte und Person des Genossen P.P. Zahl stand. Wir,die wir das vorbereitet haben, wollten das nicht als einmaliges Ereignis verstehen, als einen Aufschrei, der in Betroffenheit endet. Wir wollten einen Anfang setzen für eine breite Diskussion über die Situation der Gefangenen bzw. den Zustand von Justiz und Staatsschutz in der BRD. Begründet nicht mit analytisch gefaßter BRD-Realität, abstraktem Solidaritätsanspruch, sondern ausgehend von Geschichte und Erfahrung der Genossen und Genossinnen im Knast, und ausgehend von uns, die wir noch nicht im Knast sitzen – nicht weil wir alle potentielle Stadtguerilleros wären, sondern weil wir in unserem Alltag immer mehr in den vorverlegten Staatsschutz einbezogen werden.
In diesem Sinne wollen wir mit der Veröffentlichung unseres letzten Briefes an P.P.Zahl (geringfügig geändert) Intention und Ablauf unserer Veranstaltung und Arbeit zur Diskussion stellen.

I
Lieber Peter-Paul

Wir haben dir schon lange nicht mehr geschrieben und das liegt wesentlich an unserer Trägheit: Seit der Veranstaltung ist bei uns die Luft raus, wir sind müde und abgeschlaft. . .
Nach getaner Arbeit sollst dur ruhn . . .
Die Veranstaltung war – anstrengend in der Vorbereitung, weil ungewohnt – dann ziemlich gut, unsere Ängste, genährt aus den Erfahrungen solcher Veranstaltungen in Frankfurt in der letzten Zeit, waren unbegründet. Ca. 1500 Leute haben sich uns, den Cobler, Sonnemann und Erich Fried angehört, haben wirklich zugehört, konnten etwas anfangen mit dem Gesagten. Zahl nicht als "Fall" oder "Heroe", sondern *als Genosse* und Literat im Knast, der psychischen und physischen Zerstörung dann ausgeliefert, wenn wir nichts unternehmen.
Daß die anschließende Diskussion nicht mehr richtig stattgefunden hat, fanden wir schade; aber halt das alte Problem: Wie konkretisiert sich im Hörsaal, angefüllt bis zum Rand, die Betroffenheit und das Nachdenken der Einzelnen?
Die Veranstaltung mußt du dir ungefähr so vorstellen:
Dichtgedrängt der Saal voll, die Leute stehen in den Gängen, vorne, auf dem Podium "die" zwei Alten Fried und Sonnemann neben dem Sebstian, wechselnd wir aus der Gruppe, noch – als Diskussionsleiter oder das Feature von Harry vortragend. (Deine Kritik blieb – noch – unberücksichtigt)
Hinten an der Wand groß: Freiheit für Peter Paul Zahl. Wir wollten das aufhängen und mußten es auch, weil die kpdml in ihren letzten Zuckungen noch Sprüche ihrer Zeitung an die Wand gemalt hat. "Vorwärts mit der KPD/ML" über unseren Köpfen – das hätte gestört!
. . . .Einleitende Worte . . .Bitte, das Rauchen einzustellen . . . Wir überwinden unsere Nervosität. . . Das Blasorchester (sogenanntes linksradikales) spielt den Anwalt des Schreckens mit Sprecher (Hoffe, du kannst dir bald das Band mal anhören) . . . Sonneman, in fünf Schachtelsätzen redet er konzentriert über das Urteil, das 2. . . . die Worte wohl setzend . . Lange dann und auch spannend Cobler, der den Text breiter setzt, über die Genossen in Stammheim, vor allem aber über die K.H.Roth und Roland Otto redet,das Verhalten der Linken kritisiert . . .wenn die Justiz zuschlägt, geht die Linke in Deckung. . . den alltäglichen Staatsterror beschreibt, Konsequenzen andeutet. Insgesamt ähnlicher Tenor wie in der letzten 'Autonomie' (hast du die?). . . Erich Fried liest dann das Gedicht; die bisher aufmerksamen, manchmal lachenden Gesichter im Saal fallen etwas in sich zusammen. . .Betroffenheit. . . ich sitze oben und halt es da bald nicht mehr aus, will weg, die Nähe von so vielen Leuten wird da unerträglich. . . .. .fünfzehn Minuten *Doors*..
Stille – Beifall als Ventil.

II

Um zu erklären, aus welcher Situation die Idee für die Veranstaltung /Seminar/ Solidaritätsarbeit entstand, aus welcher Situation und Begründung sich dann auch der Streik am Fachbereich 10 entwickelt hat und warum beides im Moment mit ziemlichen Schwierigkeiten kämpft, will ich etwas ausführlicher über unsere "Geschichte" erzählen.
Seit längerem diskutieren wir in der Aktionsgruppe, (der Name ist unglücklich und paßt nicht; eher Basisgruppe von Undogmatischen und Spontis), über die Möglichkeit und Notwendigkeit Alltag, Politik und Arbeit zusammenzubringen. Notwendig deshalb, weil wir uns zunehmend einem sinnlosen, verregelten Studium gegenüber sehen, mühsam uns zur Wehr setzend gegen den täglichen Kleinkrieg von oben, und dabei auf der immer neuen Suche nach inhaltlicher Auseinandersetzung, die so organisiert ist, daß Arbeitsergebnisse brauchbar werden, und daß es auch Spaß macht.
Die eigene Arbeitssituation ignorieren geht nicht mehr, aber ebenso unmöglich ist es, sich auf die 'reine Kritik an Inhalten' oder auf 1/3 Parität in Gremien oder materielle Forderungen zu beschränken. Kritik am ganzen Apparat, der Institution, an der Ausbildung geistiger Arbeit überhaupt ist notwendig, das schließt mit ein eine Kritik/Auseinandersetzung mit dem theoretischen Produktionsprozeß, mit der Sprache der Wissenschaft (ler), mit den wissenschaftlichen Denkformen. Das heißt schon einiges. Wir müssen uns den gesellschaftlichen Bezug für unsere Arbeit wieder herstellen, müssen kollektive Arbeitsformen entwickeln, greifen also –bei den politischen/sozialen Verhältnissen hier – die Herrschenden an, indem wir Ausbildung – im weitesten Sinn – neu bestimmen und darüber nicht Bücher schreiben, sondern praktisch ausprobieren
schreiben, sondern praktisch ausprobieren
in den Elendsvierteln von Deutschland.
Auf dem Hintergrund dieser Überlegungen begann vor Weihnachten eine Streikdiskussion. Wir haben gesagt, daß die bisherigen Ansätze von Widerstand gescheitert sind, z.B. die immergleichen Parolen-Kampagnen der selbsternannten Avantgarden, oder das fortlaufende Einklagen von linken Inhalten, von kritischer Theorie in der Gremienhierarchie. Oder verschärfte Anpassung (ich werde es schon schaffen) und / oder die Flucht in alternative Projekte, Entzug.
Gleichzeitig haben wir festgestellt, daß zur Zeit niemand etwas vorschlägt, das in die Situation an der Uni eingreift, daß niemand in der Lage ist, begreiflich zu machen, was an der Uni/gesamtgesellschaftlich abläuft hinsichtlich der Organisation und Funktionsbestimmung geistiger Arbeit. So kamen wir auf den Streik.

Aber nicht im üblichen Sinne. Wir wollen unseren Widerstand nicht in Lohnkategorien fließen lassen, um uns damit an die Startlinie der Proleten vor 100 Jahren zurückzubegeben. Wir wollen auch nicht irgendwelche Forderungen, die in ihrer Allgemeinheit inzwischen jeden Sinn eingebüßt haben (Weg mit dem HRG!), an die Spitze stellen von Anfang an und dann die Leute wie Schafe nur noch hinter diesen aufreihen. Wir wollen erst einmal überhaupt *Zeit*. Zeit für uns, *gemeinsam* zu diskutieren/tun,was für uns wichtig ist. Gemeinsam uns über die Situation klar werden und dann Forderungen aufstellen. Zusammen praktisch in Arbeitsgruppen Voraussetzungen – inhaltlich und organisatorisch – diskutieren/organisieren, um auf eine zukünftige Tätigkeit orientiert am Kampf der Unteren gegen die Oberen vorbereitet zu sein.

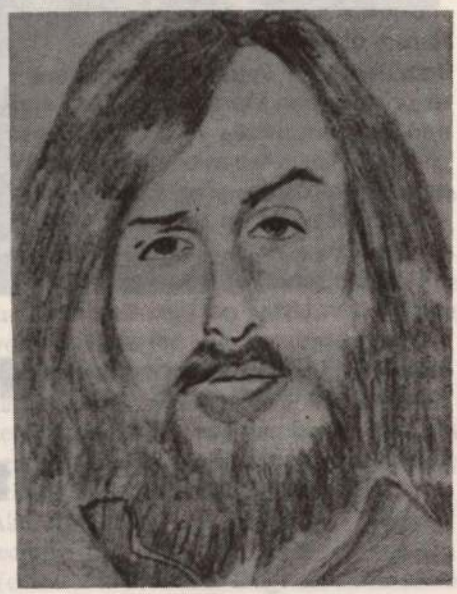
Das ging anfangs auch ziemlich gut: die verschiedenen Parteien hatten bald das Nachsehen, über 200 Leute beteiligten sich an jedem Streiktag. Diskussion, Organisation, Aktion ging tendenziell von den Arbeitsgruppen aus, kaum eine Arbeitsteilung. Keine Verwaltungsstrukturen. Doch 'die' oder 'das'Andere erwies sich als stärker, der Streik hatte sich am Ende technisiert, willkürlich hatten sich einige Altgenossen herausgestellt, wurden herausgestellt, die Bewegung fing an, sich selbst zu kritisieren, verfiel in Trauer und Apathie und droht momentan daran kaputt zu gehen.

Die Vorbereitung auf das Seminar ist *ein* Versuch, dem drohenden Zerfall der Bewegung entgegenzutreten, wenngleich ihr jetziger Zustand nicht gerade Allzuhoffnungsvolles ahnen läßt.

III

Durch die Vorbereitung und Diskussion der Veranstaltung hat sich unser Verhältnis zur Problematik der politischen Gefangenen verändert, auch ausgedrückt in dem, was wir dort vorgetragen bzw. nicht vorgetragen haben: die generelle Kritik, die du bereits an Harrys Feature formuliert hast, trifft ebenso die gesamte Veranstaltung. Was fehlte, war eine Auseinandersetzung mit dem, was du politisch vertrittst oder vertreten hast. Du warst für uns in erster Linie Opfer und in zweiter Linie Literat: Gründe genug, sich mit dir auseinanderzusetzen und für dich einzusetzen, zumal einem das offensichtliche Gesinnungsurteil Solidarität und Identifikation erleichterte, es bedurfte keiner politischen Diskussion, die Fronten waren vom Gericht klar gezogen. Egal wie sich das hier so liest: so war der Ausgangspunkt, der mich motivierte, was für dich zu tun.

Ich will damit nicht sagen, daß das Urteil gegen dich, bzw. die Repression, der die politischen Gefangenen ausgesetzt sind & werden, nicht Grund genug sind, etwas dagegen zu tun. Ich glaube jedoch, daß die Solidarität mit den Gefangenen nicht zufällig die politische Diskussion und damit die Person des Gefangenen, seine politische Identität außerhalb jeglicher Auseinandersetzung läßt. Das liegt wohl mit daran, wie diese Diskussion geführt bzw. rezipiert wurde: nämlich abstrakttheoretische Auseinandersetzung um das Konzept Stadguerilla – eine Auseinandersetzung, die mit der Niederlage der RAF zumindest vorläufig beendet ist; ich halte es auch für müßig, sie in der Form noch einmal aufzurollen und bin mir auch nicht im Klaren darüber, an welchem Punkt sie im Augenblick fortgesetzt werden sollte.



Mit der Absage des größten Teils der undogmatischen Linken an die Strategie der RAF ging die Absage an die Genossen im Untergrund Hand in Hand: gerade so, als ob sie sich voluntaristisch-abstrakt dazu entschlossen hätten, in den 'Untergrund' zu gehen und zu kämpfen. Sie standen damit gewissermaßen auf der anderen Seite des Grabens, der die Linke trennt – wenn man sich mit ihnen solidarisierte, dann nicht um ihrer und damit einer gemeinsamen politischen Identität willen, sondern deshalb, weil sie Opfer staatlicher Repression geworden sind.

Daß die undogmatische Linke eine gemeinsame Geschichte hat, war zwar vielleicht noch irgendwo im Hinterkopf, es wurde jedoch bei der Auseinandersetzung um die Genossen, die im Knast sind schnell vergessen. Erst allmählich, in der Auseinandersetzung mit dir und über die Aufsätze in der 'Autonomie', in denen versucht wird die Lebensgeschichte von K.H.Roth, Werner Sauber und Roland Otto zu schildern, ist die Konkretheit unserer gemeinsamen politischen Geschichte mit ins Bewußtsein gekommen.

Diese Diskussion findet ihren Niederschlag in Überlegungen, die einmal eingehen auf die mangelnde Kontinuität der Diskussion in der Linken in Bezug auf das Verhältnis zu den Gefangenen sowie zum anderen darauf, daß wir uns "nur" mit *einem* Gefangenen auseinandersetzen.

Seit der Auseinandersetzung um die RAF –Genoss-inn-en bzw. deren Strategie – ausgedrückt in der Geschichte der Roten Hilfen und der Folterkomitees – sind die Diskussionen und praktischen Aktionen eingeschlafen, einzelnen Gruppen quasi übertragen worden (Gefangenenrat) oder sie haben sich spontan entladen wie nach dem Mord an Holger oder Ulrike.

Das ist ein Problem, denn die 'Bewegung' sagt kaum mehr etwas zu den gesellschaftlichen Veränderungen in der BRD (Gesetzesänderungen, zunehmende Repression, Faschisierung des Alltagsbewußtseins?), sondern ist noch in ihren einzelnen Teilen damit beschäftigt, für sich eine eigene Entwicklung zu organisieren. Da fallen die, deren Möglichkeiten bis zur totalen Isolation eingeschränkt sind, ersteinmal raus.

Sich nur um *einen* Genossen, der im Knast sitzt, zu kümmern, ist problematisch (die Bornierung auf einen), ist aber auch irgendwo auf Dauer perspektivlos: eine Initiative für PPZ oder eine andere für Karl Heinz Roth und Roland Otto bringen kaum mehr den Druck,die Öffentlichkeit zustande, die heute notwendig ist, um auch nur eine Kleinigkeit von den eigentlich selbstverständlichen individuellen Rechten der Gefangenen zurückzuholen – geschweige denn, sie da raus zu holen.

(Damit ist nichts dagegen gesagt, daß es ziemlich gut ist, daß sich Leute *konkret* um einzelne Gefangene kümmern).

Aber wir schweigen größtenteils, und es sind heute die Anwälte und einige liberale "Persönlichkeiten", die da noch etwas machen.

Dazu kommt, daß wir selbst zunehmend Illegalisierung bedroht sind. Das Ausmaß, in dem wir kontrolliert, in Karteien erfaßt und bespitzelt werden, läßt sich wohl nur erahnen (ich denke drei Jahre weiter voraus: ein größeres Watergate als die Abhöraffäre und wir erfahren nebenbei, daß ca. eine Million Bundesbürger "nachrichtendienstlich" erfaßt sind).

Wir schlagen vor, daß darüber eine Diskussion angefangen wird, die allerdings nicht hinter die Entwicklung der letzten zwei Jahre zurückfallen darf (und damit die Justizkampagne, die der SDS den Bundesbürgern vor zehn Jahren versprochen hat, jetzt anfangen will), sondern an den kurz skizzierten Erfahrungen und Problemen und unserer eigenen Situation ansetzt und versucht, einen breiteren Widerstand auf beide Beine zu stellen als das bisher passiert ist.

IV

Noch ein paar Sätze zur (leidigen) Seminarvorbereitung, die z.Zt. sehr schleppend vor sich geht:

Der Zusammenhang mit unseren übrigen Tätigkeiten ist eben nicht ein germanistischer (zur Situation der neueren deutschen Literatur am Beispiel von....) ist auch nicht eine notwendige Solidaritätsübung für linke Germanisten (Zahl–ein

Berufskollege), sondern gerade *ein* Versuch, uns mit dir, deiner Geschichte, was du gesagt/ geschrieben hast (aber auch mit anderen Leuten oder anderen Texten) über unsere Arbeits-/Lebensperspektive klarer zu werden! Verstehst du,klarer zu werden als linke Intellektuelle, die sich teiligen wollen an der Abschaffung aller Machthaber, und sich fragen: *Wie,ohne* sich selbst dabei rauszulassen!

Übrigens:

Die Institution hat ihren offiziellen Segen erteilt, Dichter Zahl ist in das Vorlesungsverzeichnis (moderne Klassiker) aufgenommen – unter den Auspizien von vier linken Professoren.

Während der Semesterferien trifft sich zur Zeit wöchentlich eine Vorbereitungsgruppe, die aus uns und ca. 20 weiteren Studenten besteht.

Wir rechnen mit einer großen Beteiligung an dem Seminar – und hier beginnen auch schon die Schwierigkeiten.

Was wir nicht wollen, ist ziemlich klar: Wir wollen *nicht* die Rolle eines "Professorenkollektivs"übernehmen, das anfangs den Studenten eine Themenliste hinknallt und das Seminar voll durchorganisiert hat, um 'optimale' – im Sinne der "Seminarfrequenz" – Arbeitsergebnisse zu erzielen, die eh nicht mehr zu erreichen sind, auch nicht von Professoren. Auf der inhaltlichen Ebene wollen wir noch viel mehr *nicht:*

Wir wollen *nicht* Goethe durch Zahl ersetzen.

Wir wollen *keine* philosophische Zerpflückung des literarischen Werkes Zahls.

Wir wollen *kein* Seminar ohne Diskussion einer Perspektive für eine politische Praxis.

Du siehst also, der Anspruch steht. Und damit stellt sich dann auch das "aber wie".

Ein paar Gedanken haben wir uns schon gemacht, die zwar hauptsächlich auf einer technisch-organisatorischen Ebene sich bewegen (es lebe der Inhalt!?):

Damit das Seminar auch einmal über den Tellerrand des universitären Ghettos schaut, wollen wir diverse Aktivitäten vorbereiten (Öffentlichkeit herstellen), damit es die ihm gebührende Publizität *auf Dauer* beibehält, da die Gefahr der reibungslosen Einverleibung in den Seminaralltag permanent besteht.

Innerhalb des Seminars wollen wir versuchen relativ unkonventionelle Techniken der Textrezeption und -verarbeitung auszuprobieren, z.B. eine Aufführung und Aufzeichnung deiner Lattmann-Satire auf Video.

Außerdem vielleicht so etwas ähnliches wie einen literarischen Workshop zu machen,entgegen der germanistischen,rein passiv-konsumtiven Verkrüppelung ein anderes, politisches Verhältnis im Umgang mit Texten und Literatur zu gewinnen.

Dementsprechend unkonventionell wird auch die inhaltliche Arbeit im Seminar sein – hoffen wir.

Right on

Wie westlich ist Westdeutschland ?

Nachweisbarer Verfassungsbruch eines Revisionsurteils oder
Wie westlich ist Westdeutschland?

Liebe Anwesende, wir wissen noch nicht, was praktisch heute abend herauskommen kann, auch nur vorbereitend herauskommen kann, nur soviel, daß von der Zukunft dieses Falles Peter Paul Zahl einmal gesagt werden könnte, daß das Schicksal der Demokratie in diesem Land an ihm sich entschieden hat. Man kann von Zahls Fall gar nicht reden, ohne von mehr als nur ihm zu reden. Beispielhaft, wie ich zu zeigen versuchen werde, faßt in diesem Fall sich zusammen, was seit ungefähr 1970 in der BRD wirklich im Gange ist, nämlich die Wiederauftischung unserer schlechtesten, von der Menschheit mit Recht verachtetsten Traditionen: von den Berufsverboten über die Entrechtung unbequemer Strafverteidiger bis zu einer sogenannten Gewaltgesetzgebung auf der Linie Metternichs und des Sozialistengesetzes im Bismarckreich. Daß der zwangsimportierte bürgerliche Verfassungsstaat in Deutschland von seinen vereidigten Hütern zum feudalen Willkürstaat vorkapitalistischer Prägung zurückgeschraubt wird, geschieht nicht zum ersten Mal in diesem Jahrhundert, aber vermutlich zum letzten. Denn entweder diese Schraube wird so gestoppt, daß denen, die an ihr drehen, ein für alle Mal mit ihrem Handwerk der Appetit, es zu praktizieren, gelegt wird oder sie setzen sich weiter durch, bewahrheiten abermals die Regel, daß die Rechte in Deutschland – und die Rechte, das sind nicht bloß die Rechtsparteien, in jedem Herrschaftssystem ist sie überall dort, wo es einen unmenschlich sturen, verfestigten Apparat gibt – daß also die Rechte in Deutschland immer unwiderstehlich ist, und nur Deutschland unter ihrer Führung dann allerdings, wenn auch unter sehr großen Menschheitsopfern, um so widerstehlicher. Dann würde die letztgenannte Phase diesmal so ausgehen, daß es zu einem dritten deutschen Anschlag auf die Demokratie nicht mehr kommen kann, für seine Verhütung gesorgt wäre.

Für die Niederwalzung ebenso von Denkgesetzen wie Verfassungsnormen ist der Fall exemplarisch. Mit bedingtem Vorsatz handelt, heißt es in der Urteilsbegründung des Bundesgerichtshofes für seine Aufhebung des erstinstanzlichen Urteils, wer sich die Möglichkeit des schädlichen Erfolgs vorstellt und seinen Eintritt billigend in Kauf nimmt. Außer mit unschlüssigen, lose hypothetischen, um so begreiflicher daher emphatischen Redensarten, ist für die Annahme, es habe so eine Vorstellung, gar Billigung damals in dem Angeklagten gegeben, nicht einmal versuchsweise argumentiert worden. Was aber ergibt die An-

wendung ihrer Logik auf die Rechtssprechung selber? Gar nicht nach unserer, nach ihrer eigenen Begriffsbestimmung, die ich zitiert habe, und mit der sie Zahl dann für fünfzehn Jahre, in Strafhaft schickte statt der ursprünglichen vier, wäre das zweitinstanzliche Urteil selber, da es die langsame Zerstörung eines Menschenleben billigend in Kauf nimmt, ein Mordversuch.(Beifall) Anders als Zahl selbst, der in Flucht und Abwehr handelte und für Überlegungen gar keine Zeit hatte, hatten die Richter in Karlsruhe und dann in Düsseldorf vor dem Urteil in zweiter Instanz viele Stunden. Die Sabotage inzwischen an Zahls Ausübung seines Schriftstellerberufes in der Haft, von derer ersten Stunde an und durch Schikanen, die bis heute nicht enden wollen, neuerdings auch noch durch Strafanklage seitens einer Zensur, die bekanntlich nicht stattfindet, liegt bestätigend auf der Linie solchen billigenden in-Kauf-Nehmens seines Untergangs,ja sie betreibt diese auf das allerdirekteste. Demgegenüber gibt es in der Sache gegen ihn, dort wo nach zivilisiertem Rechtsverständnis die unhinterfragbarsten Beweise zu stehen hätten, bloß Beteuerungen des Gerichts, wie jedes Schulkind sie auswendig lernen und dann hinschreiben kann, daß es selber von seiner Tatkonstruktion, von diesem billigenden in-Kauf-Nehmen der schädlichen Folgen durch Zahl überzeugt sei. In Deutschland genügt das.

Ich mag an diesem Punkt, es fällt mir gerade ein, einflechten, daß es in dieser Stadt vor ein paar Monaten, es wurde nach meiner Erinnerung im Berliner Extradienst berichtet, einen Einführungsunterricht für Gerichtsreferendare gegeben hat, ich glaube seitens eines Staatsanwaltes, jedenfalls eines vereidigten Staatsdieners, bei dem auseinandergesetzt wurde, daß natürlich Polizisten einander decken bei derartigen Aussagen vor Gericht und daß man ihnen im Grunde in sehr vielen Fällen nicht glauben dürfe, daß man aber sich so verhalten solle, als glaube man ihnen in jedem Fall; und daß das auf Seiten der Referendare selber einen gewissen Widerstand in Gestalt eines Gemurmels, einen artikulierteren brachten sie nicht fertig, zur Folge hatte. In der Presse ist das weitgehend unterdrückt worden, von einer Anklage wegen Verfassungsbruchs gegen diesen Verfassungshüter hat man auch nichts gehört. Soviel nur mit dem Blick auf die Unbedingtheit, mit der bisher alle Gerichte in dieser Sache den polizeilichen Zeugen geglaubt haben.

Aber mit dieser Zurechtbiegung – Zuunrechtbiegung – des Begriffs des bedingten Vorsatzes in der Sache fängt der Rechtsbruch erst an. Unverschämter als diese -Konstruktion, obwohl Steigerungen da kaum noch möglich erscheinen, ist die offene Verhöhnung von Artikel 3, Absatz 3 des Grundgesetzes durch plumpe Vertauschung, die in keiner authentischen bürgerlichen Gesellschaft, deren politische Formen revolutionsgeschichtlichen Ursprungs sind, auch nur denkbar wäre, zweier heterogener Gesinnungsbegriffe, die nichts als das Wort teilen: eines, der Strafverschärfung wegen niedriger Gesinnung gestattet und dessen Einschlägigkeit so die Person und ganze Lebensgeschichte des Verurteilten ausschloß, daß sie auch vom Zweitgericht gar nicht behauptet wurde und eines ganz anderen, den das Grundgesetz meint, wo es in seinem Artiktel 3,Absatz 3 ohne die leiseste Einschränkung festsetzt, niemand dürfe seiner Gesinnung wegen bevorzugt oder benachteiligt werden, das also nicht werden, was Zahl in aller Ausdrücklichkeit wurde, als seine Zweitrichter seiner Gesinnung wegen – die sie in der NS-Tradition ihres unaufgeräumten Unbewußten als staatsfeindlich kennzeichneten – auf das Höchstmaß der Strafe erkannten, die ihre windige Tatkonstruktion zuließ. Wer eigentlich in dem Fall sich als Verfassungssaboteur, öffentlicher Brecher des Grundgesetzes erwiesen hat, konnte nur einer deutschen Gesellschaft verborgen bleiben. Das heißt aber auch, daß eine Öffentlichkeit, die nach der Abweisung von Zahls Revision noch das Potential hätte, die Sache wieder in Bewegung zu bringen, zunächst nicht existiert. Sie kann nach allem Gesagten a) auf die BRD nicht beschränkt bleiben, sondern hätte ein westliches Ausland, aus dem unsere Verfassungsnormen einmal bezogen worden sind, mit einzubeziehen, b) würde es allerdings Zeit, und das ist durchaus auch pro domo gesprochen, daß Schriftstellerverbände und Bürgerrechtsorganisationen von den kritischen Öffentlichkeiten dieser authentischen Demokratien endlich lernen,daß man in solchen Dingen eine viel genauere, aber auch viel kritischere, viel härtere, unverblümtere öffentliche Sprache zu reden hat, um die Apparatschick-Welt zu verunsichern. Versuche,es endlich dahin zu bringen, werden gerade zu dieser Stunde gemacht, im übrigen gibt es ein Patentrezept dafür so wenig, wie die Dreyfusards in Paris vor achzig Jahren eines gehabt haben. Sie kamen auch nicht ganz ohne Organisation aus, daß sie ihre Sache aber schließlich durchsetzen konnten, lag an ihrer konzentrierten, spontan vielstimmigen Initiative, von deren Muster wir lernen könnten, wie man so etwas macht. Vielen Dank!

NEUERSCHEINUNGEN!

AUGUSTIN SOUCHY:
-SACCO & VANZETTI-
Eine überarbeitete Dokumentation zum 50. Jahrestag der Ermordung Saccos und Vanzettis durch die amerikanische Klassenjustiz. 104 S. 7,50

ARTHUR HOLITSCHER:
-RAVACHOL UND DIE PARISER ANARCHISTEN-
Wie kam es um 1895 zu den Bombenattentaten in Paris? Ein Bericht über die Personen und ihre Prozesse. 96 S. 6,-

VERLAG FREIE GESELLSCHAFT
LANDGRAFENSTR.16
6000 FRANKFURT 90

GESINNUNGS-TÄTERSCHAFT

Sebastian Cobler
Gesinnungstäterschaft – Am Beispiel der Strafverfahren gegen Roland Otto, Karl Heinz Roth und Peter Paul Zahl

Mir geht es darum klarzumachen, wieso es sich hier, bei der Verurteilung von Peter Paul Zahl um Gesinnungsjustiz par excellence handelt, auch und gerade weil hier geschossen worden ist. Denn entscheidend ist doch, welche juristischen Folgerungen aus diesen Schüssen Staatsanwaltschaften und Gerichte gezogen haben. Immerhin ist Zahl, das ist bekannt, in dem nunmehr rechtskräftig gewordenen dritten Urteil auf Weisung des Bundesgerichtshofes wegen versuchten Mordes zu 15 Jahren Gefängnis verurteilt worden und nicht mehr wie in dem ersten, vom BGH kassierten Urteil zu vier Jahren wegen schwerem „Widerstand gegen die Staatsgewalt". Ich will gleichzeitig versuchen, die Parallelen aufzuzeigen, die das Verfahren gegen Peter Paul Zahl mit dem zur Zeit laufenden Prozeß gegen drei Genossen in Köln verbindet, ich meine den Prozeß gegen Philip Sauber, Roland Otto und Karl Heinz Roth, wobei Philip Sauber nur noch mittelbar der Prozeß gemacht wird, weil er, wie es im zynischen Jargon der Staatsanwaltschaft heißt, „verstorben" ist, durch eine Polizistenhandlung, die man Hinrichtung nicht nennen darf.

Roland Otto und Karl-Heinz Roth stehen vor Gericht, weil sie in eine Schießerei mit der Polizei verwickelt worden sind, bei der Philip Sauber und ein Polizeibeamter erschossen wurden. Roth und Otto sind wegen Mordes angeklagt, obwohl sie nachweislich überhaupt nicht geschossen haben. Es ist, wie zu zeigen sein wird, eine ihnen unterstellte Killer-Gesinnung, die ähnlich wie bei Zahl zum Vehikel für den Mord-Vorwurf gemacht worden ist.*

„MÖRDER IST WER. . . . "

Beiden Verfahren liegt also eine Strafgesetzbuchbestimmung zugrunde, die eindeutige Gesinnungsmerkmale trägt. Sie lautet: „Der Mörder wird mit lebenslanger Freiheitsstrafe bestraft. Mörder ist, wer aus Mordlust, zur Befriedigung des Geschlechtstriebes, aus Habgier oder sonst aus niedrigen Beweggründen, heimtückisch oder grausam oder mit gemeingefährlichen Mitteln oder um eine andere Straftat zu ermöglichen oder zu verdecken, einen Menschen tötet". Ein Angriff auf einen anderen Menschen kann folglich dann und nur dann als Mordversuch oder vollendeter Mord qualifiziert werden, wenn bei dem Angreifer jene „niedrigen Beweggründe gesehen werden; ist dies nicht der Fall, dann kann der Angeklagte schlimmstenfalls wegen versuchtem oder vollendeten Totschlags verurteilt werden, was schon im Hinblick auf die Strafe ein Unterschied wie Tag und Nacht ist. Denn so schwammig, so unbestimmt und vieldeutig die „Mordmerkmale" wie „heimtückisch", „niedrige Beweggründe" etc. sind, so eindeutig ist die Folge: in jedem Fall bei vollendetem Mord die lebenslange Haft.

Auf welche Art und Weise festzustellen sei, ob ein Angeklagter denn nun wegen Mordes zu verurteilen sei oder nicht, ist dem Wortlaut des Gesetzes selbst zu entnehmen: es kommt auf die „Täterpersönlichkeit" an. Anders nämlich als sonst im Strafrecht üblich, wird der Mord-Paragraph nicht über die Tat, sondern über den Täter definiert: „Mörder ist, wer . . . ", heißt es hier ausdrücklich und nicht etwa „wegen Mordes wird bestraft, wer . . . ". Die Bestimmung ist somit nicht Ausdruck eines Tat-Strafrechts, sondern eines Täter-Strafrechts. Im Vordergrund steht nicht die Tat, sondern die „Persönlichkeit des Täters", die sich angeblich in der Tat verwirklicht habe. Was dies in einem Prozeß bedeutet, in dem die Angeklagten schon vor dessen Beginn von Staatsanwaltschaften und Presse mit dem Etikett der „gewalttätigen Anarchisten" und „Terroristen" versehen worden sind, liegt auf der Hand.

Handelt es sich wie im Verfahren gegen Zahl um den Vorwurf des Mord-Versuchs – der Unterschied liegt darin, daß dort niemand getötet wurde, sondern nur verletzt worden ist, nach Unterstellung der Staatsanwaltschaft und des Gerichts aber mit Mordabsicht getötet werden sollte – dann kann eine mildere Strafe verhängt werden als die, die für das vollendete Delikt vorgesehen ist. Die entsprechende Bestimmung über die Strafzumessung verlangt, bei der Festsetzung der Strafe die Beweggründe und Ziele des Täters zu berücksichtigen – aus der Sicht des Gerichts versteht sich – sowie die Gesinnung, die aus der Tat spricht und den bei der Tat aufgewendeten Willen. Wie diese Beurteilung beim PP ausgegangen ist und bei den drei Angeklagten in Köln, ist bekannt und verweist allen gegenteiligen Behauptungen zum Trotz auf die Praktiken einer Gesinnungsjustiz in diesem Land. „Gewichtige Gründe", so heißt es in dem

* Zu dem Kölner Prozeß finden sich mehrere Analysen ein: „Autonomie" Nr. 5. Zu Zahl in der Dokumentation am Beispiel P.P. Zahl: (Beides im linken Buchhandel erhältlich)

„Warum soll ich bei den vielen Büchern auch noch das KURSBUCH abonnieren?“

Weil das KURSBUCH zuverlässig und nachhaltig wirkt gegen Einbahn-Gehirne, Staub-Lungen, Haltungsschäden, Spezialisten-Würmer, Dogmatismus!

1977 erwartet Sie:

Kursbuch 47: Frauen März

Frauen schreiben über: Emanzipation macht Angst/Unter lauter Männern/ Als Animierdame im Nachtclub/Frauen in Kneipen/Auf der Suche nach der verlorenen Frau/Frauen-Bilder im Aufbruch/vor 300 Jahren: Troubadora und Meisterin/vor 200 Jahren: das schöne Eigentum/Rockerbräute, Treberinnen, Hauptschülerinnen / Oberschülerinnen über sich selbst/Power-Frauen!/Schwester wohin geht die Reise - Skizzen eines wundersamen Aufenthalts

Kursbuch 48: 10 Jahre danach Juni

Zur Geschichte der Neuen Linken/ Dogmatismus, Verdinglichungen, Verhärtungen, Emanzipation als Mode, Marxismus als Konjunktur/Überprüfung linker Begriffe/Spuren der alten Neuen Linken im bürgerlichen Alltag/ Zur politischen Dialektik der Bürgerinitiativen/1976-77: Neue Initiativen - gibt es eine neue Neue Linke?/Warum und wofür engagieren wir uns eigentlich: Sozialismus-Begriff und politische Perspektiven

Und zwei weitere Hefte: 49: „Sinnlichkeiten“, 50: „Wozu Gewerkschaften?“

Abonnieren können Sie das Kursbuch in jeder Buchhandlung. Oder mit diesem Coupon direkt beim Verlag. Wir sorgen dann dafür, daß Sie das Kursbuch regelmäßig durch eine Versandbuchhandlung erhalten - im Jahresabonnement DM 24 für vier Hefte plus Porto*.

An den Rotbuch/Kursbuch Verlag
Potsdamer Straße 98, 1000 Berlin 30
Ich abonniere das Kursbuch ab:

_____

Bitte schicken Sie mir die folgenden Kursbücher einzeln: _____

_____

_____

☐ Bitte schicken Sie mir regelmäßig Ihren kostenlosen Verlagsalmanach Das kleine Rotbuch zu.

* Neu-Abonnenten erhalten als Morgengabe eine Tüte voll früherer Kursbogen (mehrfarbige Kursbuch-Poster), z.B. „Der schmale und der breite Weg“, „Das Große Hoffmans-Comic-Gesellschafts-Spiel“, „Kurzer Lehrgang zur Geschichte der Umwelt“, „Fahnenkorrektur“.

Urteil, „sprechen gegen Zahl: er ist von einem tiefgreifenden Haß auf unser Staatswesen ergriffen und setzt sich äußerst intolerant über ein gesellschaftliches und politisches Zusammenleben hinweg. . . . Die Schwere der Tat und die Persönlichkeit erfordern daher die Verhängung einer langen Freiheitsstrafe . . . ”. Ähnlich die Konstruktion der Mordanklage gegen Roland Otto und Karl Heinz Roth: sie hätten eine „polizeifeindliche Einstellung” – man beachte den Ausdruck „Einstellung” –, die bis hin zum Mord-Vorsatz reiche. Dabei komme es gar nicht darauf an, daß Roth und Otto überhaupt nicht geschossen haben – das nämlich wird von der Staatsanwaltschaft in ihrer Anklage gar nicht mehr behauptet, im Gegensatz zu der vor Prozeßbeginn inszenierten Pressekampagne, in der von dem Mörder und Terroristen Roth die Rede war, der ein Doppelleben führe, morgens Arzt und abends Terrorist – „unter der perfekt sitzenden Maske des Samariters und Menschenfreundes”, so konnte man einen Tag nach der Verhaftung Roths lesen, „zeigt sich die Fratze eines Terroristen, der über Leichen geht”. Die Staatsanwaltschaft behauptet also gar nicht mehr, daß Roth und Otto geschossen haben, sie behauptet das nur von Philip Sauber. Sie sagt aber: darauf komme es gar nicht an. Roth und Otto seien gleichwohl wegen

Mordes, wegen vollendeten und versuchten Mordes als Mittäter zu bestrafen. Begründung: sie hätten schießen können und wollen, seien nur nicht mehr dazu gekommen. Im übrigen seien sie für die Philip Sauber angelasteten Schüsse mitverantwortlich: dieser habe „in stillschweigendem Einverständnis” der beiden geschossen. Dies ergebe sich aus den gemeinsamen politischen „Einstellungen” der drei, aus der „Solidarität der Tatbeteiligten” wie man in der Anklage liest.

GESINNUNGSJUSTIZ PAR EXELLENCE

Hier wird also mit Begriffen des politischen Kampfes gearbeitet – kann man Gesinnungsjustiz deutlicher formulieren? Zur „Beweisführung” dienen der Staatsanwaltschaft – ähnlich wie bei der Anklage und Verurteilung Peter Paul Zahls – zurechtgestutzte Biographien der drei, Zerrbilder von drei Menschen, die sich danach geradlinig auf die Delikte hinbewegten, für die sie nach Ansicht der Staatsanwaltschaft geradezu disponiert sind: heimtückische Killer.

Deutlich wird also, daß hier Gesinnungsjustiz in zweierlei Hinsicht praktiziert wird: einmal über die Anklage bzw. Verurteilung nach § 211 StGB, als „Mörder”; politische Anschauungen von Linken, bzw. das, was dann von der Justiz daraus gemacht wird, werden umstandslos unter die „niedrigen Beweggründe” des § 211 subsumiert. Und, zweitens, werden die politischen Anschauungen strafverschärfend berücksichtigt; das Gericht schöpfte beim PP den zulässigen Strafrahmen voll aus – die Strafe für versuchten Mord liegt zwischen drei und fünfzehn Jahren –, nicht ohne zu bedauern, daß eine noch höhere Gefängnisstrafe gesetzlich ausgeschlossen sei.

Sämtliche dieser Strafverfahren, ob gegen die beiden in Köln oder gegen Zahl oder gegen die vielen Namenlosen, die wegen ähnlicher Delikte angeklagt worden sind und verurteilt werden sollen – alle diese Verfahren sind Ausdruck politischer Justiz, bei der es nicht wie vorgegeben darum geht „Recht zu finden”. Hier geht es darum, staatliche Macht zu demonstrieren, zu setzen und durchzusetzen, politische Gegnerschaft justizförmig auszuschalten, im Zweifel zu vernichten.

Ich glaube, es ist unheimlich wichtig – ich sage das nicht nur, weil hier gerade viel Germanisten im Saal sitzen –, daß wir uns daran machen, die Sprache der Staatsschutzbehörden, der Justiz, von Staatsanwälten und Richtern zu analysieren, die Formen, in denen sie denken und reden, damit man sieht, was ihrem Handeln vorausgeht, mit welchen kriminellen Phantasien sie versuchen, ihre politische Praxis und ihre Handlungsziele uns zu unterstellen, uns zu Terroristen zu stempeln. Damit man sieht, daß ihre Überlegungen und Äußerungen von Projektionen bestimmt werden, mit denen sie versuchen, ihre Umwelt sich ähnlich zu machen. Ich finde, so eine Analyse sollte endlich einmal geleistet werden. Es ist dieser Umgangston der Justiz mit ihren Opfern, der auf die Behandlungsweise dieser Opfer vor und nach der Verurteilung verweist.

18.000,– DM FÜR 15 JAHRE KNAST

Ich habe gestern die Kostenrechnung gesehen, die dem PP vom Gericht jetzt auch noch in den Knast geschickt worden ist. Dort heißt es, er habe 18.000 und ein paar zerquetschte Mark zu zahlen für „seinen Prozeß, der ihm, als hätte er das bestellt, 15 Jahre eingebracht hat. Dieser zynische Wisch ist in eben der Sprache verfaßt, die ich eben meinte, diese entmenschlichte und entmenschlichende Sprache der Justiz: auf der Kostenrechnung steht kurz und knapp: „Wert des Gegenstandes: 18.000 DM”.

Ich will noch etwas zu einem anderen Problem sagen: es wird häufig eingewendet, Zahl habe ja nun einmal geschossen und auch die beiden in Köln Angeklagten seien bewaffnet gewesen. Mit einem Wort: es ist immer sehr schwer gewesen, Solidarität mit den Genossen zu erklären und zu üben, in deren Verfahren von Schüssen die Rede ist. Die bundesdeutsche Linke ist, wenn von Linken geschossen wurde oder dies auch nur behauptet worden ist, immer sehr schnell in Deckung gegangen. Es ist offensichtlich sehr einfach, einen

„Drenkmann war das erste Schwein,
Buback kam gleich hinterdrein."

Dieser Reim wurde nach der Ermordung des Generalbundesanwalts Buback im Studentenhaus auf ein Plakat geschrieben.

Von Drenkmanns Ermordung war nur für die bundesrepublikanische Rechte ein Grund zur Freude: innerhalb des Gerichts gehörte von Drenkmann zur in der BRD schon immer sehr kleinen Zahl demokratisch–liberaler Richter.(So ein linker Berliner Rechtsanwalt, Reiner Geulen, der an diesem Gericht als Referendar gearbeitet hatte. Darüber hinaus war die Ermordung – angenommen, sie wurde von einer Gruppe ausgeführt, die sich zur sozialistischen Linken rechnet – ein blinder Racheakt. Der Zwang, auf dieser militärischen Ebene Vergeltung zu üben, bedeutet die Übernahme jenes Strafdenkens, das wegen seiner Unmenschlichkeit immer von der Linken bekämpft wurde. (Es ist heute immer noch fraglich, ob die Erschiessung von Drenkmanns nicht aus der entgegengesetzten Richtung erfolgte; im Rahmen der Anti-Guerilla-Aktionen, zu denen auch verschiedene Bombenanschläge in Bahnhöfen zu rechnen sind.)

Der Generalbundesanwalt war für die menschenzerstörenden Haftbedingungen in Stuttgart-Stammheim und anderswo persönlich mitverantwortlich. Dies macht das Straf- und Vergeltungsdenken, das hinter seiner Erschiessung steht, verstehbar – gerechtfertigt wird es dadurch nicht. Vielmehr gibt diese Aktion wie schon die Ermordung von Drenkmanns den Regierenden nur die Gelegenheit, die Verdrängung all dessen zu fördern, was von dem täglich in der Justiz der BRD geschehenden Unrecht in letzter Zeit an den Tag gekommen ist.

Die Redaktion

Auf den Tod des Generalbundesanwalts Siegfried Buback

1.Was soll ich sagen
von einem toten Menschen
der auf der Straße lag
zerfetzt von Schüssen

Den ich nicht kannte
und nur wenig zu kennen glaubte
aus einigen seiner Taten
und einigen seiner Worte?

2.Dieses Stück Fleisch
war einmal ein Kind
und spielte

Dieses Stück Fleisch
war einmal ein Vater
voll Liebe

Dieses Stück Fleisch
glaubte Recht zu tun
und tat Unrecht

Dieses Stück Fleisch
war ein Mensch
und wäre wahrscheinlich

ein besserer Mensch
gewesen
in einer besseren Welt

3.Aber genügt das ?
Könnte man nicht dasselbe
von anderen Menschen sagen
die eingingen in die Geschichte
befleckt und verurteilt
vom Nachruhm
ihrer Unmenschlichkeit ?

4.Was er für Recht hielt
hat Menschen
schaudern gemacht

Was er für Recht hielt
hat dieses Recht
in Verruf gebracht

Seine Nachrufe
waren nur so
wie Nachrufe sind

5.Was er getan hat
im Leben
davon wurde mir kalt ums Herz

Soll mir
nun warm ums Herz werden
durch seinen Tod ?

6.Der Abscheu vor ihm
half Herzen
verhärten wie seine

Sein Tod wir
wird helfen
sein Lebenswerk fortzusetzen

Sein Tod wird helfen
das Denken
auf ihn abzulenken

und so zu verdecken das Unrecht
von dem dieser Mensch
nur ein Teil war.

Schon darum
kann ich nicht ja sagen
zu seinem Tod

vor dem mir
fast so sehr graut
wie vor seinem Leben

7.Es wäre besser gewesen
so ein Mensch
wäre nicht so gestorben

Es wäre besser gewesen
so ein Mensch
hätte nicht gelebt.

Erich Fried

mit einer Gitarre „bewaffneten" Genossen, wie Wolf Biermann, in solidarischem Jubel zu umgeben, aber es ist offensichtlich sehr viel schwerer sich der Propaganda der Gegenseite über bestimmte Vorgänge zu entziehen oder gar entgegenzustellen, bei denen es um Genossen geht, die in Schießereien mit der Polizei verwickelt worden sind, zunächst mal zu prüfen, was denn da tatsächlich abgelaufen ist. Ich meine, keiner von uns hat das Recht, das zu praktizieren, was wir der Gegenseite vorwerfen, nämlich vorzuverurteilen, hastig das zu tun, was neulich hier in Frankfurt die linke Variante der Vorverurteilung genannt wurde, der Buback in den eigenen Köpfen. Wir sollten uns – das in die andere Seite derselben Medaille – ebenso davor hüten, anderen Etiketten zu verleihen, Genossen, denen Schüsse vorgeworfen werden, von uns aus irgendwelche Identitäten als „Helden" oder „Kämpfer" zu verpassen. Denn wenn wir im Zusammenhang mit dem Stammheimer Prozeß gefordert haben, daß die dort Angeklagten das Recht und die uneingeschränkte Möglichkeit haben müssen, ihre politische Identität vor Gericht selbst bestimmen und erklären zu können, dann können jetzt nicht einige daherkommen, um von sich aus dies ersatzweise für die Angeklagten zu tun. Damit das, bezogen auf den Prozeß gegen Zahl klarer wird: Zahl hat deutlich erklärt, was vom ersten Gericht akzeptiert wurde, vom BGH und in dem endgültigen Urteil dann einfach in das Gegenteil verkehrt worden ist, Zahl hat erklärt, daß für ihn nicht der einzelne Polizeibeamte Ziel seines politischen Kampfes sei, sondern das gesellschaftliche System, zu dessen Büttel Polizisten gemacht werden. Gerade diese Erklärung wurde zum Angelpunkt des Verfahrens: der BGH hat dies auf Antrag der Staatsanwaltschaft dann als Trick zurückgewiesen.

WENN GESCHOSSEN WIRD GEHT DIE LINKE IN DECKUNG

Daß Zahl so argumentiere, beweise nur seine Intelligenz – sprich: seine Hinterhältigkeit, seine Gerissenheit, die ihn viel gefährlicher mache als den „normalen" Mörder. Das ist doch die Gemeinheit, die dahintersteckt, hinter dem Urteil gegen PP und hinter der Kölner Anklage, ja, hinter der Kriminalisierungs- und Diffamierungskampagne gegen die Linke überhaupt, und genau das müssen wir aufbrechen und in der Öffentlichkeit deutlich machen.
Ich hatte gesagt, wenn geschossen wird, dann geht die Linke meist in Deckung, statt zu fragen – sowohl bei Zahl, auf den von den Polizisten zuerst geschossen worden ist, als auch in dem Prozeß gegen Roth und Otto, wo die Staatsanwaltschaft behauptet, Philip Sauber hätte als erster geschossen, was ja erst einmal bewiesen werden muß –, statt also zu fragen, warum denn überhaupt geschossen worden ist. Wenn man weiß, in welcher Art und Weise Polizisten hierzulande mit der Schußwaffe umgehen, wenn man weiß, wie dieser Schußwaffengebrauch anschließend von der Justiz gerechtfertigt wird – ich bringe gleich ein paar Beispiele – kann man es dann nach all den Auslobungen, den Steckbrief-Aktionen, der Hysterie und Hetze seit Beginn der siebziger Jahre ausschließen, daß jemand möglicherweise in Notwehr, zum Selbstschutz versucht, sein Leben zu retten, Angriffe darauf abzuwehren? Diese Frage muß nicht nur erlaubt sein, sie wäre sogar für jeden seriös arbeitenden Juristen, das heißt: für kaum einen Juristen, genau zu prüfen: gibt es vielleicht für die wegen Schießereien mit der Polizei Angeklagten irgendwelche Rechtfertigungs- oder Entschuldigungsgründe, durch die das ihnen vorgeworfene Handeln straflos wird, Notwehr oder auch Putativnotwehr (jene eigenartige Rechtsfigur, die dann ebenfalls regelmäßig bemüht wird, wenn es darum geht, Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte, die geschossen haben, einzustellen, oder – sollte es überhaupt einmal zu Strafverfahren gegen Polizisten kommen –, Freisprüche zu begründen)? Man denke an die eingestellten Ermittlungsverfahren gegen die Polizisten, die bei Eschwege ein Auto beschossen, mit Maschinenpistolen beschossen, das sich ein 14jähriger Junge, er hieß Rudi Frank, zusammen mit ein paar Freunden von seinem Vater stibitzt hatte.

HORRORMELDUNGEN ÜBER POLIZIEFUNK

Nach einer wilden Verfolgungsjagd – die Jungens waren wegen ihrer schlechten Fahrweise einer Funkstreife aufgefallen, die sie dann, ohne Rücksicht auf eben die offensichtlich mangelnde Fahrpraxis durch die Gegend jagten – errichtete die Polizei eine Straßensperre, verbreitete über Funk die Horrormeldung, mit Bomben bewaffnete Gewalttäter seien unterwegs und schossen schließlich auf den Wagen, wodurch Rudi Frank getötet, seine Freunde verletzt wurden. Gegen diese, nicht etwa gegen die Polizeibeamte wurden Strafverfahren eröffnet.
Ähnlich ein Vorfall vom vergangenen Wochenende, heute konnte man darüber in der Zeitung lesen: ein Junge wurde von einem Zivilen in Nürnberg erschossen, der Beamte habe, so erläuterte die Staatsanwaltschaft, „in Notwehr einen Warnschuß auf den Jungen abgegeben"; um Rocker habe es sich gehandelt – wozu man ja wohl nur sagen kann: na, und wenn schon. Und was die Notwehr-These betrifft – eine dreistere Konstruktion kann man sich wohl kaum vorstellen: das muß man sich mal vorstellen, da beansprucht ein Polizist Notwehr und spricht gleichzeitig von einem „Warnschuß" – was denn nun, hat er warnen wollen, oder hat er sich gewehrt? Und: den angeblichen Warnschuß habe er auf den Jungen abgegeben – warnen durch Totschießen, oder was sonst soll das heißen?
Eine noch weitgehendere Argumentation zum Schutz von schießenden Polizeibeamten wurde vom Bundesgerichtshof eingesetzt – ein letztes Beispiel –, um die Erschießung eines „Fürsorgezöglings" durch einen Polizisten zu rechtfertigen. Das siebzehnjährige Opfer, Dobhardt hieß der Junge, ein kleiner Eierdieb, war aus dem Erziehungsheim ausgerissen, in das man ihn gesteckt hatte, wurde von der Polizei gestellt, konnte sich aber nach einem kurzen Handgemenge losreißen und weglaufen. Was Dobhardt damit tat – in seiner Lage und nach all dem, was er in solchen Heimen, wohin man ihn zurückbringen wollte, erlebt hatte, das einzig richtige: nämlich reißaus zu nehmen – das hatte entsetzliche Folgen: er wurde von einem Polizisten hinterrücks erschossen.

DIE POLIZEI – EINE ÖFFENTLICHE GEFAHR

Der Schütze wurde vom zuständigen Dortmunder Landgericht zunächst verurteilt – aber nein: nicht wegen Mordes, sondern wegen „fahrlässiger Tötung" zu einer milden Strafe, die auf Bewährung ausgesetzt und dann auf Antrag der Staatsanwaltschaft vom Bundesgerichtshof in einen Freispruch auf Kosten der Staatskasse umgewandelt wurde. Der Polizist habe rechtmäßig gehandelt, heißt es da. Von dem flüchtenden Jungen sei eine „Gefahr für die Allgemeinheit" ausgegangen, seine Wiederergreifung rechtfertigte auch den Schußwaffengebrauch. Daß er dabei erschossen wurde, sei zwar recht tragisch, beim Umgang mit Handfeuerwaffen aber nun einmal nicht zu verhindern. Punkt. Hier wird also eben die Tatsache entlastend für einen Polizisten gewertet, die zu einer Strafverschärfung bei Zahl führte: das Schießen mit einer Pistole, durch das man die Tötung des Angeschossenen billigend in Kauf nehme, was bei einem „Staatsfeind" wie Zahl natürlich Mord-Vorsatz signalisiere, nicht so freilich bei einem Polizeibeamten; denn Polizisten leben schließlich nicht in jenem „Untergrund", von dem dann immer die Rede ist, sondern in einer Rechtsschutz garantierenden Uniform.
Zu den Pistolen noch eine kurze Zusatzbemerkung: in der Revisionsentscheidung des BGH und dem anschließenden endgültigen Urteil gegen Zahl wird als Strafverschärfungsgrund nicht nur eine PP angedichtete mörderische Gesinnung angeführt, die sich aus seinen politischen Anschauungen ergebe; sie wird auch abgeleitet aus der Art der von ihm mitgeführten Waffe: einer Pistole des Kalibers 9 mm, die – so die Urteile – wie allgemein bekannt sei, in der Regel tödlich wirkende

Verletzungen verursache – eine Waffe allerdings, auf die inzwischen die Polizei umgerüstet wird. Man kann sich ausmalen, was passieren würde, wenn jemand daraus schließen würde, daß jeder derart bewaff-

nete Schupo sozusagen als Verkörperung eines abstrakten Gefährdungsdelikts mit bedingtem Mordvorsatz durch die Gegend laufe.

„GRUNDRECHTSWERTE" UND „GRUNDRECHTSUNWERTE" INDIVIDUEN

Mit der geschilderten Freigabe des Schußwaffengebrauchs für Polizeibeamte, wie sie der BGH im Fall Dobhardt praktisch ausgesprochen hat, wird die letzte Hemmschwelle bei Polizeibeamten abgebaut. Folgerichtig spricht die „Hessische Polizeirundschau" unter Hinweis auf ein Gutachten eines namhaften Juristen über den Todesschuß von „grundrechtswerten" und „grundrechtsunwerten" Individuen, mit denen es die Polizei zu tun habe, was nichts anderes ist als eine Vogelfrei-Erklärung bestimmter „Störer", die dadurch rechtlich ausgebürgert werden. Der Chef des Bundeskriminalamts, Herold, schwärmt denn auch vom Auftrag der Polizei als einer – wohlgemerkt – „gleichsam gesellschaftssanitären Einrichtung", eine Funktionsbestimmung, die Assoziationen an Kammerjäger und ähnliche Berufe weckt – offensichtlich auch bei Polizeibeamten, wenn man sich deren Schußwaffengebrauch betrachtet: da drängt sich doch der Eindruck auf, daß – eingestimmt durch derartige Berufsbilder, durch die Alltagspraxis und den gerichtlichen Flankenschutz – gegen Verfassung und Gesetz die Todesstrafe praktisch wieder eingeführt wird, im Einzelfall und noch an Ort und Stelle entschieden und vollstreckt von Polizeibeamten.

PUTATIVNOTWEHR ALS ENTSCHULDIGUNGSGRUND

Vor diesem Hintergrund davon auszugehen, daß die Inanspruchnahme von Notwehrrechten gegen Polizeibeamte, die einen mit einer Schußwaffe bedrohen, eine gewagte These sei, ist fahrlässig, absolut fahrlässig. Sicherlich: Notwehr gegen Polizisten geltend zu machen, setzt voraus, daß die Beamten rechtswidrig angegriffen haben. Aber wer will dies denn, nach all dem, was man von solchen Polizeihandlungen weiß, ausschließen? Ja, gerade die Staatsanwaltschaften und Gerichte betonen doch in ihren Einstellungsbescheiden zugunsten von Polizeibeamten in der Regel die sogenannte Putativnotwehr, aus der heraus die Beamten geschossen hätten. Daß deren Schießereien also allein deshalb strafrechtlich irrelevant, nicht verfolgbar sind, weil die Beamten entschuldigt seien. Denn Putativnotwehr ist lediglich ein Entschuldigungsgrund, macht eine Bestrafung mangels Verschulden unmöglich, ist aber kein Rechtfertigungsgrund wie Notwehr. Mit Putativnotwehr entschuldigte Handlungen bleiben somit rechtswidrig, das sagen auch die Gerichte, sonst würden sie ja mit Notwehr für die Polizisten argumentieren. Das heißt, die gängige und geläufige juristische Bewältigung des polizeilichen Schußwaffengebrauchs belegt, daß Polizeibeamte in der Regel rechtswidrig geschossen haben. Und gegen solche rechtswidrigen Handlungen, so steht es im Gesetz, steht jedem Angegriffenen das Notwehrrecht zu. Er kann, das ist völlig unbestritten, dasjenige für ihn erreichbare Abwehrmittel wählen, das eine sofortige und endgültige Beseitigung der Gefahr mit Sicherheit erwarten läßt; auf ein weniger gefährliches Mittel braucht er nicht zurückzugreifen, wenn dessen Wirkung für die Abwehr zweifelhaft ist.

Warum soll ausgerechnet bei den Vorfällen, in die Zahl und die drei Kölner verwickelt worden sind, sich nicht abgespielt haben, was in so vielen anderen Fällen doch die Regel war? Warum soll gerade hier – und vor dem Hintergrund der angesprochenen Fahndungs-Hysterie – undenkbar sein, daß Zahl und Sauber in Notwehr rechtswidrige Polizeiangriffe abwehrten? Vielleicht auch nur entschuldbar über eine Notwehrlage irrten?
Dies alles zu prüfen, wäre Aufgabe der Justiz, die das freilich unterlassen hat. Stellt einer von uns dann solche Fragen, dann muß er damit rechnen, selbst angeklagt zu werden: wegen „Verunglimpfung des Staates"; denn Notwehrrechte in bezug auf das Handeln der für sakrosankt erklärten staatlichen „Sicherheitsorgane" auch nur zu diskutieren, ist Ausdruck staatszersetzender Gesinnung. Die Verkehrung, mit der hier gearbeitet wird, ist perfekt: während die Polizisten, die geschossen haben, jede denkbare Deckung von der Strafjustiz erhalten, werden diejenigen – falls sie noch am Leben sind – wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt" verfolgt, die Opfer solcher polizeilichen Maßnahmen geworden sind, um anschließend sich dann auch noch diejenigen vorzunehmen, die öffentlich hiergegen protestieren.

„VERUNGLIMPFUNG DES STAATES"

Mehr noch: sollte es tatsächlich einmal gelingen, gegen Polizeibeamte bis in einen Gerichtssaal vorzudringen, so kann einem dann folgendes passieren, so geschehen im Fall Jendrian, ein während der Baader-Meinhof-Hatz erschossener, versehentlich erschossener Münchner Taxifahrer, erschossen, weil er in der Fahndungs-Hektik für ein RAF-Anhänger gehalten wurde – als wäre das eine Begründung! – da finden sich dann in den Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft bezüglich der Polizeibeamten immer nur die Bemerkungen: Schütze 1, Schütze 2, Schütze 3, wie auf einem Schützenfest, Namen aber, Namen fallen dort nicht, jedenfalls wenn's um die Polizisten geht. Der Antrag der Verteidiger, die als Nebenkläger die Verwandten des erschossenen Jendrian vertraten, die Namen der Schützen bekannt zu geben, damit man sie als Zeugen laden und vernehmen könne, denn sonst kann man sie nicht laden, Schütze 1,2,3 kann man nicht laden, diesen Antrag beschied die Staatsanwaltschaft, hier: das Bayerische Justizministerium negativ: Die Bekanntgabe der Namen werde verweigert. Sie würde die Einsatzbereitschaft der Polizeibeamten in schwierigen Lagen, die eine sofortige Entscheidung über den Gebrauch von Schußwaffen verlangen, beeinträchtigen. Dies würde zu einer erheblichen Einschränkung oder sogar entscheidenden Gefährdung der Erfüllung öffentlicher Aufgaben im Sicherheitsbereich führen.

DIE POLIZEI IM UNTERGRUND

Wenn also – was anderes heißt das sonst – hier irgend jemand aus der Anonymität, aus dem Untergrund heraus mit Waffen um sich schießt, dann geschieht dies doch wohl durch Polizeibeamte.
Ich komme jetzt zum Schluß. Die Gesinnungsmerkmale dieser Verfahren gegen PP und die Kölner, diese justizförmige Abrechnung des Staates mit seinen Gegnern, setzt im Grunde nur fort, was sich bereits in den Vorverfahren gezeigt hat: die Beleidigungen und Demütigungen der Genossen nach ihrer Festnahme, die Behinderung der Verteidigung, die Anwendung verschärfter Einzelhaft, jener, wie es der BGH in einem Beschluß zu den Stammheimer Angeklagten genannt hat, selbstverschuldeten, wohlgemerkt: selbstverschuldeten isolierenden Haftbedingungen, die gegen all die Gefangenen angewendet werden müßten, die nicht der Regel entsprächen, die sich gegen ihre Aburteilung zur Wehr setzten, die sich nicht in ihre Rolle als Angeklagte fügen würden – alles das ist beim BGH nachzulesen, in einem Beschluß wie gesagt, mit dem die Isolationshaft rechtlich abgesegnet worden ist und damit auch jene entsetzlichen physischen und psychischen Folgen, die von den Gutachtern, von den vom Stammheimer Gericht bestellten Gutachtern, bei den Gefangenen festgestellt worden sind.
Ich meine, daß wir sehr schnell und sehr massiv durch eine Öffentlichkeitsarbeit, die insbesondere auch den Prozeß in Köln begleiten muß, hier und im westlichen Ausland – im Ausland des Sozialismus als Staatsmacht, befürchte ich, wird man eher Interesse daran haben, aus den hiesigen Erfahrungen beim Umgang mit politischen Delinquenten zu lernen – im westlichen Ausland also über das zu berichten, was mit PP passiert und mit Karl-Heinz Roth und Roland Otto noch passieren soll bzw. bereits diesen angetan wurde. Wir sollten dies auch dem hier bereits angesprochenen Russel-Tribunal, falls es stattfindet, vortragen, damit klar wird, daß die Bundesrepublik nicht etwa nur das Land der Berufsverbote ist.
Es ist, das sollte uns klar sein, sehr viel zu machen und deshalb hier und schnell etwas zu tun; wir müssen aufhören, immer erst dann zu reagieren, wenn es bereits zu spät ist.

Woonboot Marieke. De Amstel, Amsterdam.

Wer DRUM dreht, hat seinen eigenen Geschmack.

Wer sich zu diesem echten Halfzware bekennt, weiß, daß er schmeckt.

Daß er womöglich frischer als andere zu kaufen ist und sich leicht dreht, ist selbstverständlich. Sein Preis von 2,75 für ca. 40 Stück ist angemessen. Das reicht.

De echte Halfzware uit Holland.

D·E

ZUR UNI-SITUATION

Die folgenden Überlegungen zur Situation in, außer und nach dem Studium sind die überarbeitete Erweiterung eines Papiers zur Streikdiskussion der Fachbereichsgruppen im letzten Semester. Sie geben die Erfahrungen und den Diskussionsstand einer kleinen Gruppe aus der SHI wieder, d.h. das ungeklärte und widersprüchliche Verhältnis zu Universität und Wissenschaft.
Diese Gedanken verstehen sich als e i n Beitrag zur – im Winter begonnenen – Diskussion über unsere Studiensituation und Perspektiven in Verbindung mit der Entwicklung neuer Widerstandsformen gegen die "Krupp-Werke". Diese Auseinandersetzung wird von der Redaktion des Diskus für wichtig gehalten – nicht nur, um eine Strategie für das kommende Semester zu entwickeln.
Wegen ihres Stellenwertes veröffentlichen wir die Ausführungen, wenn sie auch nicht unbedingt unsere Meinung wiedergeben.

Red.

Eine Gruppe der SHI

Johann Wolfgang Goethe-Universität
(.... das war einmal)
Karl Marx-Universität (68)
Krupp-Werke (1976)

Zur Uni-Situation

I Problematik

Wenn von den Kontrollen, Leistungs- und Verhaltensanforderungen, der offenen Repression, der Dequalifikation, Schwinden beruflicher Perpektiven und dem subjektiven Niederschlag in diffusem Unmut, Wegbleiben, Fragen nach der Sinnhaftigkeit des Studiums, dem ganzen psychischen Elend, Widerwillen, den materiellen Problemen (um nur einige Kennzeichen der Uni zu nennen) ausgegangen wird, taucht die Frage auf, wieso – trotz wachsender Streikbereitschaft – der technokratische Um- und Durchstrukturierungsprozeß der Unis weiter fortschreitet, sich schleichend durchsetzt, und es nicht endlich ganz anders kracht als z.B. bei auf Tage begrenzten Warnstreiks. Hier tritt ein verflixtes Mißverhältnis zutage:
Auf der einen Seite ein Bedürfnis nach Widerstand gegen einen Wissenschaftsbetrieb, in dem Studenten nur noch als berechenbarer Input-Output, als "Überhang", diejenigen, die den Druck nicht mehr ertragen und das Studium abbrechen, als "drop-out-Quote" (die nicht *zu* hoch werden darf, da sonst das Konfliktpotential bedrohlich würde) gelten; gegen zerstreut zerstückelte und auf funktionales Methodenwissen reduzierte Studieninhalte, die – auch in Form von kritischer Auseinandersetzung – immer weniger als Bezugsrahmen für Lernprozesse, Bildung von Identität, zur Berufsvorbereitung oder was auch immer dienen können (die meisten linken Seminare machen da keine Ausnahme); gegen den offensichtlichen materiellen Druck; gegen die zunehmende Unverschämtheit und offenen Repressionsmethoden der bildungspolitischen Machthaber (als Beispiele: der – einstweilig zurückgestellte – Plan in Baden Württemberg, ganze gesellschaftlichtswissenschaftliche Fachbereiche zu streichen; die vielen Verhaftungen und Relegationen in westdeutschen Uni-Städten (z.B. Heidelberg) bei früher selbstverständlichen Aktionen; Krupp's Bilanz des vergangenene Semesters: Der Versuch, mit grotesken Gewaltmethoden – 30 Bullen gegen ein paar Plakate auf einer blau getünchten Mauer – politische Geschichte und Konflikte von der Uni abzuwaschen und abzukratzen; der Versuch, der Asta-Amtsenthebung selbst ohne halbwegs gesicherte formaljuristische Begründung; der Bulleneinsatz bei einem friedlichen Informationsfest von Wi-wi-Studenten; und – nachdem er sich anschließend im Semester nicht mehr traute – nochmaliger brutaler Einsatz zur Durchsetzung einer blödsinnigen Terminologie-Klausur für Mediziner in den Semesterferien).
Auf der anderen Seite, dazu im Widerspruch stehend, eine *generelle Unsicherheit, was mit Aktionen an der Uni* (vom alltäglichen bis zum aktiven Streik) *eigentlich erreicht werden kann,* wobei dem mehrere Probleme zugrunde liegen: Ein in den letzten Jahren kaum vorhandener studentischer Diskussionszusammenhang über die Uni, wo an den Fachbereichen Bedingungen von informellen Zusammenhängen und Selbstorganisation erst im letzten Semester wieder breiter geschaffen wurde; wenig Kriterien und Ansätze für eine gemeinsame praktische Kritik des Studiums aus außeruniversitärer Praxis (anders als noch beim Häuserkampf, Stadtteilkonzepten, Diskussionen um Jugendzentren, Emigrantenarbeit, Projektstudiumsdiskussion), bedingt durch die augenblicklichen Schwierigkeiten der Linken – Von den Ansätzen von Widerstand und bestehenden Gruppen an der Uni können sich allein die Frauen- und die Ökologiegruppen auf eine gesellschaftlich relevante, reale Bewegung beziehen.
Ein Infragestellen der universitären Gesamtsituation ist nur möglich, wenn es uns gelingt, für die vielen unterschiedlichen (auch nach einzelnen Fachbereichen verschiedenen und spezifischen) Formen, in denen sich Widerstand gegenüber der Lernfabrik Uni herausbildet, einen gemeinsamen Ausdruck zu finden, der es ermöglicht, die herrschen-

de Wissenschaft in ihren blinden, zerstörerischen Formen (durch die Wertproduktion formbestimmte Technologie) und der Aussichtslosigkeit, zunehmenden Beliebigkeit (wie z.B. im Lehrer- oder Soziologiestudium) anzugreifen.

Mit den verschiedenen Ansätzen einer Bewegung sind nicht nur die Fb-Streiks des letzten Semesters, die Arbeitsgruppen und geplanten Gegenseminare gemeint, die an verschiedenen Fachbereichen über die Semesterferien entwickelt und vorbereitet werden. Es kommt darauf an, auch die Protestformen des Uni-Normalbetriebes, das individuelle Wegbleiben, die Bildung von Studienkollektiven, Arbeitsgruppen als Ansätze von Selbstorganisation der Interessen, die im offiziellen Studium notwendig enttäuscht werden, noch mal offensiv zu wenden und die Institution damit zu konfrontieren. Es wäre fatal, wenn sich viele mit ihrem Entschluß, sich den Zwängen der Uni in keiner Weise mehr unterzuordnen, recht still zurückziehen, und ein anderer Teil der Bewegung abstrakt gegen den Abbau von linken Stellen, die Kapazitätsverordnung, die Umstrukturierungen etc. agiert.

Demgegenüber ist es wesentlich, einen subjektiven, sich oft individuell und naturwüchsig entwickelnden Protest, der seinen Ausdruck finden kann in der Gleichgültigkeit gegenüber dem anonymen Massenbetrieb, dem durchkontrollierten Studium, im Wegbleiben, Bescheißen, möglichst geringem Arbeitsaufwand etc., in der generellen Problematisierung von Berufsperspektiven in Institutionen, im Schaffen alternativer Zusammenhänge jenseits der technokratischen Uni, ernst zu nehmen und zu begreifen im Zusammenhang mit der zunehmenden Subsumption geistiger Arbeit unter den Verwertungsprozeß. Damit soll *nicht* gesagt werden, daß hier die neuen Perspektiven, Möglichkeiten gefunden wären; oft genug wird solcher Protest genügsam, hat viel von Resignation und individueller Verzweiflung in sich. Aber in einer solchen Situation weiterhin in *bloß quantitativen* Kategorien *mehr* Geld für die Bildung, *mehr* Lehrer (wo das Lehrerdasein für viele schlimme psychische Probleme mit sich bringt, die Schüler nicht so sehr unter mangelnder Qualifikation wie unter Selektionsdruck, Noten, Vereinzelung leiden), *mehr* Professoren (ohne Bestimmung, wie wenigstens die akademisierten *Marxisten* wieder für die Bewegung Bedeutung bekommen könnten) zu fordern, abstrakt-politische Kampagnen um demokratische Rechte, wie z.B. auf die freie Wahl der *Art* entfremdeter Arbeit mit alljährlichem Sternmarsch als Krönung durchzuführen, verkennt das Konfliktpotential eines trüben, trostlosen Uni-alltags.

Den ganzen Unmut, Widerwillen, spontane Bereitschaft zum Widerstand (wie auf der Demo nach dem Wi-Wi-Fest) im Zusammenhang mit der technokratischen Umstrukturierung der Universität zu verstehen, und daraus *praktische* Konsequenzen zu entwickeln, wie wir eine Wissenschaft, die bis in ihre Inhalte und Formen (nicht bloß Anwendung!) von Verwertungszusammenhängen bestimmt ist, mit unseren Ansprüchen und Bedürfnissen konfrontieren, angreifen können und dabei auch wieder über die Uni hinaus Vorstellungen von gesellschaftsverändernder Praxis und anderen Lebenszusammenängen zu entwikkeln, ist dringend notwendig.

II Umstrukturierung der Universität, Ansätze von Widerstand und Verweigerung im Uni-Normalbetrieb

a) Probleme der Analysen und theoretischen Einschätzungen in der Linken

Die meisten theoretischen Erklärungsversuche des Prozesses, der gegenwärtig an den Universitäten vor sich geht, ob sie nun von einzelnen Herrschaftsmaßnahmen (Kapazitätsverordnung, Einführung neuer Fachbereiche, HRG etc.) ausgehen oder vom Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaftsentwicklung, kranken an einer entscheidenden Stelle: Sie reichen in ihrem *Objektivis-*

mus nicht an das alltäglich in der Uni erfahrene Leiden, subjektiv empfundenen Druck, Gefühle von Sinn- und Aussichtslosigkeit heran. So haben die reichlich vorhandenen polit-ökonomischen Analysen bisher jedenfalls wenig dazu beitragen können, sich im Uni-alltag offensiv politisch zu artikulieren, ob sie sich nun um den Qualifikationsbegriff drehen,(wesentlichstes Moment für die Umstrukturierung sei ein aus dem Produktionsbereich herrührendes

ruf gelten konnte, das Studium – in Ausbildungsformen und Inhalten noch nicht den Normen kapitalistischer Arbeit angeglichen – als Lebensabschnitt, in dem Bildungsprozeße von Identität und sowas stattfanden, hat sich hier spätestens seit Mitte der 60er Jahre (bezogen auf die BRD) einiges grundlegend geändert: Einige allgemein bekannte Faktoren wie Numerus Clausus, Verdreifachung der Studen-

senschaften, Informatik, Betriebsökonomie) bestimmen das Bild, besonderer Bedarf hochqualifizierter geistiger Arbeit wird im HRG dann dem Aufbaustudium vorbehalten, für Leute, die Leistungswillen und Loyalität vorher zu beweisen haben.
In der psychischen Situation und der Lebensperpektive der Studenten drückt sich das erst mal aus in einer Ambivalenz zwischen verschärftem Anpassungsdruck ("Ich schaffs doch noch") und zunehmen-

Diese Bilder stammen aus dem letzten Wintersemester. Beamte der Kriminalpolizei reißen auf Grund des Plakatierverbots des Univer-

Problem der veränderten Zusammensetzung der " produktiven Gesamtarbeit" mit veränderten Qualifikationsanforderungen, wobei strittig ist, wie diese denn aussähen), ob sie die Studenten bruchlos dem Proletariat oder Kleinbürgertum zurechnen, ob die Studenten nun produktive oder unproduktive Arbeit leisten sollen, ob sie primär auf Verhalten oder Wissen gedrillt werden usw. usw.
Das liegt nun nicht etwa daran, daß solche Analysen unsinnig oder überflüssig wären, sondern an den *Bedingungen ihrer Entstehung*, die sie selten mitreflektieren: dem weitgehenden Fehlen von Kriterien aus praktischen Auseinandersetzungen an der Uni in den letzten Jahren entspricht eine starke Beliebigkeit und Abstraktheit, mit der Theorien über den Ausbildungssektor produziert wurden.
So sollten Analysen, die den Anspruch erheben, einzugreifen, für die Betroffenen nutzbar zu sein, von den alltäglichen, realen Formen von Protest, vom Subjektiven her deren Ursachen in den Strukturen nicht nur des Ausbildungsbereiches, sondern der Gesamtheit taylorisierter Arbeits- und Lebensbedingungen im späten Kapitalismus suchen und Möglichkeiten ihrer Entwicklung bestimmen helfen. Wenn sie statt dessen umgekehrt vom allgemeinen Kapitalbegriff oder vom HRG etc. her den Studenten ableiten wollen, wie sie sich zu wehren hätten, muß Unverständnis und praktische Irrelevanz die Folge sein.

b) Veränderte Studiensituation, Änderungen in den Wissenschaften und ihrer Funktion

Im Gegensatz zu früheren Zeiten, als die Uni noch als Vorbereitung auf einen gesicherten, mit Privilegien versehenen Be-

tenzahlen (von 7 auf 21% eines Altersjahrganges), Akademikerarbeitslosigkeit, Verlust der Selbstverständlichkeit intellektueller Priviligierung, Dequalifizierungsprozesse usw. deuten erst den äußeren Rahmen einer veränderten Situation von Wissenschaft an. Wenn – zumindest in der Kritik – vormals noch die Möglichkeit zur Selbstaufklärung, Identifikation mit Inhalten (von Referaten zB.) gegeben war, so ist im Druck der verschulten Paukstudien, dem Chaos und inhaltlicher Beliebigkeit der Geisteswissenschaften (neben einem gewissen Grundstock instrumentellen Methodenwissens: formale Logik, Didaktik, Statistik, Linguistik...), unser Alltag in der Uni ein deutlich anderer; die Situation geistiger Arbeit muß neu begriffen werden. Es soll – die Schwierigkeiten wurden oben angedeutet – hier keine Ableitung aus allgemeinen Kapitalnotwendigkeiten vorgenommen werden, sondern die Funktionsbestimmung geistiger Arbeit nur soweit sie relevant ist für die Entstehung neuer Formen von Widerstand, diskutiert werden. Wenn als Grundbedingung für die Veränderungsprozeße eine zunehmende Einbeziehung geistiger Teilfunktionen in die "produktive Gesamtarbeit", die Subsumption von Wissenschaft unter den Verwertungsprozeß angenommen wird (siehe dazu z.B. K.H. Roth, E.Kanzow: Unwissen als Ohnmacht – Zum Wechselverhältnis von Kapital und Wissenschaft; A.Gorz: Schule und Fabrik; H.J.Krahl:div. Aufsätze in Konstitution und Klassenkampf), so sind Auswirkungen überall spürbar. Keine relative Distanz, freie Zeit, akademisch liberale Verkehrsweisen, sondern Streß, Drill auf bestimmte Techniker- und Verwaltungsfunktionen (siehe hier z.B. die neuen Kruppschen Studiengänge Verwaltungswis-

der Desillusionierung über ihren Intellektuellenstatus, Gleichgültigkeit, Wegbleiben, oft Resignation. Darin liegt aber, zumindest vorbewußt, schon eine tiefere Einsicht in den Anpassungs- und Einbeziehungsprozeß von Wissenschaft an/in kapitalistische Arbeitsbedingungen als in dem verzweifelten Versuch, doch noch einen traditionellen Wissenschaftsbegriff retten zu wollen.

Wenn die Bedingungen einen derartigen Wandel erfahren haben, können auch die Formen von Widerstand nicht einfach von früher entliehen werden.
Ein paar Beispiele: Die veränderte Situation von Wissenschaftskritik (den Prof mit seinen Inhalten noch mal als bürgerlich entlarven, wirkt in vielen Seminaren eher einschläfernd, wird in der qualitativen Indifferenz oft nicht mehr wahrgenommen von anderen Teilnehmern), von Diskussionen um Gremienbesetzungen wie Drittelparität

("Demokratische Strukturen"), um Berufsperspektive, um Institutionalisierung kritischer Inhalte. Gerade bei dem letztgenannten Punkt ist inzwischen die Diskussion darüber, ob und wie eine institutionalisierte, ausgetrocknete linke Theorie wieder zum Leben erweckt werden könnte, was also mit Bereichen, die ursprünglich mal eine Funktion für die linke Bewegung haben sollten, noch anzufangen ist, relevanter als die Forderung nach 'Marx an die Uni'.
Es wird auch kaum mehr im Rahmen des Protestes gegen das Schwinden bürgerlicher Autonomie- und Öffentlichkeitsbehauptungen noch mal eine "autonome, kritische Wissenschaft" eingeklagt, die beansprucht , mittels rationalem Diskurs, über ihre Ergebnisse, die Gesellschaft inter-

pretierend zu verändern (allenfalls noch von einer Reihe von linker Profs in verzweifelter Reflexion auf ihre immer reglementierteren Arbeitsbedingungen – das gilt für die Gesellschaftswissenschaften). Die Subsumtion geistiger Arbeit unter den Verwertungsprozeß, die Reglementierung der gesamten Studiengänge bewirkt eher Gleichgültigkeit gegenüber dem entfremdeten Inhalt, zunehmende Nicht-Identifikation mit dem Studium. Die Anstrengungen sind darauf gerichtet, den vorgegebenen,

hang ihrer Arbeit den Wissenschaftlern schon soweit verloren gegangen, daß sie bald an ihrer eigenen Vernichtung gefallen finden (denn Bestechungsgelder allein können es ja wohl schlecht sein, die sie hindern ihr Können in den 'Dienst des Volkes' zu stellen und 14 Profs in Frankfurt dazu bringen, KKW's zu fordern; da liegt der Grund wohl schon etwas tiefer in der Produktionsweise dieser Wissenschaften).In den naturwissenschaftlichen Fachbereichen sind die Kontrollmechanismen schon relativ früh angezogen worden, der Spielraum

Versatzstücke von Methodenwissen aus, auf instrumentelle Anwendung ausgerichtet.

Ob das daran liegt, daß die Macht des Faktischen (z.B. in der ganzen Fortschrittsgläubigkeit, Verlust von Geschichtsbewußtsein, reduzierten und reflexartigen Wahrnehmungs- und Verhaltensweisen) sich soweit durchgesetzt hat, daß auf große Interpretationen verzichtet werden kann, oder daran, daß die verfaulende und auf den Hund gekommene bürgerliche Klasse keine Selbstverständnisse wie Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit und den ganzen

sitätspräsidenten Plakate ab. Diese Einschränkung der Meinungsfreiheit sowie der Informationsfreiheit besteht weiterhin.

quantitativ bestimmten Leistungsanforderungen (Scheine, Prüfungen) widerwillig, mit dumpfem Mißbehagen, zwischen Anpassung und Hinschmeißen der ganzen Scheiße zu entsprechen, dem vielfältigen Druck mit möglichst geringem Arbeitsaufwand zu entkommen, irgendwo im Hinterkopf vielleicht noch ein paar längst fallengelassene Illusionen, was man vom Studium einmal erwartet hatte.

Die Bedingungen und Möglichkeiten, mit *geringstem Arbeitsaufwand* den Leistungs- und Verhaltenszumutungen zu entgehen, sich instrumentell zum Studium zu verhalten und daneben möglichst viel freie Zeit für sich zu retten, sind zwischen den Geistes- und Naturwissenschaften, aber auch solchen Fächern wie Psychologie und Medizin verschieden. Während eine Tendenz zur Dequalifikation generell festzustellen ist, (Trend zu Schmalspurstudien mit fungibler Allgemeinqualifizierung, hierarchisch darüber Aufbaustudien), ist die Anpassung in Bereichen "exakter Wissenschaft" z.B. auf Technikerfunktionen hin noch unter wesentlich stärkeren Leistungskontrollen und Drill gestellt als in den gesellschaftswissenschaftlichen Fächern, wo die Möglichkeiten zu Bescheiß- und Unterlaufungsstrategien mit der qualitativen Beliebigkeit der Inhalte zunehmen. Dazu später.Darin liegt natürlich auch schon ein Hinweis auf die unterschiedliche Relevanz für den Verwertungsprozeß und den Entwicklungsgrad von Subsumption.

In den positivistisch zersplitterten *Naturwissenschaften* die an irgendwelchen Teilbereichen oft direkt verwertungsbedingt (Zusammenhang mit Firmenforschung, staatlicher Auftragsforschung etc.) herumsuchen, ist der gesellschaftliche Zusammen-

für Reflexion, freie Zeit, schon längst dahingeschwunden. Die Kritik, die hier in letzter Zeit an zerstörerischer Technologie verstärkt eingesetzt hat,geht weiter als die ewig gleich bescheuerte Ansicht, man bräuchte gerade die "exakten Wissenschaften" nur mal anders,menschenfreundlich, fürs Volk oder sonstwen anzuwenden. Hier ist auch ein Punkt, wo eine Wissenschaftskritik praktische Relevanz hätte, die den Wissenschaftsprozeß in seiner Gesamtheit angreift.

In den *Geisteswissenschaften* kann die Situation nur noch als ziemlich chaotisch bezeichnet werden. Dafür gibt es eine Reihe von Gründen. Zum einen – offensichtlich – wird all das an institutioneller Verankerung kritischer Inhalte, was die Bewegung Ende der 60er Jahre unter den nachfolgenden Bedingungen reformistischer Bildungspolitik durchsetzen konnte, nach und nach abgeschafft. Doch in dem Ausmaß der Stellenstreichungen und inhaltlichen Veränderungen deutet sich noch etwas anderes an als nur die Liquidierung linker Bastionen, wenngleich diese natürlich zuerst angegriffen werden (z.B. der akademische Mittelbau).Im Entstehen, in der Funktion und der Art von Theorien über gesellschaftliche Zusammenhänge ist seit längerem eine Veränderung erkennbar: Keine in sich schlüssige, ein Selbstverständnis der bürgerlichen Klasse ausdrückende Theorie, die den Bezugsrahmen für Kritik abgeben könnte, kann hier mehr durchgehend angenommen werden, sondern ein einziger Schmus von zerstückelten und oft widersprüchlichen Einzelfakts werden dem Studenten beim Durchschleusen durchs Studium um die Ohren gehaut, den Kern machen ein paar

Kulturbereich vom Wahren, Guten, Schönen mehr liefern kann (weil sie ihr besonderes Interesse nicht mehr als allgemeines darstellen kann und so – ähnliche Kalauer gäbs auch noch vom Bereich Basis-Überbau oder Produktion-Zirkulation-Ideologie), ob die (Produktions-) Verhältnisse schon an sich selber in einer ganz anderen Art ideologisch sind ..usw...soll hier mal offen bleiben (das müßte dann schon gründlicher und *vor allem in konkreten Zusammenhängen,* an einzelnen Fb's diskutiert werden anhand der Frage, welche Erwartungen, Möglichkeiten und Perspektiven noch mit dem Studienfach verbunden – oder nicht mehr verbunden – sind). Es sollte nur angedeutet werden,wieso das Abarbeiten an dem ganzen lauen Durcheinander bis zu solchen 'progressiven' Theorien wie es sie über Sozialisation, Kommunikation, Öffentlichkeit usw. haufenweise gibt, immer so beliebig, frustrierend und ergebnislos bleibt.

Doch auch die wesentliche Bestimmung von Studienabschnitten durch linke Theorie, z.B. Fb 3, die häufig zu sehr *positive* Theorie wird, bringt schwer grundlegende Änderung zustande im Hinblick auf eine sinnvolle Einordnung der Inhalte in die lebensgeschichtliche Entwicklung, Berufsperspektive, politische Praxis. Zudem befindet sich die linke Theorie in dem *doppelten Dilemma,* objektiv bedroht zu sein und gleichzeitig von ihren Adressaten kaum mehr als Bezugspunkt verstanden zu werden, um den es sich zu kümmern lohnen würde. Das macht stets eine Schwierigkeit aus, wenn der Stellenabbau an linken Fachbereichen verhindert werden soll. So existieren an der Uni zwar noch Freiräume

(ist noch nicht die Gesamt uni als dem Verwertungsprozeß subsumiert zu bezeichnen) mit denen aber sehr schwer etwas anzufangen ist, wie die traurigen Erfahrungen in Marx- oder Massenarbeiterseminaren zeigen.

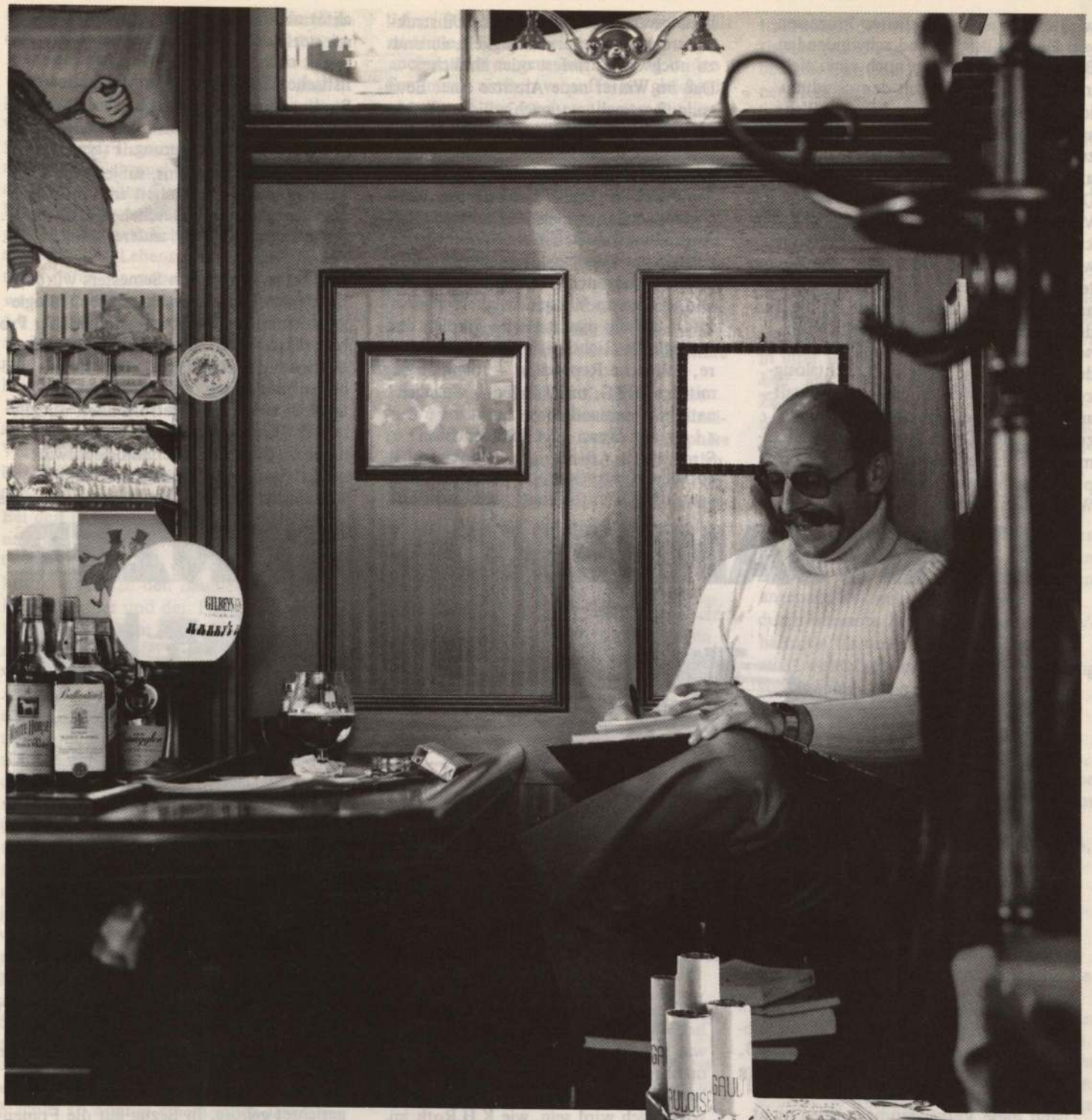
c) Ansätze von Widerstand im Uni-Normalbetrieb, Schwierigkeiten und Probleme

Bei der bisherigen Argumentation, daß weder im Rahmen der Kritik bürgerlicher Wissenschaft *in* den Seminaren noch in einem aus möglichst vielen linken Seminaren zusammengewürfelten Studiengang die großen Perpektiven und Möglichkeiten liegen, wird fraglich, was wir eigentlich von der Institution Uni fordern, was wir dort (verändern) wollen. Ehe hier auf die Diskussionen und Erfahrungen des Wintersemesters (z.B. in Streiks, Festen und anderen Aktionen) näher eingegangen wird, nochmal zum universitären Geschehen der Semester vorher. Neben der Möglichkeit, sich zumindest nebenher – durch Scheine, Prüfungen, Abschlüsse materiell abzusichern (und wenn auch erst nach 15 Semestern und einem Jahr Gewaltanstrengung in der Deutschen Bibliothek – denn so schnell sind wir doch noch nicht bruchlos zu Proletariern geworden), gab es verschiedene Einstellungen zur Uni, unterschiedliche Arten von Widerstand.

Zum einen die *abstrakt-politische*, die den Zusammenhang von Repression, Umstrukturierung, Studiensituation etc. zum Gegenstand macht und versucht, an bestimmten Entscheidungspunkten, z.B. *Gremien*, aktiv zu werden. Dabei geht es dann zumeist darum, den Abbau linker Fachbereiche zu verhindern, oder die Einführung von Schmalspurstudien etc., um das HRG und andere Maßnahmen nicht nur als Repression zu beschwören, sondern in der Durchsetzung konkret anzugreifen. Denn das HRG kommt ja nicht etwa von heute auf morgen, und kurz zuvor machen wir ne Demo und rufen weg damit!, sondern es setzt sich – schon seit Jahren – schleichend durch, mit jeder neuen Prüfungsordnung, Studienordnung, Stellenumverteilung usw. Doch hier treten neben der schon angedeuteten Problematik, daß sich der Erfahrung nach z.B. nicht sehr viele Studenten für den Erhalt der Stellen linker Profs begeistern (was ja gewisse Rückschlüsse auf deren Relevanz nahelegt), noch andere Schwierigkeiten auf. Die ganzen Entscheidungen bezüglich KapVo, Stellenumsetzungen, und anderer Umstrukturierungsmaßnahmen lassen sich schwer zusammenbringen, sind selten *unmittelbar* verknüpft mit unserem subjektivem Unmut.
Im zehnten Stock des Juridicums, wo's normalerweise eh keinen vernünftigen Menschen hinzieht, gehen dann diese Entscheidungen als makabres Schauspiel über die Bühne: Krupp als Krisenmanager der mittleren Etagen, ein überlegenes Lächeln aufgesetzt, denn er weiß sich eins mit dem "Machbaren", den Sachzwängen; Mehrheitsfraktion als Abstimmungsmarionetten; die Demokratische Opposition wird mit ihren verzweifelten Gegenargumenten regelmäßig und zynisch übergangen **(Bsp.: Stellungnahme des Fb 3 und Kruppsche Reaktion, Uni-Report vom Dez. 76, S.4)** – nicht einmal *Schein* wissenschaftsbezogener Begründungen wird (für Umsetzungsmaßnahmen z.B.) mehr aufrechterhalten – es geht um den "gesellschaftlichen Bedarf" (worin der besteht, läßt sich an den neuen Studiengängen ablesen.)

Aber gegenüber der zunehmenden Bestimmung wissenschaftlicher Planung durch Verwertungszusammenhänge immer wieder darauf hinzuweisen, daß die ganze schöne Wissenschaftlichkeit und akademischen Ansprüche dabei flöten gehen, wirkt hilflos. „Ich habe sehr viel Verständnis für solche Überlegungen", kommt als Antwort, und dann geht die Rechnerei mit Computerbogen weiter, wie der Studentenberg der kommenden Jahre in bestimmte Richtungen geschleust werden kann. U.E. bestehen darüber auch keine so großen Illusionen, daß nochmal eine große Empörung über die 'demokratischen Strukturen' solcher Hochschulgremien (mit anschließenden Forderungen wie Drittelparität) zu erwarten ist. Und letztlich ist es auch außer für ein paar politisch Aktive und die in der Institution arbeitenden Assistenten und Profs schwer einsehbar, warum sie ihre Energie in die Verhinderung einer Studienordnung legen sollen, die doch erst in drei Jahren kommt, statt doch nochmal auf die individuelle Tour zu versuchen, durchzukommen oder sich vielleicht in den Grüneburgpark zu legen.

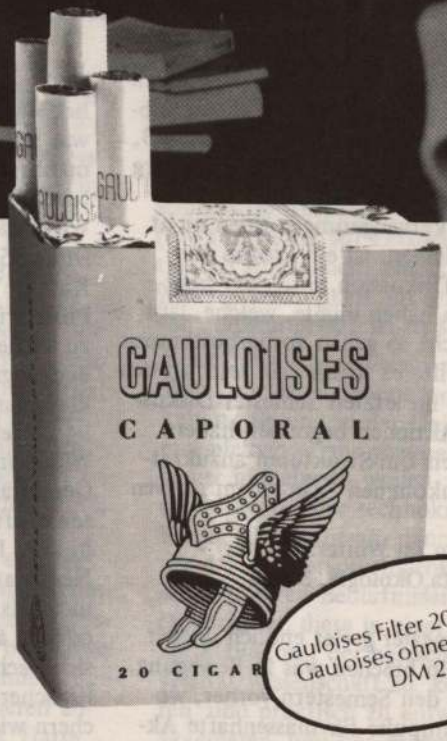
Ein Ansatz, der diese Schwierigkeiten berücksichtigt (daß es illusorisch und fragwürdig ist, von einer Masse von Studenten zu erwarten, derartig Politik zu treiben), ist die Diskussion um *Studienkollektive, Selbstorganisation des Studiums,* mögliche (langfristig!) Entwicklung von *Gegenstudien.* Hier geht die Überlegung mit ein, daß es für die meisten weniger bedeutet, wenn sie Tag für Tag am Mensaeingang von einigen politisch Aktiven ein halbes Dutzend Flugblätter zugesteckt zu bekommen, in denen sie zu allem Möglichen aufgerufen werden, jeden Tag etwas anderes unterschreiben sollen, einmal im Jahr gibts noch eine größere Kampagne und das Ganze ist dann Politik – als vielmehr in der Möglichkeit, *kollektiv* mit den Verhaltens- und Leistungsanforderungen der Uni umzugehen statt individuell auszuflippen, reale Erfahrungen solidarischen Verkehrs sich entwickeln können. Natürlich ist die Gefahr, sich auf die Beschränktheit bloßer Lernzusammenhänge einzulassen, die Definition des eigenen Zusammenhanges auf und durch bestimmte Seminare immer mit der *Gefahr der Integration* verbunden, jedoch liegen hier auch andere Entwicklungen offen. Wenn z.B. die oben beschriebene Gleichgültigkeit gegenüber dem Studium, die Gefühle von Sinnlosigkeit real vorhanden sind und zunehmen, so liegt in Stukos, Arbeitsgruppen etc. der *Ansatz, eigene Ansprüche,* mit denen das Studium vielleicht begonnen wurde, *selbst zu organisieren* und daneben zum Studium einen instrumentellen Bezug herzustellen, der für den Einzelnen als Absicherung dient und es nicht der individuellen psychischen Stabilität überläßt, wer nach 12 Semestern, in denen er ja nichts mit der Uni zu tun hatte (?) noch einen Abschluß hinkriegt und wer halt Pech hat. Die *Erfahrungen* mit solchen Ansätzen sind *allerdings oft recht ernüchternd:* Die Arbeits*formen* in solchen Gruppen blieben oft unverändert zum Seminar,(nur weniger Bluff, alles läuft ehrlicher ab, aber ähnlich rigide), die *Inhalte* ließen sich selten auf einen subjektiv-politischen Anspruch hin entwickeln. Aus diesen Problemen allerdings die gänzliche Ablehnung solcher Stukos und Arbeitsgruppen zu schlußfolgern, verkennt die ambivalente Situation vieler Studenten, einem in seiner Sinnhaftigkeit zumindest fraglichen, mit Leistungsdruck und Reglementierung verbundenen Studium am liebsten den Rücken zu kehren, und sich andererseits doch immer wieder auf die Uni zu beziehen.
Sich überhaupt nicht mehr auf das Studium einlassen zu wollen, das als nur noch repressiv und unsinnig eingeschätzt wird, ist angesichts des Zustandes der Wissenschaft eine Konsequenz, die immer mehr für sich ziehen. Statt noch einmal auf eine bessere Wissenschaftlichkeit zu pochen, wird diese selbst in ihren gesamten Inhalten und Arbeitsweisen nicht mehr ertragen. Was sich hier von individuellem Wegbleiben, Verweigern, bis hin zu der Diskussion um die Schaffung alternativer Lebenszusammenhänge an Widerstand entwickelt hat gegen die Unterwerfung unter Paukdrill, der tendenziell jede Möglichkeit qualitativer Lern- und Erfahrungsprozeße verhindert, wirft aber auch erst mal eine Reihe von Problemen auf, statt der allgemeinen Konsequenz:„ Ich hab nichts mehr mit dem Studium zu tun," die vielleicht subjektiv richtig sein mag. So ist der "Absentismus als Kampfform" häufig schon durch Anwesenheitslisten beeinträchtigt, wird zu einem bloß *geistigen Absentismus* – wegen Kontrolle der körperlichen Anwesenheit. Und selbst wenn die Verweigerung total wird, daß man's einfach nicht mehr aushält und nicht mehr hingehen kann ins Seminar, bringt das noch nicht die große Perspektive, sondern erst mal Gefühle, nicht mehr weiter zu wissen, psychische Probleme, Versagensgefühle. Die Entwicklung alternativer Projekte ist (bisher jedenfalls) auch nicht zu *der* Möglichkeit geworden, die den Ausweg aus der verfahrenen Situation zwischen Studium/Beruf/Reformismus und mit Perspektive- und Ratlosigkeit verbundener Verweigerung hätte anzeigen können.
Für Studenten, die zunehmend früh, auf den Schulen, anfangen mußten, sich nach der Decke zu strecken, wenn sie weiter kommen wollten (Verdrängungsprozeß im Kampf um Arbeitsplätze: Studenten-Abiturienten-Realschüler-Volksschüler-Sonderschullehrer...), die schon in jungen Jahren an Vereinzelung,stupides Lernen, Leistungsdruck gewöhnt worden sind,



GL 701

Wer keinen Schreibtisch braucht, um Geist zu beweisen.
Wer den Arbeitsplatz mit Vergnügen wählt.
Wer so das Schriftliche genüßlich vollbringt.
Wer das Echte liebt – der raucht Gauloises.
Würzig und unverwechselbar im Tabak.
Die Echten aus Frankreich.

GAULOISES



Gauloises Filter 20 St. DM 2.70
Gauloises ohne Filter 20 St. DM 2.60

Gauloises Filter: 0,7 mg Nikotin/11 mg Kondensat; Gauloises o. Filter: 1,2 mg Nikotin/19 mg Kondensat (Durchschnittswerte nach DIN)

wird in den augenblicklichen Prozessen von Dequalifikation und schwindenden Berufsaussichten kaum noch einer sich inhaltlich sonderlich mit dem Studium identifizieren können und wollen.Wenn auch im Widerspruch, vielleicht doch noch zu denjenigen zu gehören, die Studium und Beruf bewältigen, und zunehmender Desillusionierung, zwischen Anpassung und Verweigerung einfach nicht gesagt werden kann, daß „sich eine neue Studentenbewegung ankündigt" oder daß „ die Studenten erstaunlich ruhig geworden seien, sich aufs Lernen besonnen hätten" ist die Tendenz doch wohl folgende: Wenn auch *noch* , in ziemlicher Naivität, während des Studiums die spätere Aussichtslosigkeit verdrängt werden mag, mit Gewaltanstrengung und Lerneifer unter dem zunehmenden Druck Prüfungen und Examen durchlaufen werden: In dem ganzen psychischen Elend, 'Lernstörungen', Widerwillen...drückt sich doch das Gefühl der Sinnlosigkeit, des Protestes gegen diesen Studienbetrieb aus. (Zu dieser subjektiven Seite siehe Politikon Nr.43 u.53, besonders die Artikel von Götz Eisenberg und Burkhard Scherer).

Damit diese Verweigerungsformen nicht individuell bleiben, ist ein Prozeß von öffentlicher Diskussion nötig, der *praktische* Folgen haben müßte, welche, läßt sich noch nicht so genau vorherbestimmen. Jedenfalls sollte es schon drin sein, an den Punkten, wo im letzten Semester Diskussionen und Aktionen begonnen haben, die gewohnten Uni-Strukturen anzukratzen, weiterzukommen – in einem aktiven Streik ? ? ?

III Diskussion im Wintersemester – Frauenasta,Ökologie, Streik

Im Wintersemester geriet endlich wieder *an* der Uni ein bißchen was in Bewegung, anders als in den Semestern vorher, wo wesentliche Impulse für massenhafte Aktionen *nur* von außen kamen (und dann war zumeist bloß ein Reagieren auf staatliche Repressions- und Terrormaßnahmen möglich) – an der Uni gabs lediglich kleinere Rückzugsgefechte (gegen Anhörungsverfahren, Stellenklau, Umstrukturierungen....), Sprachlosigkeit, ab und zu noch ein Turmfest oder ähnliches. Daß im Winter neue Ansätze einer Bewegung über recht unterschiedliche Probleme (Ökologie/Technologiekritik; Fachbereichsaktionen: Streiks, Feste, selbstorganisierte Arbeitsgruppen, geplante Seminare; P.P.Zahl-Veranstaltung...)entstanden, sehen wir als Möglichkeit, die Ausbildungsfabrik Uni und die in ihr betriebene Wissenschaft wieder prinzipieller anzugreifen. Wichtig wird dabei sein, die ganze Vielschichtigkeit nicht sofort auf ein paar einfache Parolen und strategische Richtlinien (finanzielle Misere, politische Repression – folglich weg mit dem HRG, mehr Bafög – wogegen natürlich niemand etwas hat) zu r e d u z i e r e n. Wenn auch häufig,z.B. in Streiks oder Arbeitsgruppen unklar blieb, worauf wir perpektivisch rauswollen, wenn die 'Öffentlichkeit', wie exemplarisch an der Presseberichterstattung deutlich wird, überhaupt nicht durchblickt, was sich da eigentlich an den Unis zusammenbraut, sollte uns das erstmal nicht so furchtbar beuruhigen.

Wesentlich wird sein, wie K.H.Roth im Diskus 5/76 schreibt ("Scheiß auf die Karriere") „ ...daß das zu befreiende Proletariat nicht mehr mit der Laterne zu suchen, sondern mit einem selbst deckungsgleich ist." Weniger ob die klassenanalytische Einschätzung nun völlig korrekt (vielleicht gibts ja doch noch Widersprüche innerhalb des 'produktiven Gesamtarbeiters' oder so? ?) und wissenschaftlich belegbar ist, birgt Brisanz in sich. Den Unterschied zu früher und Neuansatz kennzeichnet eine *Tendenz*, nicht als Kleinbürger, Bündnispartner oder in ähnlichen Selbsteinschätzungen sich nach einem sinnvollen Feld sozialistischer Berufspraxis (in manchen Fächern wie Jura oder Medizin ist's vielleicht noch möglich) umzusehen, sondern die eigene alltägliche Situation in einem inhumanen Wissenschaftsbetrieb als Mittelpunkt zu nehmen, gerade gegenüber einer mehr und mehr zerstörerischen Realität nicht länger Illusionen von 'reformierter Hochschule' und besserer Wissenschaft nachzuhängen; indem der kapitalistische Charakter in Form, Inhalten des Studiums und der Situation der Betroffenen offensichtlich wird, stehen neue Formen von Verweigerung, Fragen nach dem Sinn des Studiums, subjektive Ansprüche und Betroffenheit an; Uni weder als nebensächliches Geschehen noch als Rekrutierungsfeld für andere Bereiche . . .

Zu Beginn des letzten Semesters wurden durch den Frauen-Asta und die Ökologiegeschichten breitere Diskussionen über Probleme begonnen, die traditionell an der Uni mehr am Rande gestanden hatten, wobei auf der ersten VV und dem KKW-teach-in eine starke Betroffenheit und Bereitschaft zu stundenlangem Zuhören spürbar war. Ökologie, Technologieentwicklung als zerstörerischer Prozeß, und die Thematisierung zerstörter Sinnlichkeit (wie z.B. in dem Frauen-Artikel im Diskus 5/76) lassen sich in ihrer Relevanz sicher nicht damit abtun, daß es sich hierbei um Nebenwidersprüche handle und das Augenmerk auf den bürgerlichen Staat und das Bafög gerichtet gehöre. In Bezug auf die Frauenunterdrückung, ihren spezifischen Ausdrucksformen in Wissenschaft und Universität wird ja allmählich kapiert, daß man hier nicht Kategorien wie Erscheinungsform,Nebenwiderspruch etc. heranholen kann, um andere Rezeptionsweisen, 'Sinnlichkeit als politisches Potential' abzuqualifizieren. Weil in der Problematisierung von zerstörter Sinnlichkeit, des Verhältnisses zur Natur, Ökologie, Technologie jedoch nicht ausschließlich emanzipative Tendenzen drinliegen, die Bedeutung für uns aber klar ist, müssen die Diskussionen weitergeführt werden. (Dies kann hier nur ansatzweise und bruchstückhaft geschehen). – Wenn für die Anpassung an kapitalistische Arbeitsnormen immer schon z.B. der *Verlust qualitativer Zeitwahrnehmungen,* die wesentliche Reduktion auf quantitative Wahrnehmungsmechanismen notwendige Bedingung war, die Zersplitterung von Lebensgeschichte, Alltag (Arbeits-/Freizeit), so

ZEHN JAHRE KONSTANZER

STUDIENREFORM

erreicht dies im Spätkapitalismus abstruse und schlimme Dimensionen. Sowohl diese Zerfaserung und Einschränkung der Alltagserfahrungen, des Wahrnehmens *und* Denkens (hier existiert nicht einfach ein Widerspruch von abstrakter Theorie und Sinnlichkeit) als auch die Vernichtung natürlicher Gebrauchswerte macht Kritik an einem blinden Technologisierungs- und Industrialisierungsprozeß *dringend* notwendig. Daß die natürlichen Grundlagen menschlichen Lebens infragegestellt sind, unter deren *Voraussetzung* (daß ein 'Stoffwechsel zwischen Mensch und Natur' überhaupt möglich ist) dann andere, befreite Produktions- und Verkehrsformen sich entwickeln könnten, wirft scheußliche Perspektiven von Vernichtung und Lebensfeindlichkeit auf. So ist es auch zu verstehen, wenn Leute nach einer KKW-Veranstaltung von den Gedanken an Biblis einfach nicht mehr loskommen, das Gefühl haben, *irgendetwas* tun zu müssen. Bei den Diskussionen um diese Destruktion natürlicher Lebensgrundlagen (KKW's, Giftgas, Giftmüll . . . Bedingungen in Frankfurt bis zu den Bäumen auf der Bockenheimer und den Phosphatwürstchen in der Mensa), um die herrschaftsstabilisierende Funktion der Technologie (z.B. gewerkschaftliche Forderung nach KKW's-Arbeitsplätze/Export/Fortschritt), die Forschung in Richtung 1984 (sensorische Deprivation, stereotaktische Angriffe) usw. usw. besteht aber eine Gefahr: Zwar kann die herrschende Technologie bestimmt nicht einfach in den Dienst des Menschen (der Arbeiterklasse, des Volkes . . .) gestellt werden und enthält in ihrer konkreten Form und historischen Gestalt die Spuren von Ausbeutung und Unterdrückung in ihren Verfahrensweisen und Methoden, sowie materialisiert in der stofflichen Struktur ihrer Anwendung, z.B. im entwickelten Maschinensystem. Nur darf der Grund für zerstörte (und noch nicht *entfaltete*) Sinnlichkeit und Lebensbedingungen nicht auf *kaputte Naturzusammenhänge reduziert* werden (wenn auf einer Uni-Mauer die Parole stand: 'Die Natur an die Macht', so konnte einem schon langsam mulmig werden), und zwar wegen der praktischen Konsequenzen, was den Verhältnissen entgegen gesetzt werden kann. So liegt in dem Ablehnen kapitalistischer Rationalität, wie dem 'Bestehen auf Sinnlichkeit' oder der Suche eines anderen Verhältnisses zur Natur in ländlichen Produktionsgemeinschaften halt ständig die Gefahr, daß die Bedürfnisse und Ansprüche in ihrer Unmittelbarkeit enttäuscht werden und hilflos bleiben, so legitim sie auch sind.
Um deutlich zu machen, was gemeint ist und auf die Uni zurückzukommen ein paar Beispiele, wie sich technokratische Realität im studentischen Alltag zerstörerisch auswirkt:
Wenn der subjektive Bezug zum Studium im Sinne einer wie auch immer gearteten Identifikation, Erfahrung qualitativer Lernprozeße, Selbstentwicklung durch das Studium zumindest fraglich wird, in der inhaltlichen Beliebigkeit und Bluffsituation (gilt zumindest für die Geisteswissenschaften) auch manch gutgemeinter Beitrag in den Seminaren einfach verpufft, bei gleichzeitigem Druck der durchregulierten Studiengänge und enttäuschter Hoffnungen ins Studium mitgebrachter Erkenntnisansprüche die Sinnlosigkeit ziemlich evident wird, währenddessen noch bestimmte Zeitquanta abgesessen und Schein- und Examensquanta erfüllt werden, bewirkt dies auf die Dauer im Kopf und im Körper ein solches Durcheinander und Widerwillen **, psychosomatische Reaktionen, daß auch irgendwelche Einzelverbesserungen (z.B. des Mensaessens) schwerlich Abhilfe schaffen.
Ein zweites Beispiel ist Krupps saubere Uni: Hier ist es bestimmt nicht der einzige Gesichtspunkt, eine sterile Atmosphäre zu schaffen – wenngleich, wie an den zurechtgestutzten Plakattafeln deutlich wird, Sterilität und Sauberkeit Öffentlichkeitsformen vorgeben, die emanzipative Inhalte tendenziell ausschließen – sondern z.B. auch die Zerstörung von Geschichtserfahrung. Wenn die Uni inzwischen wieder bunt ist, so ist dies gegenüber Krupp'schen Sauberkeits- und Ordnungsvorstellungen sinnvoll, und wir sollten seine Versuche, Werfer von Farbbeuteln mit billigem Zynismus in die irrationale Ecke drängen zu wollen, schon durchschauen. Gleichzeitig fehlt trotz Farbtupfer auf der Uni-Fassade etwas: Die ganzen Sprüche und vergilbten Plakate waren immer noch Ausdruck vergangener Zeiten von Bewegung, von realen Konflikten. Damit so ein Gesichtspunkt nicht wegfällt, reicht es nicht, nur von Beton und Sterilität zu reden. Gerade für qualitative Erfahrungen ist wichtig, *was* sich auf den Wänden ausdrückt. (In diesem Sinne . . .).

Sterile und repressive Atmosphäre an der Uni hin und her – ohne Kritik kann Wissenschaft nicht auskommen (so beschweren sich schon Industrielle über mangelnde Kreativität und Initiative von Hochschulabsolventen) – aber doch bitte in geregelten Bahnen. Ein weiteres Beispiel, was Alltag in der Ausbildungsfabrik bedeutet und wo seine Grenzen liegen, lieferte Krupp im letzten Semester bei dem Fest der Wirtschaftschaftswissenschaftler. Feste, Aktionen, die den Vorlesungsbetrieb stören – früher Selbstverständlichkeiten – *Kritik* also, *die sich nicht an vorgegebene Bahnen hält,* soll offensichtlich keinen Platz mehr haben.
In dieser Situation sind nun an etlichen Fachbereichen Initiativen in Gang gekommen, die nicht mehr nur einzelne Verbesserungen (in Bezug auf Stellen, bestimmte Seminarinhalte etc.) fordern, sondern ihre Gesamtsituation zu problematisieren anfingen, vor allem auch praktisch. Hatte die politische Betätigung an Fachbereichen traditionell den Beigeschmack des Pragmatischen (Arbeit in Gremien zur Erstellung besserer Curricula. . .), des Berufsbezogenen, Realistischen, so ist doch für die jetzige Entwicklung ein anderer Grund anzunehmen. Und zwar, daß hier der Ort ist, in den Seminaren, in der konkreten Situation, wo sich die Fragen nach (Un-) Sinn und (Nicht-)Perspektiven des Studiums für die Einzelnen stellen, nach den Ansprüchen und Möglichkeiten.
Hier ist über das häufig ziemlich bornierte Gerangel um die Höhe der Bafög-forderung hinaus möglich, einzelne Maßnahmen wie Berufsverbote, Stellenstreichungen etc. in ihrer Bedeutung zu diskutieren, *konkret* anzugreifen und dabei kollektive Zusammenhänge zu entwickeln. Zum einen ist dies wichtig, weil sich – wie schon gesagt – der Prozeß von repressiver Umstrukturierung ja schleichend durchsetzt (und nicht plötzlich mit der Gültigkeit des HRG als Bundesgesetz in eineinhalb Jahren; deshalb hats auch wenig Sinn erst kurz davor bundesweit zu streiken, wenn die Praxis an den Uni's eh weitgehend angepaßt ist), zum anderen, weil sich durch uniweite Zwei-tage-aktionen die Verhältnisse für uns im übrigen Semester nicht wesentlich ändern, die Entwicklung von Zusammenhängen kaum erreichen lassen.In den Diskussionen an den Fb's war es dann zum Beispiel möglich, das Bafög als ein, gewiß sehr wesentliches, Moment des Wissenschaftsbetriebes zu begreifen, in dem wir drinstecken. Den Umfang und Rahmen, in dem die offizielle Wissenschaft infragegestellt werden muß, zeigen z.B. die Themen der selbstorganisierten Arbeitsgruppen am Fb 10 an (Funktion und Veränderung der Geisteswissenschaften; Berufsperspektive ? ? ; Seminarsituation; Frauenspezifische Unterdrückung und Probleme; politische Repression (Berufsverbot für Schneider, Strafanzeigen . . .)). Daß in der Auseinandersetzung dabei Probleme auftreten,z.B. die Kritik wieder sich in den abgelehnten wissenschaftlichen Bahnen verfängt, unterschiedliche Ansprüche und Einschätzungen (etwa in Bezug auf Perspektive in Institutionen) auftauchen, drückt unsere reale Widersprüchlichkeit aus und kann nicht von solchen prinzipiellen Klärungs- und Verständigungsprozessen abhalten.
Wenn wir die individuellen Möglichkeiten, die uns an der Uni zunehmend bleiben – uns anzupassen oder länger hinnehmen wollen, denn beides hieße vor der technokratischen Realität kapitulieren, dann müssen wir diese Widersprüchlichkeit (zwischen unseren Bedürfnissen und der Möglichkeit, diese in einer Auseinandersetzung mit der herrschenden Universität/Wissenschaft zu 'kollektivieren' und praktisch zu entwickeln) akzepieren, und uns dranmachen,sie zu sprengen statt zu ignorieren – und wenn dabei zufällig die Universität mitgesprengt wird, so soll uns das nur recht sein.

** (Welches sich auch beim Abschreiben dieses Textes einstellt. Anm. d. Setzerin).

"SIE LEBEN JA NOCH, WAS WOLLEN SIE DENN EIGENTLICH?"

I

In direkter Folge der beiden Massenveranstaltungen in Brokdorf fand am 12.3. in Gorleben, direkt an der DDR-Grenze, eine dritte Veranstaltung statt: 25- tausend trafen sich zu einer Großkundgebung gegen die geplante Wiederaufbereitungsanlage (WAA). Die WAA ist ein Projekt, das die Superlative der KKW-Bedrohung noch in den Schatten stellt: ökologische Gefahren, Kosten, militärische Verwertbarkeit und vor allem die unmittelbare Dringlichkeit für den weiteren Betrieb der Kernkraftwerke machen die WAA zum Nadelör, durch das das Kernenergieprogramm der nächsten 10–20 Jahre durch muß.

Die Standortfrage hatte schon Anfang 1976 an drei anderen Orten zur Gründung von BI's* geführt: In Lichtenmoor (Fallingsbostel), in Unterlüß (Celle) und in Wippingen – Wahn (Aschendorf Hümmling). Sofort nach Bekanntwerden der Bauvorhaben erwirkten die Betroffenen Verfügungen gegen anfangs als Ölsuche getarnte Probebohrungen, oder man zog zur Behinderung der Baumaschinen tiefe Gräben um das Baugelände. In Lichtenmoor besteht seit Sommer 76 sogar ein Wachdienst, der Nacht- und Nebelaktionen wie in Brokdorf verhindern will.

PUBLIKUMSWIRKSAME ENTSCHEIDUNGSSCHLACHT

Gorleben wurde von der Regierung Albrecht offiziell als der zukünftige Standort der WAA ausgewiesen. Die technisch-physikalische Argumentation (etwa daß die Gorleber Salzstöcke für die Endlagerung des Atommülls besonders gut geeignet seien) kann aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß mit dieser Vorentscheidung versucht wird, Zeit zu gewinnen. Denn selbst wenn die endgültige Prüfung der Salzstöcke positiv ausviele, kann die Bundesregierung diesem Standort, der nur ein paar hundert Meter von der DDR-Grenze entfernt liegt, kaum zustimmen. So wird Albrecht die publikumswirsame Entscheidungsschlacht um das Kernenergieprogramm erst nach den Wahlen 1978 bestehen müssen. Daß sie stattfindet, ist klar; denn jede Bürgerinitiative gegen Kernenergie weiß, daß ohne WAA in absehbarer Zeit kein KKW und erst recht kein Schneller Brüter laufen wird.

*Bürgerinitiativen

II

Der Zweck der WAA innerhalb des Brennstoffkreislaufs ist schnell beschrieben: Nachdem das Uranerz angereichert ist (angereichertes Uran wird z.Z. aus den USA und der UDSSR importiert), wird es noch einigen chemischen Prozessen unterzogen, in Tablettenform gepreßt und mit einer Metallhülle umgeben. Mehrere solcher Brennstäbe faßt man zu einem Brennelement zusammen und speist sie in den Reaktor ein. Die nun einsetzende Kettenreaktion erzeugt Wärme (die für den Antrieb der Turbinen sorgt) und außerdem radioaktive Spaltprodukte, die, wenn alles gut geht, während der Betriebszeit des Reaktors innerhalb der Metallhüllen bleiben (wenn nicht, droht die Verseuchung des Reaktorkerns und das KKW muß stillgelegt werden). Nach einem Jahr muß ein Drittel der Brennelemente ausgetauscht werden, da das spaltbare Uran 235 zu einem großen Teil aufgebraucht ist und die Kettenreaktion nicht mehr aufrechterhalten werden kann , und da die Metallhüllen der Brennstäbe unter dem intensiven Strahlenbeschuß undicht werden und den Austritt der Spaltprodukte ermöglichen. Ein Drittel der Brennelemente heißt für einen 1300-MW-Reaktor (Typ Biblis) ca. 34 t hochradioaktives Material, das permanent gekühlt und wegen des hohen Innendrucks der Brennstäbe sorgfältig gegen Lecks geschützt werden muß.

Hier beginnt das düstere Kapitel der Entsorgung: Die erste Station befindet sich im Kraftwerk selbst. Hier werden in großen Wasserbecken die bestrahlten Brennelemente solange gekühlt, bis die allmählich schwächer werdenden Kernreaktionen den Transport ermöglichen. Nach 6–12 Monaten werden die Brennelemente in Spezialbehältern zur WAA gefahren. Schon an dieser Stelle geht man kaum kalkulierbare Risiken ein; denn sollte ein Transport verunglücken, würde das Äquivalent der Radioaktivität mehrerer Hiroshima-Bomben frei. Zusätzlich besteht das Problem der Kritikalität, d.h. ,es könnte sich das transportierte Material so anordnen, daß eine unkontrollierte Kettenreaktion in Gang kommt. Bei 1100 Transporten im Jahr 1985 nimmt dann auch der Aufwand an "Sicherheitskräften" 1984–er Dimensionen an.

Nach erneuter Zwischenlagerung werden die Brennelemente in der WAA unter äußersten Sicherheitsvorkehrungen aufgeschnitten und in einem sehr komplizierten Verfahren „aufbereitet": Der Inhalt der Stäbe wird in kochender Salpetersäure aufgelöst und die wiederverwertbaren Anteile, Uran und Plutonium, werden von den übrigen Spaltprodukten getrennt. Während dieses Vorgangs können folgenreiche Komplikationen eintreten. Z.b. besteht die Möglichkeit, daß im verflüssigten Brenn Brennstoff durch Kritikalität unkontrollierte Kettenreaktionen beginnen („atomare Verpuffungen"), die zwar nicht mit einer Bombe vergleichbar sind, aber dennoch sämtliche Sicherheitsbarrieren zerstören und damit das gesamte radioaktive Material freisetzen können.

UMELTRISIKO DURCH NICHT SICHER BEHERRSCHTE AUFBEREITUNGSTECHNOLOGIE

Zusätzlich besteht das Problem der Emission von Zerfallsprodukten im Normalbetrieb. Vergegenwärtigen wir uns: Der Kernbrennstoff von 40 Kernkraftwerken (diese Menge entspricht der geplanten Jahreskapazität der WAA von 1500 t), bisher sorgsam eingeschlossen in die Brenn-Brennstäbe, diese wiederum unter größten Sicherheitsvorkehrungen transportiert und gelagert, wird hier in der WAA freigesetzt

Es gibt eine besondere Spezies Ratte, die
hat sich so an ihr Kloakendasein gewöhnt,
die würde bei Sonnenbestrahlung an
Krebs eingehen.

und behandelt. Es ist heute technisch unmöglich, alle freiwerdenden Spaltprodukte zurückzuhalten; vor allem Krypton 85, Tritium, Jod 131 und Jod 129 und Plutonium können in hohen Dosen entweichen. Um in unmittelbarer Nähe der Anlage die Schadstoffbelastung innerhalb der gesetzlichen Normen zu halten, werden riesige Schornsteine gebaut, durch die sich die Spaltprodukte auf eine große Fläche verteilen sollen. Wegen der Gefahren aus der noch nicht sicher beherrschten Aufbereitungstechnologie und den zu jedem Zeitpunkt dort vorhandenen Mengen radioaktiven Materials stellt die WAA durch die hohen Emissionsraten, wenn man sich auf einen Vergleich auf dieser Ebene einläßt, ein sehr viel größeres Umweltrisiko dar, als alle durch die Anlage entsorgten KKW zusammengenommen.

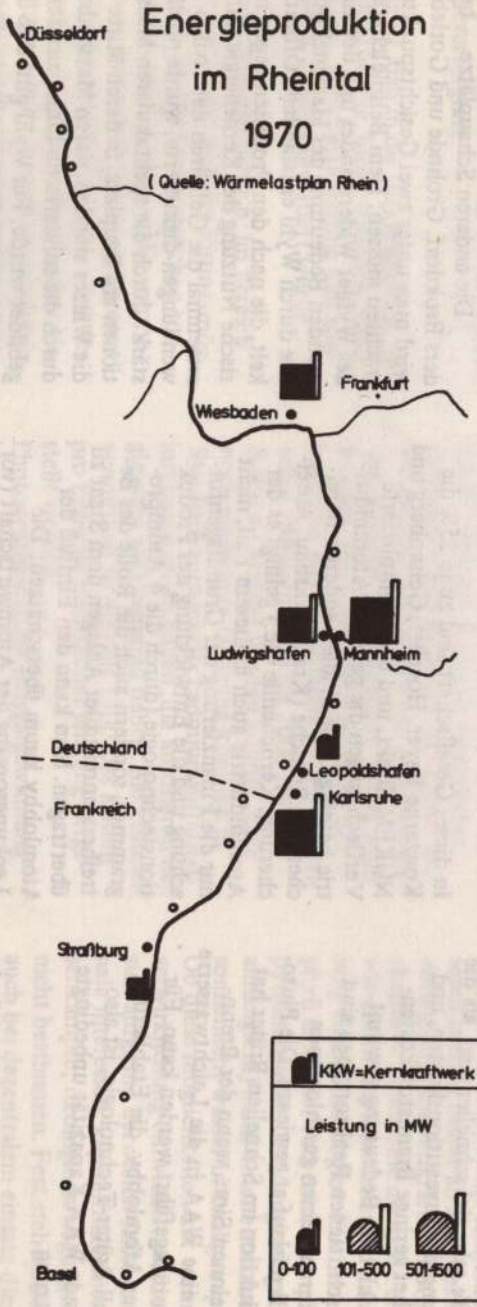
Mit der WAA ist der Brennstoffkreislauf geschlossen: aus den abgebrannten Brennelementen rückgewonnene Spaltmaterialien werden entweder weiter angereichert, oder gehen direkt in die Brennelementfabrik; der Abfall, aufgeteilt in schwach-, mittel-, und hochaktive Anteile, kommt in die Endlagerung. Hierfür gibt es allerdings noch kein sicheres Konzept: Die langen Halbwertzeiten (für den giftigsten Stoff überhaupt, das Plutonium, etwa 24 000 Jahre), die Wärmeproduktion und die hohe Toxidität der Abfälle schaffen unlösbare Probleme. In Europa sollen bis 1990 ca. 1 000 000 m^3 schwach- und mittelaktiver Atommüll anfallen und man weiß eigentlich noch nicht, was man mit ihm machen soll. Die Bundesregierung hat sich seit einiger Zeit auf die Einlagerung in Salzstöcke festgelegt, da diese geologisch stabil und gegen Wassereinbrüche gesichert scheinen. (Aus denselben Gründen wurde diese Methode in den USA verboten und man lagert dort oberirdisch in Wüsten.) Auch ist der Einfluß der Wärmeproduktion auf die Stabilität der Salzformationen ungeklärt. Besondere Probleme wirft der hochaktive Abfall auf: er hält für Jahrzehnte eine Temperatur von 400°C, muß also dauernd gekühlt werden, und er kann wegen der intensiven radioaktiven Strahlung nur hinter meterdickem Beton durch Roboter und Maschinen bearbeitet werden. Noch vor kurzer Zeit wurde ernsthaft erwogen, ihn mit Saturn-V-Raketen in die Sonne zu schießen; mittlerweile laufen jedoch Versuche, die die Möglichkeit der Einlagerung auch hochaktiven Mülls in Salzstöcke klären sollen.

WOHIN MIT DEM ATOMMÜLL ?

Auf jeden Fall ist heute der Standort der WAA mit der Wahl des Salzstockes zur Endlagerung eng verbunden da man das Risiko weiterer Transporte vermeiden will. Für den endgültigen Standort kommen demnach nur die Salzstockfelder zwischen Unterelbe und Ems in Betracht. Die Bürgerinitiativen dort wehren sich also nicht nur gegen die unmittelbaren Gefahren aus der WAA, sondern auch gegen die langfristigen Folgen eines Endlagerungskonzeptes, dessen Risiken für die kommenden zig Generationen nicht abzusehen sind.

III

Die große Dringlichkeit des Projektes WAA hat zwei Gründe: Zunächst die technische Ebene. Wie wir gesehen haben, ist das Auswechseln von Brennelementen für jeden Reaktor unbedingt notwendig. Selbst wenn man von der Rückführung von Brennmaterial absieht, müssen die Brennstäbe weiterverarbeitet werden, damit durch Klassifizierung in schwach- mittel- und hochaktiven Atommüll die Endlagerung möglich wird. Bisher wurden die KKW's in der BRD durch eine kleine Anlage in Karlsruhe (30 t/a) und durch die WAA's in Frankreich und England entsorgt. Da die Kapazität dieser Anlagen in absehbarer Zeit ausgelastet ist, muß möglichst bald mit dem Bau einer neuen WAA begonnen werden. Die Planungen gingen ursprünglich davon aus, daß 1981 die erste, 1984 eine zweite und dann alle weiteren zwei Jahre eine 1500 t/a Anlage in Betrieb genommen würde.Heute richtet man sich darauf ein, daß sich diese Planungen um drei Jahre verzögern. Konsequenz: 1986 müssen 4000 t, 1990 sogar 7000 t bestrahlten Brennstoffs in Abklingbecken gelagert werden! Zum Vergleich: 1975 fielen während des ganzen Jahres 250 t an. Aber selbst diese Menge machte in allen Phasen der Entsorgung große Schwierigkeiten. Um wegen des auftretenden Entsorgungsengpasses nicht den Stillstand von Kraftwerken zu riskieren, verfolgt heute die Atomlobby parallel zu den Bemühungen um die WAA die Errichtung



Mannheim:

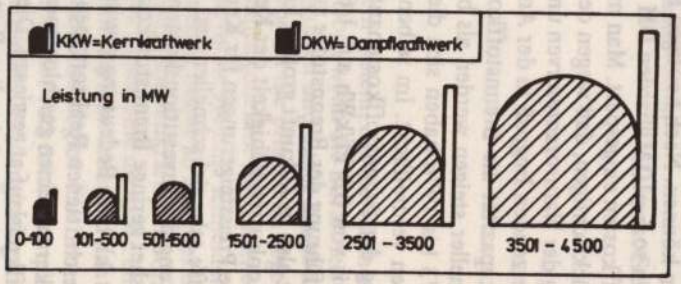
Übersterblichkeit an Krebs der Atmungsorgane 50,6 % über dem Landesdurchschnitt Baden-Württemberg

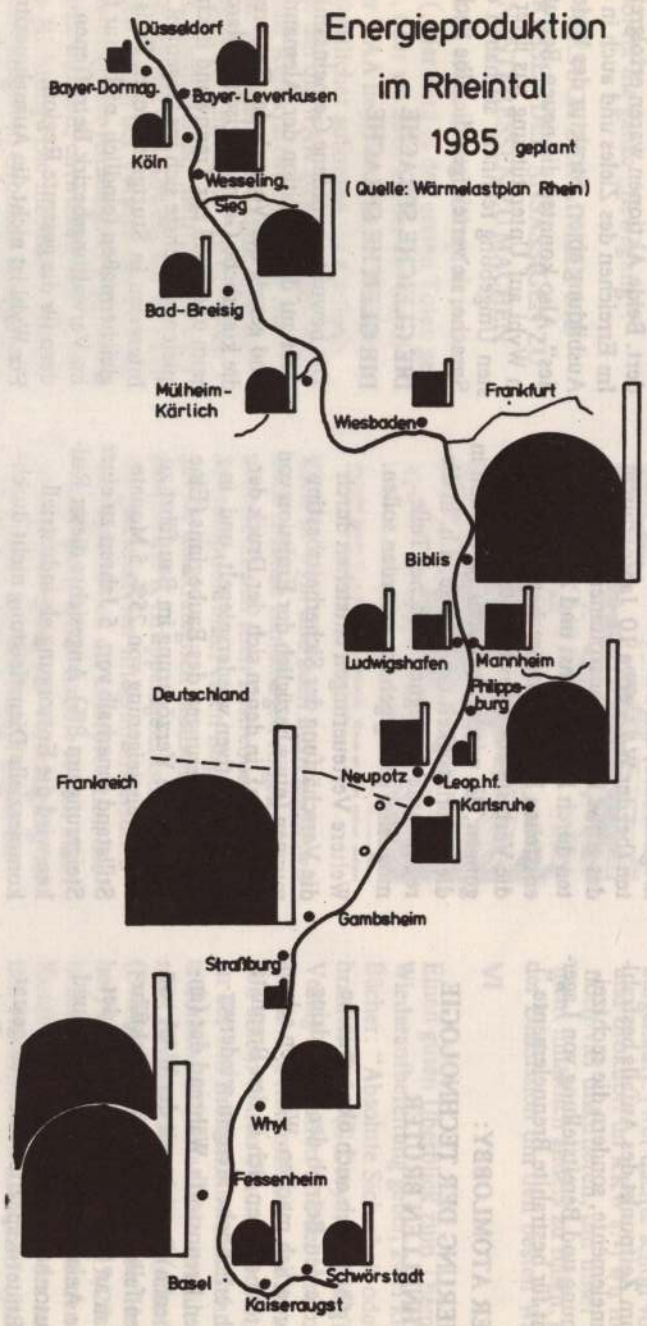
(errechnet aus Unterlagen des Statistisch.Landesamtes Baden-Württemberg 1960 - 1970)

Karlsruhe:

Lungenkrankheiten 20 % über Landesdurchschnitt

(Quelle: Abteilung für Med.Statistik, Universität Ulm Juni 1971)





Das "Zweite Ruhrgebiet" im Rheintal soll in zwei Stufen entstehen:

1. Bau der geplanten Großkraftwerke, vor allem Kernkraftwerke.

   Dadurch Verdreizehnfachung (!) der Stromproduktion bis 1985 zwischen Schweiz und Ruhrgebiet (1970: 2590 Megawatt, 1985 geplant: 34 740 MW)

2. Entsprechend dieser Energiebereitstellung sollen n e u e , energie-intensive Industrien entstehen, vor allem metallerzeugende und chemische Industrie, also stark **umweltverschmutzende** Industrie.

Bevölkerungsentwicklung:

Selbst wenn die heutige Geburtenrate nicht weiter sinkt, wird im Rhein-Neckarraum bis 1985 eine natürliche Bevölkerungsabnahme um ca. 50 000 eintreten.
Im gleichen Zeitraum sollen jedoch durch die geplante Industrialisierung 117 000 zusätzliche Arbeitsplätze geschaffen werden !
(Quelle: Raumordnungsverband Rhein-Neckar)

von Zwischenlagerbecken. Erst wenn auch der Bau dieser „Pufferkapazität" verhindert wird, müssen Kraftwerke stillgelegt werden. Mit der Zwischenlagerung ist das Problem der Wiederaufbereitung aber nur verschoben worden und die weitere Akkumulation der hochgefährlichen Brennelemente wird zum Druckmittel der beteiligten Konzerne, um den Staat zur Übernahme unrentabler Aufgaben in der Entsorgung zu zwingen. Dr.S.Mandel, Präsident des Deutschen Atomforums: "Energie- und wirtschaftspolitisch entscheidend ist also nicht die Inbetriebnahme der WAA zum Zeitpunkt des Anfalls bestrahlter Brennelemente, sondern die rechtzeitige Planung und Bereitstellung von Lagerkapazität für bestrahlte Brennelemente."

ZIEL DER ATOMLOBBY: ETABLIERUNG DER TECHNOLOGIE DER SCHNELLEN BRÜTER

Es gibt jedoch auch ökonomische Gründe, die den Betrieb der WAA dringend erforderlich machen. Wie oben schon angedeutet befinden sich in den Brennstäben noch erhebliche Mengen wiederverwertbaren Brennstoffs. Während der (angenommenen) Betriebszeit der WAA von 20 Jahren fallen etwa 70 000 t rückführbares Uran an (d.h. 15% des Bedarfs der durch die Anlage entsorgten KKW's) und soviel Plutonium, daß 20 000 MW Schnell-Brüter-Kapazität damit ausgestattet werden können. Nach heutigen Preisen würden so 6 - 10 Milliarden DM Brennstoffkosten eingespart. Man muß jedoch berücksichtigen, daß wegen der Verknappung der Natururanreserven und dem bald einsetzenden Engpaß in der Anreicherungskapazität die Brennstoffkosten noch schneller steigen werden als bisher. (Von 1973 bis 1976 haben sich die Brennstoffkosten verdreifacht. Im selben Zeitraum stieg der Brennstoffkostenanteil im Strompreis von 0,5 Pf/kWh auf 1,6 Pf/kWh) Die Rückführung der Brennstoffe aus der WAA hat also in Zukunft großen Einfluß auf die Konkurrenzfähigkeit der Kernenergie, da die Preissteigerungen für Kernbrennstoffe sehr viel schneller sind, als die Entwicklung der Investitionskosten, und so der bisher geringe Brennstoffkostenanteil pro kWh an Bedeutung gewinnt. Die fortgeschrittenen Reaktortypen sind noch stärker auf einen geschlossenen Brennstoffkreislauf angewiesen. Die Plutonium-Produktion im Schnellen Brüter hat nur dann einnen Sinn, wenn der Brennstoff über eine WAA in die Leichtwasserreaktoren zurückgeführt werden kann. Für das Ziel der Atomlobby, die Etablierung der Schnell-Brüter-Technologie, ist also ausreichende WAA-Kapazität unbedingte Voraussetzung.

IV

Wegen der „bedauerlichen Primitivität der Anlagen der ersten Generation" (so ein Vertreter der Industie) sind inzwischen erhebliche technische Verbesserungen notwendig geworden, die die Investitionskosten auf heute 8–10 Milliarden DM (ohne Kosten für die Endlagerung) steigerten.

VERTEUERUNGEN DURCH VERZÖGERUNGEN

Hier entsteht das Problem, daß durch die schnellen Fortschritte in der Kerntechnologie keine großen Abschreibungszeiten möglich sind, andererseits aber kurze Zeiten (bei der WAA etwa 10 Jahre) durch das große Investitionsvolumen hohe Kosten durch Kapitaldienst und Abschreibung entstehen lassen. Entsprechend hoch sind die Verluste aus unvorhergesehenen Stillegungen, die wiederum durch Investition in die Zuverlässigkeit der Anlage, d.h. in die redundante Auslegung mancher Teile, möglichst gering gehalten werden sollen.

Weitere Verteuerungen entstehen durch die Verschärfung der Sicherheitsbestimmungen (etwa bezüglich der Emission von Spaltgasen), in denen sich der Druck der Bürgerinitiativen wiederspiegelt, und in den Verzögerungen des Baubeginns.(Eine zweijährige Verzögerung im Bau führt zu einer Preissteigerung von 25%, 5 Monate Stillstand innerhalb von 5 Jahren zu einer Steigerung um 8%). Angesichts dieser Risiken wird die Entsorgung als industriell-kommerzielle Dienstleistung nicht durchzuführen sein. Der erste Schritt in diese Richtung, also der Übertragung der Probleme auf die halbstaatlichen Kunden, die EVU's, wurde mit der Gründung der PWK schon vollzogen: Die PWK (Projektgesellschaft Wiederaufbereitung von Kernbrennstoffen mbH), die sich aus den 12 Elektrizitätsversorgungsunternehmen zusammensetzt, wird voraussichtlich den Betrieb der Anlage übernehmen. Die Herstellung und Errichtung dagegen bleibt in den Händen der Atomindustrie, der KEWA (Brennstoff-Wiederaufbereitungs-Gesellschaft).

DER EINFLUSS DER ATOMLOBBY IST KAUM ZU ÜBERSCHÄTZEN

In dieser Gesellschaft sind zu je 25% die Konzerne Bayer, Hoechst, Gelsenberg und NUKEM direkt, und über komplizierte Verflechtungen die gesamte Atomindustrie beteiligt. Wie in allen anderen Bereichen der Branche (Kraftwerksbau, Anreicherung, Kernchemie etc.) gelingt es der Atomindustrie auch in diesem Fall, nicht nur die Finanzierung der Grundlagenforschung und die Entwicklung der Produktionstechnologie (durch die 4 Atomprogramme), sondern auch die Rolle des Betreibers unrentabler Anlagen dem Staat zu übertragen. Man kann den Einfluß der Atomlobby kaum überschätzen: Die Lenkungsorgane der Atomwirtschaft (vor allem die Deutsche Atomkommission),in denen die Interessen der Monopole mit den Möglichkeiten des Staatshaushalts koordiniert werden, werden bis 1985 über die Investition von ca.110 Milliarden DM allein in den Sektor Kernenergie beschließen! (Das ist die Hälfte der Investitionen für den gesamten Energiesektor; diese werden 30% der industriellen Produktion ausmachen.)

V

Für die Entwicklung der Ereignisse in Wyhl spielte eine Rolle die Verbindung nach Breisach und Marckolsheim, also die Region. In Breisach wurden Bohrungen zur Prüfung der Bodenbeschaffenheit als Bauvorbereitung für ein KKW entlarvt, in Marckolsheim wurde ein Bleiwerk verhindert. Beide Aktionen waren erfolgreich: Im Erreichen des Zieles und auch in der Ausbildung einer „Struktur des Widerstandes". Also konnten die neuen Betroffenen in Wyhl auf Unterstützung aus ihrer engsten Umgebung rechnen: sie haben dieselbe Sprache, sie verteidigen dieselbe Sache.

DIE GLEICHE SPRACHE

DIE GLEICHE SPRACHE

Die bewußt gewordene Gemeinsamkeit fußt auf der Tradition der Alemannen, und gerade der Versuch der Regierenden, die künstliche Grenze zwischen Marckolsheim und Wyhl zur Trennwand hochzuspielen, verkehrte sich ins Gegenteil. Die Interessen in Stuttgart, Bonn, Paris waren gleichermaßen feindlich, nicht nur für die im Verwaltungsbezirk Betroffenen, sondern für die gesamte Region.
Für Wyhl ist nicht die Ausnahmesituation das Spektakuläre, das Kennzeichnende, sondern gerade umgekehrt die Besinnung auf den Alltag, die Erfahrungen in der Nutzbarmachung der Natur, die Kenntnis der Fähigkeiten jedes Einzelnen im Dorf. Der Widerstand folgt nicht einem entfernten Ziel, das, um auf dem Weg dorthin zu bleiben, zwingt, die eigene Geschichte zu vergessen, sondern er verfolgt praktische Ziele, unmittelbare Interessen. Hieraus entsteht die Sicherheit, die aufgestellten Forderungen und die Militanz zu ihrer Durchsetzung als Recht zu sehen, das zu jeder Zeit wieder neu verteidigt würde: auch noch nach einem Jahr Baustopp und aufgehobener Platzbesetzung.

Die anderen Schauplätze – besonders Brokdorf, Grohnde und Gorleben – wird man unter zwei Gesichtspunkten betrachten müssen: Dem Beispielcharakter des Wyhler Widerstandes und der zunehmenden Bedeutung der Massenaktionen. Die durch Wyhl entstandene Öffentlichkeit, die nach den Protesten gegen militärische Nutzung der Kernenergie nun zum erstenmal die Gefahren der zivilen Anwendungen diskutierte, wurde noch verstärkt durch die spektakulären Massenaktionen am Bauplatz, in deren Mitte zwar die Winzer standen, deren Masse aber durch die solidarische Linke aus der BRD gebildet wurde. Für Wyhl gilt, daß die Identität, das Selbstbewußtsein der Bürgerintitiativen vor den Fremden nicht kapitulierte. Die Erfahrung der großen Solidarität machte nicht vergessen, das das Spek-

takuläre der Riesendemonstration zwar eine große Bedeutung für die Öffentlichkeit, für das Problembewußtsein über die Region hinaus besitzt, daß aber der Erfolg des Kampfes in der Ausdauer auch in den Ruhezeiten, im Bewahren der eigenen Interessen liegt. Die Situation in Brokdorf und Grohnde ist in diesem Punkte sehr viel schwieriger. Die kurze Vorbereitungszeit, die Militarisierung der Auseinandersetzung und die Panikstimmung in der Presse bewegten Brokdorf und Grohnde immer weiter aus dem Gesichtskreis der unmittelbar Betroffenen heraus zu einem Symbol für die ganze „Bewegung".

DER VERSUCH DER LINKEN DIE INTERESSEN DER ANSÄSSIGEN ZU IHREN INTERESSEN ZU MACHEN

In den zu erwartenden Kämpfen in Gorleben („hier wird es den ersten Toten geben"), oder wo auch immer der Standort der WAA liegt, wird dieses Problem noch deutlicher auftreten, da die Sachzwänge um die WAA zum Angelpunkt für sämtliche Kernkraftwerke in der BRD werden. Es besteht die Gefahr, daß die Solidarität der „mittelbar" Betroffenen mit den „unmittelbar" Betroffenen auch Verfremdungen und Abwehr der BI's zur Folge hat. Denn der Versuch der Linken, die Interessen der Ansässigen zu ihrem Interesse zu machen, entwickelt sich in die falsche Richtung: Die militanten Auseinandersetzungen in Grohnde fanden gegen den Willen der Betroffenen statt.Diese doppelte Funktion der Massenaktionen findet ihre Entsprechung auf der Ebene der Einschätzung und der theoretischen Klärung des „neuen Widerstandes": die Konsequenz der Ansässigen, dem Bewußtsein von der Rechtmäßigkeit des „kein

The Milwaukee Journal
„In 24 000 Jahren ist es nicht mehr radioaktiv. Wenn es nicht vorher undicht wird, brauchen wir uns keine Sorgen zu machen."

KKW in Wyhl und auch nicht anderswo" auch radikale Handlungen folgen zu lassen, widersetzt sich allen Bestrebungen zur Subsumption unter einen Begriff. Das gilt für die strategisch-taktischen Erwägungen der K-Gruppen genauso wie für die gescheiterten Integrationsversuche der Parteien und die Interpretation der Autonomisten, hier handle es sich allein um eine Bewegung zur Verteidigung der Region oder um den Kampf gegen die Technik überhaupt. Denn wenn sich zur Zeit Leute gegen die Zerstörung ihres Lebenszusammenhangs wehren (sei das in der Stadt gegen die fremden Betonhochhäuser oder auf dem Land gegen Radioaktivität und Industrie), so haben sie ihre Stärke in der konkreten Auseinandersetzung um ihre unmittelbaren Interessen, und nicht darin, daß ein paar Theorieproduzenten die mit anderen Schauplätzen gemeinsamen, allgemeinsten Merkmale zur „ Bewegung" erklären. Erst mit dieser „abstrakten" Bewegung aber haben wir uns solidarisiert und 20 000 Leute aufgehäuft. (Wer dachte schon vor Wyhl und Brokdorf an KKW's?) Wir müssen noch viel diskutieren, um unser Engagement inhaltlich anders zu füllen, als mit der Diskussion um den besten Wurfanker

VI

Einen guten Überblick zum Thema Wiederaufbereitung geben zwei kleine Bücher: "Absolute Sicherheit oder verbrannte Erde",G.Dreyer und H.Vinke, Verlag Association und der rororo-aktuell Band „Atommüll oder der Abschied von einem teuren Traum", Arbeitsgruppe an der Uni Bremen,Rowohlt.Sehr viel technische Informationen enthält der Bericht „Entsorgung der Kerntechnik" (Deutsches Atomforum ist der Herausgeber) zum Symposium vom 19/20.1.76 in Mainz. Aktuelle Informationen und Kurzberichte findet man in der monatlich erscheinenden Zeitschrift „Atomwirtschaft"(atw).

Hartmut Schröter

Nachbemerkung: Möglichkeiten alternativer Energiepolitik

In den kampf gegen die atomkraftwerke wird argumentativ mit den überlegungen zur künftigen sicherung der energie eingegriffen – mit der behauptung, die atomtechnologie sei die einzige entwickelte „unkonventionelle" möglichkeit zur energieversorgung.

Richtig ist, daß in die fusionstechnik, gezeitenkraftwerke, biogasturbinen, windmaschinen, kohleverflüssigung und sonnenenergie weniger investiert wurde.

Dennoch zeichnen sich z.b. im bereich der sonnenenergie mehrere lösungsmöglichkeiten ab: Die herkömmlichen sonnenkollektoren absorbieren die wärmestrahlung, den unsichtbaren (infraroten) bereich des sonnenlichts. Dieser teil des strahlenspektrums ist energiereicher als das sichtbare licht. Vor allem durch bündelung mittels linsen oder hohlspiegeln entsteht so eine hohe temperatur; der wirkungsgrad der energieumwandlung verbessert sich. Eine schwarz gestrichene blechbüchse, in der durch wärmeabsorbierung wasser erhitzt wird, ist ein einfaches beispiel für einen sonnenkollektor. Mit einem höheren wirkungsgrad arbeiten siliciumsolarzellen; sie wandeln sonnenstrahlen zu 10 bis 15 prozent in strom um. Während die silicium-solarzellen augenblicklich 40 000 DM pro Kilowatt elektrischer leistung kosten, kann die AEG eine neu entwickelte generation von polykristallinen silicium-solarzellen zur „marktreife" bringen, mit denen nach meinung des konzerns in den achtziger jahren elektrischer strom zu 1000 bis 2000 DM pro Kilowatt erzeugt werden könnte. Eine noch einfachere fertigung könnten in Stanford entwickelte cadmiumsulfid/tellurid-solarzellen haben, die annähernd den gleichen wirkungsgrad haben. Sie könnten vermutlich zu 400 bis 1300 DM kosten pro kilowatt elektrischer leistung hergestellt werden.
Photosyntheseartige energiegewinnung hätte eine geringere spitzenausbeute, denn photosynthesesysteme nehmen nur wenige wellenlängen des sichtbaren lichtes auf. Bei strahlendem sonnenschein arbeitet eine pflanze um 25% weniger effektiv als ein system, das die wärmestrahlung nutzt. Doch wenn die infraroten strahlen durch wolken und dunst längst absorbiert sind, arbeitet die pflanze im gegensatz zum sonnenkollektor noch immer: Photosynthetische systeme schneiden in unseren breiten besser ab als jedes bisher entwickelte sonnenkraftwerk. Chikagoer chemiker haben eine methode entwickelt, wie chlorophyll im labor bei lichteinstrahlung elektronen abgibt. Ein dem chlorophyll ähnlicher rutheniumkomplex (mit pyridinliganden und langkettigen alkoholanhängseln) kann unter einwirkung von sonnenlicht wasser in knallgas spalten.
Ob diese möglichkeiten zur technischen verwirklichung entwickelt werden, läßt sich aufgrund der vielen faktoren (nationale interessen, kapitalfraktionen, klassenkämpfe, ökologie-bewegungen) noch nicht bestimmen. Fest steht jedoch, daß auch bei dezentralem einsatz diese alternativen technologien weiterhin in potentiell zerstörende verfahren umschlagen können; denn sie wurden von einer kapitalistsch dominierten wissenschaft entwickelt!